Ökonomie

Ökologie

Soziales

Europa

Kurswechselkongress Berlin

5. – 7. Dezember 2012

INHALTSVERZEICHNIS

4 ***Die IG Metall will einen Kurswechsel***

5 ***Detlef Wetzel:*** „Den Kurs neu ausrichten“

6 ***Der Weg der Wirtschaft nach der Krise: eine Standortbestimmung***
Impulsreferate und Podiumsdiskussion

8 ***Wachstumsdiskurs***
Ist Wachstum die Lösung der Probleme?

12 ***Regulierung des Finanzmarktsystems***
Die Finanzmarktarchitektur neu ordnen

16 ***Globale Ungleichheit***
Mehr Interessensausgleich für mehr gemeinsame Perspektiven

20 ***Revitalisierung der Demokratie***
Politik für die Menschen

24 ***Demokratisierung der Wirtschaft***
Damit die Demokratie nicht vor den Werktoren endet

28 ***Nachhaltiger Industrieumbau***
Strategien für einen nachhaltigen Weg

32 ***Industrie auf „grünen“ Wegen***
Wachstumsmotor oder Jobkiller?

36 ***Architektur der Energiewende***
Wie der Umbau gelingen kann

40 ***Zukunft der Mobilität***
Zukunft der Verkehrsindustrie

44 ***Zukunft der Arbeitsgesellschaft***
Für eine neue Ordnung der Arbeitsbeziehungen

48 ***Gute Arbeit***
Gesundheit erhalten, Entwicklung fördern

52 ***Lebenschancen und Verteilungsgerechtigkeit***
Arm an Geld, arm an Chancen

56 ***Voices of Europe –*** Die verlorene Generation

57 ***Diskussion: Europa am Scheideweg***
Für eine solidarische Staatengemeinschaft

60 ***Lula da Silva:***
„Die Krise darf uns nicht ins Bockshorn jagen“

62 ***Berthold Huber:***
„Der Kurswechsel ist zu schaffen“

64 ***Die Berliner Erklärung***
„Kurswechsel – für ein gutes Leben“

65 ***Zitate, Eindrücke und Pressestimmen***

Produktnummer: 26026-42110

IG Metall-Vorstand, FB Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Redaktion: Ilka Grobe, Jakob Habermann
Gestaltung: Ingrid Wanner, ppsstudios GmbH, 63067 Offenbach
Fotos: Seite 19 rechtes Bild: Harry Soremski, Seite 47 rechtes Bild: Stadt Dortmund; alle anderen: Christian von Polentz
Karikaturen: Harm Bengen
1. Auflage März 2013

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auf dem Kurswechsel-Kongress der IG Metall tauschten sich Anfang Dezember 2012 über 750 Gewerkschafter, Betriebsräte, Wissenschaftler, Politiker und mehr als 200 internationale Gäste über die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise aus. Dabei ging es vor allem um den Blick nach vorne: Welche Lehren ziehen wir aus der Krise und wie wollen wir die Zukunft gestalten?

Dabei ist klargeworden: Auch wenn sich die Situation in den einzelnen Weltregionen unterschiedlich darstellt, so sind die grundlegenden Herausforderungen doch dieselben. Es bedarf alternativer Entwicklungspfade – hier in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt. Hin zu einer wirksamen Regulierung der Finanzmärkte, einer neuen, sozialen Ordnung auf den Arbeitsmärkten und einer nachhaltigen und sozialen Industriepolitik.

Für mich zeigte der Kongress: Ökologie und Ökonomie sind kein Gegensatzpaar, sondern längst zwei Seiten derselben Medaille. Eine Wirtschaft ohne Rücksicht auf Mensch und Natur hat keine Zukunft. Der ökologische Umbau der Industrie steht nicht für einen Abschied von der industriellen Wertschöpfung, sondern ist Voraussetzung dafür, dass unsere Lebens- und Produktionsgrundlagen erhalten bleiben. Umweltschutz schafft Arbeitsplätze. Nachhaltiges Wachstum kann es jedoch nur mit „guter Arbeit“ geben. Mit Arbeitsplätzen, die fair bezahlt und sicher sind, die Chancen für die Planung der eigenen Zukunft und eine Integration in die Gesellschaft eröffnen. Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus untergräbt die Grundlagen einer humanen Gesellschaft. Solange die zentrale Triebfeder wirtschaftlichen Handelns der kurzfristige Profit ist und immer mehr Lebensbereiche der Logik des Marktes untergeordnet werden, wird sich weder der nachhaltige Umbau der Wirtschaft noch die Forderung nach „Guter Arbeit“ verwirklichen lassen.

Ich war und bin vom Kongress nachhaltig beeindruckt. Von den fundierten und stets ergebnisorientierten inhaltlichen Beiträgen. Vom enormen Interesse an der Veranstaltung. Und nicht zuletzt auch davon, dass aus mehr als 60 Ländern Gäste nach Berlin kamen um mit uns über alternative Entwicklungspfade zu diskutieren.

Unsere Kurswechseldebatte ist auf viel Zustimmung gestoßen. Die IG Metall befindet sich auf dem richtigen Weg. Wir werden unsere Forderungen aus der Debatte im Wahljahr 2013 offensiv vertreten und die Politik daran messen, inwieweit sie bereit ist den Kurswechsel in Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben.

Berthold Huber

Die IG Metall will einen Kurswechsel

Wirtschaftskrise, prekäre Beschäftigung, Politikmüdigkeit: Da stimmt doch was nicht. Die IG Metall will handeln. Nicht nur bei den Arbeitsbedingungen für Beschäftigte, sondern auch, wenn es um das große Ganze geht: unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das ganz offensichtlich an seine Grenzen stößt. Die IG Metall fordert einen neuen Entwicklungspfad, der den ökologischen Umbau der Wirtschaft mit der Erweiterung von Lebenschancen und einer Demokratisierung der Gesellschaft verbindet. Die Diskussion dazu fasst sie zusammen unter dem Stichwort »Kurswechsel für ein gutes Leben«.

Der Kurswechsel-Kongress

Um den Kurswechsel mit anderen zusammen konzeptionell voranzutreiben und in die gesellschaftspolitische Debatte einzubringen, hatte die IG Metall vom 5. bis 7. Dezember 2012 zu einem internationalen Kongress eingeladen. Dort haben Betriebsräte, Gewerkschafter, Wissenschaftler und Politiker aus aller Welt über Lösungen diskutiert. Dazu gab es Vorträge, Podiumsdiskussionen und eine Arbeitsphase zu zwölf verschiedenen Themen. Diese Broschüre fasst die Ergebnisse zusammen.

Berichte, Videomitschnitte, Präsentationen und Fotos gibt es auch unter **www.igmetall-kurswechselkongress.de**

„DEN KURS NEU AUSRICHTEN“ Begrüßung durch Detlef Wetzel*

Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
[...] Finanzmarktkrise, Eurokrise, die Erwärmung des Erdklimas, die Verschwendung von Energie und Rohstoffen aber auch innere Zerrissenheit der Gesellschaften und der Zustand der Demokratie stellen Fragen nach grundsätzlichen Alternativen. Die Krisen der letzten vier Jahre haben die Gefahren eines marktradikalen, von der Finanzwelt bestimmten Kapitalismus drastisch vor Augen geführt. [...] Die marktradikale Überwältigung unserer Gesellschaft hat große Teile der Arbeit entwertet und gesellschaftliche Spaltung, wachsende Ungleichheit und eine Umverteilung von unten nach oben gebracht. [...]
Der Neoliberalismus hat zur Stagnation der Reallöhne in großen Teilen der Gesellschaft geführt und den Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigung gefördert. Und es darf uns nicht verwundern, dass in Deutschland die Zahl der Geringverdiener unter allen OECD-Ländern am stärksten gestiegen ist. Mit der erkennbaren Tendenz, dass mit dem Ausbreiten des Niedriglohnsektors immer mehr Firmen statt mit den besseren Produkten über niedrigere Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern wollen. Die gleiche Politik hat die strukturelle Arbeitslosigkeit verfestigt, obwohl die Agenda 2010 hierzu einen Beitrag leisten wollte. Der Markt hat sich als unfähig erwiesen, den ökologischen Wirtschaftsumbau langfristig und zielstrebig anzugehen. Die Marktradikalen haben die demokratische Kultur untergraben. Und die Politik wird von vielen Menschen als ein von ihren Lebenswirklichkeiten abgekoppeltes System empfunden. [...] Der Neoliberalismus hat eine weltweite Finanzkrise verursacht, die die Mainstream-Ökonomie nicht vorhergesagt hat, nicht erklären kann und die zur Überwindung nichts beiträgt. Im Gegenteil man kann feststellen, dass sie selbst Krisenursache ist.

Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass die Debatte der Ökonomie die Theorie an der Wirklichkeit prüft. Und nicht umgekehrt. [...] Wir wollen einen gesellschaftlichen Kurswechsel, der

- von sozialer Verantwortung geprägt ist,
- der Gesellschaften zusammenführt, statt sie zu spalten,
- der die ökologischen Herausforderungen ernst nimmt, statt sie vor sich her zu schieben,
- der die Menschen die Veränderungsprozesse mitgestalten lässt, statt sie zu ohnmächtigen Zuschauern zu machen.
- Und letztlich so zu einem solidarischen und selbstbestimmten, zu einem guten Leben der Menschen führt.

Und wir freuen uns, dass Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Politiker und Politikerinnen aus 60 Ländern der Welt hier sind um mit uns über Alternativen zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zu beraten. Menschen aus ganz unterschiedlichen Lebensbereichen und Kulturen, Berufen und Tätigkeitsfeldern, aus Betrieben und aus Universitäten, Menschen, die nicht so oft miteinander ins Gespräch kommen. Und genau darauf kommt es uns an: Alle miteinander ins Gespräch zu bringen, andere Erfahrungen kennenzulernen, Altes in Frage zu stellen und Neues aufzunehmen. [...]

Dem jetzigen Wirtschaftsmodell haben wir in den Betrieben mit unseren Möglichkeiten der Mitbestimmung eine andere Wettbewerbsstrategie entgegengesetzt. [...]
Wir haben als IG Metall gemeinsam mit Betriebsräten und Beratern Lösung erarbeitet, die Alternativen zu geplanten Lohnsenkungen, Werksschließungen, Outsourcings oder Entlassungen darstellten. Verbesserte Produktionsprozesse, größere Fertigungstiefe, Investitionen in Forschung und Entwicklung, Gruppenarbeit, Qualifizierung der Mitarbeiter – manchmal komplette Produktionskonzepte. Aus ökologischen Gesichtspunkten haben wir Energie und Materialverschwendung genau in den Blick genommen und neue Produkte im Bereich Umwelttechnologien ins Gespräch gebracht. [...] Aber wir wissen auch: Das allein reicht nicht. Wenn wir heute die zwingende Notwendigkeit sehen, die Auswüchse des neoliberalen Zeitalters zu reparieren, dann brauchen wir einen Kurswechsel in der Politik. Aber nicht nur um einige Grad. Nein, wir müssen dem Pendel der Geschichte eine andere Richtung geben. Und das geht nur mit allen, die um den Wert einer möglichst gerechten und nicht zu ungleichen Gesellschaft wissen. Lasst uns in den nächsten Tagen daran arbeiten. Gemeinsam für ein gutes Leben. ■

** Auszug aus der Eröffnungsrede*

KURSWECHSEL FÜR EIN GUTES LEBEN – Der Weg der Wirtschaft nach der Krise

Nouriel Roubini

Harald Schuhmann vom Tagesspiegel, der Moderator des ersten Kongress-Tages, war sichtlich beeindruckt: „Ich habe die Organisatoren gefragt, worum es auf dem Kongress gehen soll. Sie sagten, es gehe darum, wie wir die Wirtschaft und Gesellschaft derart umbauen können, dass sie ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltig werden. Wow, die trauen sich was, dachte ich.“ Nachhaltig sei ein großes Wort. Genau. Das heißt nämlich, dass wir – die wir heute leben – so handeln und wirtschaften, dass wir unsern Kindern und Enkeln die Welt so hinterlassen, dass sie ein mindestens so gutes Leben führen wie wir. Und genauso leben wir bisher nicht. Höchste Zeit also, die Dinge voranzutreiben. Um den Stand der Dinge zu analysieren, gab es drei Impulsreferate und eine Podiumsdiskussion.

Den Anfang machte Nouriel Roubini, Wirtschaftsprofessor an der New York University (Stern School of Business), mit dem Blick auf die aktuelle Lage der Weltwirtschaft. Roubini verglich die Krise mit der Weltwirtschaftskrise 1929. „Natürlich wiederholt sich Geschichte nicht, aber es gibt viele Ähnlichkeiten. Die Geldpolitik wurde nicht gelockert, es wurde zu viel gespart, und die Banken standen unter Beschuss.“* Die Krise sieht Roubini noch lange nicht überwunden. Im Gegenteil: Die Wachstumsschwäche wird sich von den Krisenländern Europas auf die Kernstaaten ausbreiten. Sogar das Risiko eines Auseinanderbrechens der Eurozone schätzt er als hoch ein. Die wirtschaftlichen Folgen wären fatal: „Die finanziellen Verluste wären enorm, Anleger und Banken verlören massiv Geld.“ Dabei ist es egal, ob einige Krisenländer zu ihren alten Währungen zurückkehren oder Deutschland sein D-Mark wieder einführt. Bei einem Ausscheiden Griechenlands wäre die Gefahr einer Kettenreaktion sehr groß. Eine schwere Rezession wäre unvermeidlich.

Für eine Fiskal-, Banken- und Transferunion

Was also tun? Wenn die Länder der Peripherie mehr sparen und weniger konsumieren, muss Kerneuropa weniger sparen und mehr ausgeben, so Roubini. Das kann es auf zwei Arten tun. Einmal durch Konjunkturpakete oder Steuersenkungen – beides lehnt Deutschland ab. Oder man erhöht die Löhne. „Wir steuern auf so etwas wie den kritischen Punkt zu. Entweder bekommen wir die Fiskal-, Banken- und Transferunion – oder der Euro löst sich auf. Es muss ein Wachstumspakt her, der die Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellt.“ Positiv sieht Roubini die Ankündigung der EZB, notfalls unbegrenzt Staatspapiere aus Krisenländern zu kaufen. Das sei ein richtiger Schritt und habe die Märkte bereits beruhigt. Die wirtschaftspolitische Agenda, die aus der Krise führt, bedeutet aus Roubinis Sicht: „Eine weitere Lockerung der Geldpolitik durch die EZB, ein schwächerer Euro, Konjunkturprogramme, Infrastrukturausgaben sowie Lohnerhöhungen, damit Einkommen und Konsum dort gesteigert werden.“

Die Zukunft darf uns nicht noch mehr spalten

Was die Krise für die Arbeitsmärkte, für die Menschen und für unsere gesellschaftliche Entwicklung bedeutet, analysierte im Anschluss Jill Rubery, Professorin aus Manchester und Expertin für Arbeitsmärkte und Arbeitsmarktpolitik. „Die Krise hat die Probleme unseres europäischen Sozialmodells aus Arbeitsmarkt, Sozialstaat und Familie verstärkt“, erklärt sie und spricht von Fragmentierungen: Es gibt immer mehr komplexe Arbeitsorganisationen, kürzere Arbeitsverhältnisse und auch das persönliche Leben wird immer unterschiedlicher. Das erfordere eigentlich mehr Staat („sozialen Leim“). Im Einzelnen: Früher gab es mehr traditionelle Arbeitsverhältnisse. Das bedeutete, die Menschen hatten in ihrer Firma transparente Gehaltsstrukturen, die Manager haben mit der Belegschaft zusammengearbeitet, jeder war Teil einer Gemeinschaft. Heute finden wir viele weit verzweigte globale Unternehmensnetze, Verlagerungen und Outsourcings sowie Gehaltsunterschiede bei ein- und derselben Tätigkeit. Die Arbeitsbeziehungen werden komplexer: Man arbeitet nicht mehr nur für den Chef, sondern man unterliegt auch dem Druck des Kunden und die Tarifverträge gelten nur noch für einen kleinen Kern der Firma. Sichere Beschäftigung und sichere Löhne sind keine Garantie mehr. Die Arbeitgeber haben außerdem weniger Verantwortung für Weiterbildung und für Renten. Im Endeffekt muss die Familie ihre Mitglieder finanziell unterstützen, zum Beispiel beim Berufseinstieg. Welche Konflikte entstehen dann im Verhältnis zwischen Bürgern und Staat? Diese Fragmentierungen – verstärkt durch die dominante neoliberale Ideologie – führen eigentlich zu neuen Ansprüchen an den Staat: mehr Bildung, aktive Arbeitsmarktpolitik, Kinderbetreuung und mehr Leistung für Niedrigverdiener. Der Staat hat aber häufig nicht die Fähigkeit oder nicht die Bereitschaft diese neue Rolle auszufüllen. „Man nimmt an, die Welt ist so wie sie eh und je war. Die Familien könnten ja vieles übernehmen. Die Staaten sehen die neuen Geschlechterrollen nicht und ignorieren das, was demografisch auf sie zukommt.“ Wir brauchen:

**Roubinis Zitate sind nicht von ihm persönlich autorisiert.*

Jill Rubery

James Galbraith

Rainer Dulger, Hubert Weiger, Berthold Huber

Einen Staat ...

... der die Voraussetzung schafft für eine höhere Lohnquote, für mehr Steuereinnahmen und für mehr Gleichheit, der soziale Investitionen tätigt und der Harmonisierung und Transparenz fördert für mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt und mehr Transparenz bei Löhnen.

Und einen Arbeitsmarkt ...

... der die Fragmentierung zurückbildet, in dem Mindestlöhne gelten und der den Arbeitgebern eine soziale Verpflichtung zuschreibt.

Die Krise solidarisch meistern

Auch James Galbraith, ein US-amerikanischer Ökonom von der University of Texas at Austin, ist kein Freund der neoliberalen Denke: „Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Ansatz, den Märkten komplett freies Spiel zu geben, ist einer der Ursachen für die Krise, weil das eine Illusion ist. In der Finanzwelt hat uns das den größten finanziellen Betrug beschert, den die Welt je gesehen hat." Und es sei kein Wunder, dass die Krise noch andauert, solange die Ursachen noch da sind. Wie packen wir das an? Galbraith sieht uns vor der Entscheidung: Rette sich wer kann, oder machen wir das zusammen? Es gibt gute Zeichen für Letzteres: Die Niederlage der neoliberalen Geierkapitalisten im US-Senat und Obamas Wiederwahl. Obama, hofft Galbraith, wird jetzt mutiger regieren. Für die Europäer sei es schwerer, denn es gibt viele nur halb durchdachte Maßnahmen. Die Solidarität hat schwierige Bedingungen. „Das Papier der IG Metall für einen Kurswechsel zur europäischen Solidarität ist ein ganz wunderbares Dokument, da steht alles drin für einen europäischen Kurswechsel." Galbraith rät Europa darüber hinaus, über Folgendes nachzudenken: einen europäischen Arbeitslosenfonds, eine europäische Rentenunion und einen europaweiten Mindestlohn.

ZITATE AUS DER PODIUMSDISKUSSION

Thema deregulierter Arbeitsmarkt

Rainer Dulger, *Präsident von Gesamtmetall*
„Der extreme Ausbau des Niedriglohnsektors ist nicht der Grundlage für die Verarmung in Deutschland. Man muss auch sehen, welchen Nutzen 400-Euro-Jobs und die Zeitarbeit haben. In bestimmten Situationen kann das der Einstieg ins Berufsleben sein. Die richtige Frage, über die wir uns unterhalten sollten, ist: Wie machen wir aus dem Einstieg einen Aufstieg, und aus dem Aufstieg eine dauerhafte Existenzgrundlage?"

Berthold Huber, *Erster Vorsitzender der IG Metall*
„Wir haben ein weitgehendes Problem, das sich nicht nur auf die Einkommen reduzieren lässt. Die Risiken, die mit Arbeit verbunden sind, liegen heute durch den deregulierten Arbeitsmarkt bei den Beschäftigten und nicht mehr beim Arbeitgeber. Wir sind nicht bereit, das zu akzeptieren."

Hubert Weiger,
Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland
„Ohne soziale Gerechtigkeit können wir eine ökologische Nachhaltigkeit vergessen. Denn wir haben eine unsichtbare Art von Verelendung, damit meine ich den Ausschluss von gesellschaftlicher Mitwirkung. Zum Beispiel das Ehrenamt: Das macht ja keiner, der mehrere Jobs annehmen muss, um anständig leben zu können. Oder was wir in der Energiewende-Debatte erleben: Die soziale Karte wird ja deswegen gespielt, um die Menschen gegen die Energiewende zu mobilisieren."

Thema Klimawandel

Hubert Weiger: „Die verbale ökologische Sprücheklopferei nimmt zu, es gibt einen Welt-Konsens darüber, wie dramatisch die Situation ist. Aber sobald es konkret wird, wird abgeblockt nach dem Motto: Nicht hier, nicht heute, nicht jetzt, irgendwann machen wir das. Das entlastet alle jetzt politisch Verantwortlichen. Es ist eine gemeinsame Aufgabe aller Partner – der Wirtschaft, der Gesellschaft, der Umweltverbände, der Gewerkschaften, der Kirchen – den Nachdenk-Prozess darüber in Gang zu bringen, wie wir produzieren und konsumieren."

Berthold Huber: „Von uns in Auftrag gegebene fundierte Gutachten haben gezeigt, es ist möglich die Beschäftigtenzahl in der Autoindustrie zu halten und trotzdem auf Elektromobilität umzusteuern. Bei der Energiewende mitzuarbeiten, die wahrscheinlich das größte Projekt der jüngeren deutschen Industriegeschichte ist, gehört zum Selbstverständnis der IG Metall."

Rainer Dulger: „In unserer Industrie sind die Themen Umweltschutz und Energiewende ganz wesentlich, da gerade hier neue technische Errungenschaften und Produkte entwickelt werden, was neue Arbeitsplätze schafft. Übrigens spielt Deutschland bei den Umwelttechnologien eine führende Rolle. Die Welt blickt auf Deutschland. Das ist eine Riesenherausforderung, den Markt bedienen zu können." ■

WACHSTUMSDISKURS – Ist Wachstum die Lösung oder das Problem?

Wachstum ist in die Kritik geraten: Einerseits steht es für Raubbau an der Natur und andererseits soll es den Wohlstand steigern. Wachstum muss also über Effizienzsteigerungen vom Rohstoff- und Energieverbrauch abgekoppelt werden. Die Gewerkschaften nennen dieses Konzept „qualitatives Wachstum“. Technische Fortschritte gibt es, aber vom Erreichen der Klimaziele sind wir noch weit entfernt.

„Die Klimaschutzpolitik ist in einer Mikado-Situation gefangen – wer sich zuerst bewegt, hat verloren.“ So brachte Ernst Ulrich von Weizsäcker das Dilemma auf den Punkt. Die Industrieländer denken, dass sich Klimaschutz negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt. Die Entwicklungsländer denken, was den anderen zusteht, steht ja wohl auch uns zu. Wie kommen wir also hin zu Staaten, die zwar reich sind, aber CO2-arm? Anders ausgedrückt: Welche der folgenden drei Lösungen ist die beste: Weniger CO2 in der Energie? Weniger Energie im Wohlstand? Oder weniger Wohlstand? Oder von allem etwas?

CO2-Reduktion durch mehr Effizienz

Die gängigste Vorstellung ist, dass man 80 Prozent über CO2-freie Energie lösen muss. Weizsäcker sagte dazu: „Wenn man alles auf diese Lösung setzt, ist mir das zu optimistisch bezüglich der erneuerbaren Energien und zu pessimistisch bezüglich der Effizienz. Der wachsende Einsatz von erneuerbarer Energien kann nur ein Teil der Problemlösung sein.“ Er verdeutlich das so: Wenn es gelingt, die Energieversorgung von einer Milliarde Menschen zu 20 Prozent auf erneuerbare Energien umzustellen, so löst das nur einen fünfunddreißigsten Teil des Energieproblems. Photovoltaik-Anlagen, Windkraft, Wasserkraft: Das sind alles wichtige Maßnahmen, aber zwei Drittel der notwendigen CO2-Einsparung sollten durch Effizienzsteigerung erreicht werden. Weizsäcker schlägt vor:

- 30% weniger CO2 in der Energie
- 65% weniger Energie- und Rohstoffverbrauch
- 5% weniger Wachstum

FORUM „WACHSTUMSDISKURS“

Ressourcen schonen und klimaschädliche Gase reduzieren: Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bislang passiert aber zu wenig und die Zeit drängt. Daher wird die Kritik am bisherigen ökonomischen Wachstum schärfer. Andererseits ist Wachstumsverzicht keine Lösung. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie war Gegenstand des Forums.

MIT:

Ulrich Brand, *Professor für Internationale Politik, Universität Wien*

James Galbraith, *Wirtschafts-Professor für Government/Business Relations der University of Texas/Austin*

Ernst Ulrich von Weizsäcker, *Physiker, ehemaliger Präsident des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Präsident des Club of Rome*

Hans-Jürgen Urban, *geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall*

Das setze aber eine technische Revolution voraus. Der damit verbundene Umbau der Gesellschaft wird einen neuen Wachstumszyklus im Sinne einer Kondratjewschen Welle auslösen.

Die sechste Kondratjewsche Welle und Faktor 5

Die Kondratjew-Zyklen (nach dem russischen Wirtschaftswissenschaftler Nikolai Kondratjew) beschreiben eine Theorie zur zyklischen Wirtschaftsentwicklung, die Langen Wellen. Lange Wellen entstehen dabei immer durch bahnbrechenden Erfindungen und Innovationen wie zum Beispiel Stahl und Eisenbahn, Entwicklung der chemischen Industrie oder das Computer-Zeitalter (siehe Grafik Seite 11). Ausgangspunkt ist aber immer auch ein Paradigmenwechsel: Es wird in eine neue Technik investiert und damit ein Aufschwung hervorgerufen. Hat sich die Innovation allgemein durchgesetzt, verringern sich die Investitionen und es kommt zu einem Abschwung. In der Zeit des Abschwungs entsteht aber – der Theorie nach – schon ein neues Paradigma. Die letzten fünf haben die Umwelt ausgebeutet, nun ist das erste Mal ein Paradigma für ökologischen Fortschritt nötig. Eben mit Ressourcenproduktivität und erneuerbaren Energien. Weizsäcker hält eine Steigerung der Energieeffizienz um das 5-fache für realistisch.

Energiepreise mit Effizienzgewinn koppeln

Dafür müssen wir aber die Rebound-Effekte in den Griff kriegen. Es war nämlich bislang so, dass wir Effizienzgewinne sofort wieder auffressen durch zusätzlichen Konsum. Zum Beispiel mit der „Mein-Auto-ist-ganz-sparsam-Mentalität“: Wenn man ein neues Auto kauft, dass effizienter im Verbrauch ist, kann man doch ruhig damit statt mit dem Zug zur Oma fahren. Anders formuliert: Kostensenkung durch Effizienzsteigerung führt zu wachsendem Energieeinsatz. „Effizienz allein löst das Problem nicht. Das ist der entscheidende Denkfehler, dass der Energieverbrauch billiger werden sollte. Politisch müssen wir dafür sorgen, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen. Die Märkte schaffen das nicht.“ Die Lösung: Der Anstieg der Energiepreise muss der Zunahme der Energieeffizienz entsprechen. „Wenn die Energie- und Rohstoffpreise parallel zu den Effizienzgewinnen steigen, bleiben die monatlichen Kosten im Durchschnitt dafür gleich. Das ist eine zivile Forderung.“ Das Prinzip ist das gleiche wie bei den Tarifverhandlungen: Der Verteilungsneutrale Spielraum wird

WACHSTUMSDISKURS – Ist Wachstum die Lösung oder das Problem?

jedes Mal wieder eingefordert, weil die Arbeitnehmer auf der anderen Seite für Produktivitätszuwachs gesorgt haben.

Klingt ja gut, aber müssen wir dann lernen zu verzichten? Das wollte die Moderatorin wissen. Wie stark sollte zum Beispiel der Benzinpreis steigen? Nach dem oben beschriebene Prinzip wäre das so: Wenn zum Beispiel die durchschnittliche Treibstoffeffizienz der deutschen Autoflotte im Jahr 2012 um 1,3 Prozent steigt, sollte 2013 der Benzinpreis um 1,3 Prozent höher werden. Für die Autofahrer bleiben die Ausgaben gleich, vorausgesetzt, sie fahren nicht mehr Auto als zuvor. Es geht also nicht um den Verzicht auf Wohlstand, sondern um den Verzicht auf Umweltverbrauch. Weizsäcker: „Wir fallen doch alle auf den Trick von Konsumisten rein, dass Verzicht angeblich weniger Wohlbefinden bedeutet. Die Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität bemüht sich auch um dieses Thema."

Menschen durch Demokratisierung einbinden

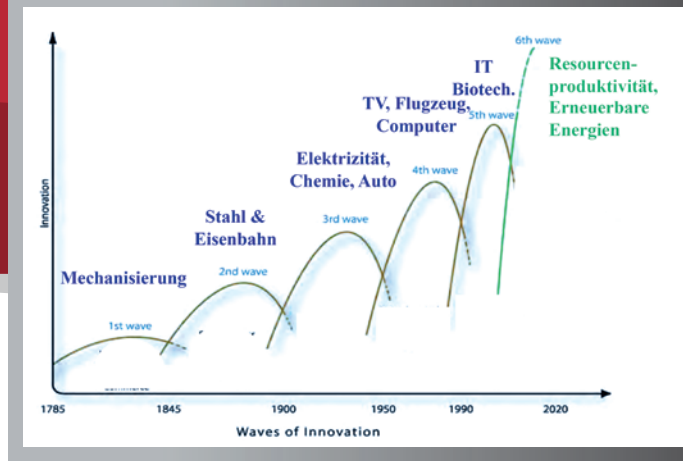
Ulrich Brand ist Mitglied in dieser Enquete-Kommission. Er berichtet, dass es einen Konsens in der Gruppe darüber gibt, dass es – entgegen der Meinung von Weizsäcker – eine Wachstumsreduktion geben müsse. Denn nachhaltiges Wachstum unter kapitalistischen Bedingungen sei nicht möglich. Es handele sich im Kapitalismus immer um selektives Wachstum. „Natürlich mag es Gewinnerländer geben. Aber kapitalistisches Wachstum heißt, dass bestimmte Menschen nicht integriert werden und dass die Umwelt weiter zerstört wird. Es ist aber ein falscher Diskurs, wenn wir sagen, künftig müssen wir mit weniger auskommen." Brand plädiert für ein anderes Verständnis von Wohlstand, in der die zentrale Frage die ist, wie wir die Gesellschaft konkret umbauen. Als Beispiel nennt er die denkbaren Mobilitätskonzepte, die durch gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr ohne Autos auskommen. Als Dreh- und Angelpunkt für einen breiten Konsens für eine neue Art des Wohlstands sieht Brand die umfassende Demokratisierung der Gesellschaft. „Die Menschen sollten nicht nur im Supermarktregal nachhaltig einkaufen, sie sollen teilverantwortlich sein für die Gesellschaft. Die Menschen sind entmündigt bei der Arbeit, sie sind entmündigt bei der Politik, weil sie nichts zu sagen haben. Wir brauchen einen Lernprozess hin zu einer solidarischen nachhaltigen Gesellschaft." Das erzeugt gesellschaftliche Verantwortung, auch in Umweltfragen.
In der anschließenden Debatte gab es dazu auch Bedenken. Die Frage ist ja, ob mehr Demokratie wirklich zu den „richtigen" oder „notwendigen" Entscheidungen führt. Wer einen kleinen Geldbeutel hat, wird sich dagegen wehren, wenn die Lebenshaltungskosten steigen sollen. Ökologisches Wachstum geht also nur auf Grundlage von sozialer Gerechtigkeit.

Finanzmarkt saugt uns das Geld ab

Der Wirtschaftswissenschaftler James Galbraith brachte eine weitere Überlegung in die Diskussion ein: Hohe Fixkosten, gemeint sind zum Beispiel Rohstoffpreise und Energiepreise, ließen wenig Spielraum für die Unternehmen, um zu ihrer Rentabilität zu gelangen. Teure Energie macht also Druck bei den Kosten. Der Umkehrschluss wäre: So weit runter mit den Energiepreisen wie möglich. Denn hohe Energiekosten passen nicht zu einer Wettbe-

Ernst Ulrich von Weizsäcker: „Wir verschlucken unsere Effizienzgewinne immer sofort wieder. Das ist Teil des Problems."

Hans-Jürgen Urban: „Wir brauchen qualitatives Wachstum und eine Debatte darüber, was das für die Gewerkschaften konkret heißt."



Technische Revolutionen und die Kondratjew-Zyklen: Nun zum ersten Mal umweltverträglich!

werbsökonomie. Oder aber, erklärt Galbraith, man muss sich die Fixkosten an anderer Stelle vorknöpfen. Sein volkwirtschaftliches Beispiel dazu: In den USA hat zahlt der Finanzsektor 10 Prozent aller Lohnkosten, streicht aber 40 Prozent aller Gewinne ein. Hohe Energiekosten und wirtschaftliche Dynamik lassen sich nicht mit dem derzeitigen Finanzsystem vereinbaren. „Die Bankgebühren sind Kosten für jede andere Geschäftstätigkeit, die einfach abgegriffen werden. Ein Nullsummenspiel. Wir sollten dafür sorgen, dass das Geld in die Sektoren fließt, in denen produziert wird und in denen Arbeitsplätze entstehen. Die Regierungen haben dazu die Macht, und ich würde sagen, sie haben auch die Pflicht dazu." Mit dem jetzigen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus lassen sich hohe Energiekosten also nicht vereinbaren. Der erste Schritt ist demnach, die Bankgeschäfte auf die einzig sinnvolle Aufgabe zu reduzieren: der Realwirtschaft zu dienen.

Diskussionsgrundlage für die IG Metall

Hans-Jürgen Urban filterte am Ende die wesentlichen Fragen heraus, die die IG Metall bearbeiten muss:

- Qualitatives Wachstum: Eine nachhaltige Wirtschaft ist das Ziel. Doch wie meistern wir absehbare Zielkonflikte? Die Stahlindustrie etwa ist eine Branche mit hohem Energieverbrauch, starken Emissionen und belastenden Arbeitsplätzen. Zugleich ist sie für eine nachhaltige Wirtschaft unverzichtbar: als Wertschöpfungsbasis einer modernen Industrie, aber auch als Träger erneuerbarer Energien – ohne Stahl kein Windkraft! Wie meistern wir hier absehbare Konflikte zwischen guten Arbeitsplätzen, zukunftsfähigen Industriestrukturen und einer nachhaltigen Wirtschaft?
- Stichwort Innovationen: In kapitalistischen Märkten entscheidet die Innovationsfähigkeit letztlich über das wirtschaftliche Überleben, und eine nachhaltige Wirtschaft braucht technologische Innovationen. Aber Innovationen sind oftmals auch mit Arbeitsplatzverlusten, Leistungsverdichtung und unzumutbaren Arbeitsbelastungen verbunden. Die Herausforderung lautet: Wie verbinden wir wirtschaftliche und ökologische Innovationen mit der Perspektive Guter Arbeit?
- Ökologie, Gerechtigkeit, Demokratie: Vielen mangelt es nicht an Umweltbewusstsein, sondern an Einkommen und Kaufkraft, wenn sie zu bedenklichem Konsum greifen. Und der Protest gegen steigende Energiepreise ist kein Votum gegen Energiesparen, sondern gegen die Bereicherung der Stromkonzerne. Sind hier nicht eher wirtschaftsdemokratische Mitbestimmung und staatliche Vorgaben als Marktsignale gefragt? ■

REGULIERUNG DES FINANZMARKTSYSTEMS – Die Finanzmarktarchitektur neu ordnen

FORUM „REGULIERUNG DES FINANZMARKTSYSTEMS“

Aufgabe der Finanzmärkte ist es, Erspartes in sinnvolle Verwendungsformen zu lenken. Von dieser Aufgabe haben sich die Finanzmärkte jedoch zunehmend verabschiedet – sie gefährden die wirtschaftliche Entwicklung auch heute noch mehr, als dass sie ihr nutzen. Ziel des Forums war, dass die Teilnehmer Erfahrungen austauschen und überlegen, was geändert werden muss, damit die Finanzmärkte wieder ihrer eigentlichen Aufgabe gerecht werden können.

MIT:

Ralph Heuwing, *Finanzvorstand der Dürr AG, Bietigheim-Bissingen*

Torsten Windels, *Chefvolkswirt der NordLB, Hannover*

Stephan Schulmeister, *Wirtschaftswissenschaftler am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, Wien*

Bertin Eichler, *Hauptkassierer der IG Metall*

Alle reden von den Finanzmärkten und dem damit verbundenen spekulativen Geschäftsgebaren. Im Forum ging es darum, die Rolle der Finanzmärkte bei der Entstehung der Krise zu analysieren und konkrete Veränderungsvorschläge für eine Neuordnung der Finanzmarktarchitektur zu erarbeiten.

Die ungelösten Probleme auf den Finanzmärkten wirken bis heute nach. Doch wie kam es zu den krisenhaften Entwicklungen der letzten Jahre? Stephan Schulmeister interpretiert die Krise in seinem Beitrag als „Implosionsprozess der finanzkapitalistischen Spielanordnung“. Schulmeister spannte einen Bogen über die Entwicklung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert, beginnend mit dem „Golden Age“ der Jahre 1950 bis 1975, in der eine realkapitalistische Spielanordnung vorherrschte und der Keynesianismus als wissenschaftliches Fundament diente. Seit den 1980er-Jahren waren eine steigende Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, ein „No-Future-Feeling“, Endsolidarisierung zwischen Jung und Alt und eine zunehmende Individualisierung feststellbar. Dies kam nicht von ungefähr, denn zwischen 1980 und 2007 beherrschten der Finanzkapitalismus und der Neoliberalismus die Ökonomie.

Kursverluste gefährdeten die Existenz von Banken und Betrieben

Torsten Windels erklärte die Krise aus der Sicht eines Bankers: Die Krise wirkte auf die Kreditinstitute bedrohend, da sie zu Kursverlusten an fast allen Finanzmärkten führte und somit die Existenz von Banken gefährdete. Der Interbankenmarkt kam zum Erliegen, die Refinanzierung stockte. Die Rezession führte zu Abschreibungen auf reale Kundenkredite und die Verluste bedrohten Geschäftsbanken. Die Europäische Zentralbank sicherte

die Refinanzierung und der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung schützte vor Bankenpleiten. Auf Unternehmensebene hatte die Krise unterschiedliche Auswirkungen. Die Diskussionsteilnehmer des Forums stellten in ihren Gesprächen an moderierten Tischrunden fest, dass nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Länder in äußerst unterschiedlichem Maße betroffen waren. Große, finanzstarke Konzerne, die auch zum Teil stiftungsfinanziert waren, sowie einige asiatischen Länder hätten weniger Probleme als andere gehabt. Eine solide Eigenfinanzierung und ein stabiler Finanzsektor schützten diese Unternehmen und Länder davor, in den Krisensog zu geraten. Insgesamt waren die weltweiten Folgen jedoch gravierend. Wie hat sich das konkret in deutschen Betrieben bemerkbar gemacht? Ralph Heuwing – ein Mann aus der betrieblichen Praxis – berichtete, dass die Krise die Dürr AG enorm belastet habe. Das Unternehmen wurde vor 117 Jahren gegründet und ging erst vor 23 Jahren an die Börse. Dürr pflegt eine lange Tradition guter Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber und strebt ein Gleichgewicht zwischen Anteilseignern an. Die Ursache der Finanzkrise führt Heuwing auf übermäßiges Schuldenanhäufen zurück. Die Regulation von Banken war mangelhaft. Niemand hätte das Platzen der Blase vorausgesehen. Die Krise führte bei dem Maschinen- und Anlagenbauer zu Umsatzeinbußen um 33 Prozent, in zwei Quartalen mussten Auftragseinbußen von 50 Prozent hingenommen werden. Durch Kurzarbeit und Mitbestimmung des Betriebsrates konnten Entlassungen jedoch weitgehend verhindert werden.

Was hat sich getan?

Was hat sich seit dem Ausbruch der Krise getan? Mit Blick auf die Banken hat die Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen durch die Europäische

REGULIERUNG DES FINANZMARKTSYSTEMS – Die Finanzmarktarchitektur neu ordnen

Bankenaufsicht das Geschäft der Banken eingeschränkt. Torsten Windels sieht außerdem eine deutliche Verbesserung in der Bankenstrategie. Vor der Krise versuchten die Banken eine „eigene Wertschöpfungskette“ zu schaffen. Sie entfernten sich von ihrer ureigenen Aufgabe, der Gewährung von Krediten für den Realsektor, und setzten stattdessen auf hochspekulative Geschäfte. – Die Bankbilanzen wuchsen schneller als das Kreditvolumen. Solche Geschäftsgebaren spielen heute eine geringere Rolle. Inzwischen treiben mehr Sicherheit und Regulation die Kreditkosten an und befördern eine Konzentration auf dem Kapitalmarkt. Die Dürr AG finanziert sich seit zwei Jahren überwiegend über Privatanleihen bei Privatgläubigern. Über diesen Weg will sich das Management von den Hausbanken unabhängig machen und nicht von nur einem oder zwei Gläubigern abhängig sein. Auch Möglichkeiten der Innenfinanzierung (beispielsweise die Bildung von Rücklagen oder die Reinvestition von Gewinnen) werden mehr genutzt. Heute steht die Dürr AG besser da und expandiert.

Banken haben eine der Volkswirtschaft dienende Funktion

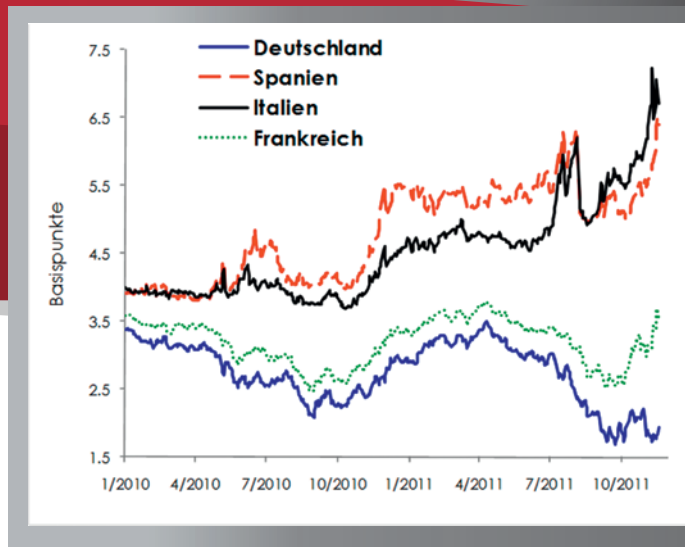
Klar ist: Ohne Banken geht es nicht. Es muss jedoch ein vernünftiges Miteinander geben und ein Bankensystem, das verlässlich ist und Vertrauen schafft. Das alte Leitbild, wonach Geldhäuser eine der Volkswirtschaft dienende Funktion haben, muss wiederbelebt werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums waren sich darin weitestgehend einig, dass dafür eine bessere, effektivere Bankenregulierung auf europäischer Ebene und die Einschränkung des Nichtkundengeschäftes der Banken wichtig wären. Die Finanzmärkte müssten entschleunigt und einfacher strukturiert werden. Wichtig sei hierbei, dass sich insgesamt eine langfristigere Sichtweise durchsetzt und die Regulierung demokratisch legitimiert würde. Es bedarf auch neuer Leitbilder und Anreizstrukturen. Es gab im Forum auch kritische Stimmen, die vor allem das sehr langsame Voranschreiten einer strafferen Regulierung bemängelten. Eine ungebrochen ideologiegeleitete Profitgier und fehlende internationale Abkommen stünden einer rascheren Regulierung im Weg.

„New Deal“ für Europa

Doch mit der Regulierung der Finanzmärkte allein ist es nicht getan. Stephan Schulmeister entwickelte eine umfassendere Krisenlösungsstrategie für Europa. Ein „New Deal“ sei nötig: Eine expansive Strategie zugunsten von Investitionen in Bildung und Forschung, der ökologischen Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft und des Ausbaus der gesamteuropäischen Infrastruktur. Ziel müsse eine bessere Balance zwischen Konkurrenz und Kooperation, Ökonomie und Politik sowie zwischen Markt und Staat sein. Die Politik sollte global koordiniert, technische und soziale Innovationen ausbalanciert und die Wirtschaft

Torsten Windels: „Ich sehe bereits eine deutliche Verbesserung der Bankenstrategie."

Bertin Eichler: „Wir drängen auf regulierte Finanzmärkte, die in erster Linie der Realwirtschaft dienen."



Zinsentwicklung für Staatsanleihen der großen Euro-Länder seit 2010

ökologisiert werden. Schulmeister weist außerdem darauf hin, dass die Konsolidierung von öffentlichen Budgets durch Expansion und nicht durch rigide Konsolidierungsmaßnahmen erreicht werden müsse. Er kommt zu dem Schluss, dass eine EU-weite Solidarität gegenüber einem „Rette sich, wer kann" befördert werden müsse. Ansonsten driften die Staaten der Euro-Zone ökonomisch weiter auseinander (siehe Grafik). Schulmeister spricht sich außerdem für die Erhebung einer Finanztransaktionssteuer, eine Solidarabgabe auf die Höhe der Wertpapierdepots, eine Erhöhung der Kapitalertragsteuer/Abschöpfungsabgabe auf 35 Prozent, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes ab 100.000 Euro sowie eine generelle Vermögens- und Erbschaftsteuer ab einem Nettovermögen von 300.000 Euro aus. Diese Maßnahmen wären notwendig, um auf einen neuen Wachstumspfad einzuschwenken und gleichzeitig die Kapitalmärkte zu regulieren. In seinem abschließenden Kommentar fasste Schulmeister zusammen, dass die Unternehmen sich von der neoliberalen Ideologie loslösen und die Gewerkschaften als Partner anerkennen sollten. Aus seiner Sicht ist eine höhere Staatsquote zwingend notwendig, um mehr gesellschaftlichen Ausgleich zu schaffen.

Einführung der Finanztransaktionssteuer

Der Beitrag der Gewerkschaften zur Neuordnung der Finanzmärkte besteht nach Ansicht der Forumsteilnehmer darin, Regulierungsschwächen aufzudecken, Alternativen aufzuzeigen und die Europäische Zusammenarbeit zu stärken. Bertin Eichler war sich in seinem Abschlussbeitrag mit den Referenten einig, dass Finanzmärkte so reguliert werden müssten, dass sie wieder der Realwirtschaft dienen. Eichler kritisierte die marktreligiöse Mentalität, die die Wurzel allen Übels ist. Die Profitgier sollte nicht in Form von Boni über fehlgeleitete Anreizsysteme befeuert werden. Die IG Metall unterstützt die Einführung der Finanztransaktionssteuer und fordert eine Trennung des Einlagen- und Investmentgeschäfts der Banken sowie ein europaweites Verbot von Leerverkäufen und die strenge Regulierung von hochspekulativen Wertpapieren. Wichtig sind auch die Verwirklichung einer europäischen Bankenaufsicht und die Einschränkung der Rolle der drei großen Ratingagenturen. ■

GLOBALE UNGLEICHHEIT – Mehr Interessensausgleich für mehr gemeinsame Perspektiven

FORUM „GLOBALE UNGLEICHHEIT“

Ein ökologischer und sozialer Entwicklungspfad kann seine Wirkung nur als globales Projekt entfalten. Wie ist die Lage auf den verschiedenen Kontinenten? Welche Maßnahmen existieren, um vergleichbare Lebenschancen zu verwirklichen?

MIT:

Patrick Bond, *Professor an der Universität KwaZulu-Natal, Südafrika*

Gaochao He, *Professor an der Universität Guangzhou, China*

Kemal Ozkan, *Stellvertretender Generalsekretär der IndustriAll global*

Valter Sanches, *Generalsekretär der brasilianischen Metallarbeitergewerkschaft*

Christoph Scherrer, *Professor an der Universität Kassel*

Christiane Benner, *geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall*

In den vergangenen 30 Jahren ließen sich zwei gegenläufige Entwicklungen beobachten: Einerseits hat in vielen Weltregionen die Armut abgenommen, sowohl relativ als auch absolut. Andererseits ist das Ausmaß der sozialen Ungleichheit vielerorts größer geworden. Noch immer hungern auf der Erde 2 Milliarden Menschen, viele Millionen leben unter unwürdigen Bedingungen und arbeiten prekär. Beide Entwicklungen hängen mit der internationalen Vernetzung der Wirtschaft zusammen.

Angesichts der zunehmenden globalen Ungleichheit kämpfen Menschen in vielen Regionen für bessere Lebensbedingungen. Mit unterschiedlichem Erfolg.

Wenig soziale Absicherung

In den letzten hundert Jahren ging China durch zwei große Transformationen. Bei der ersten handelte es sich um die Transformation der bestehenden Ordnung hin zum Sozialismus in den 1950ern. Die zweite Transformation, gekennzeichnet durch die partielle Abwicklung der sozialistischen Wirtschaftsordnung, begann in den 1970er- und 1980er-Jahren. Seitdem hat sich viel getan. Lag der Anteil des kollektiven Besitzes früher bei 98 Prozent, dominiert inzwischen der private Sektor. Inzwischen gibt es mehr nichtstaatliche Arbeitsverhältnisse als staatliche. Auch die meisten Steuereinnahmen stammen aus der Privatwirtschaft. Die Veränderungen brachten eine geänderte Ressourcenverteilung mit sich. Herrschte früher ein hohes Maß an Gleichheit vor, ist die Gesellschaft heute bei der Reichtumsverteilung stark polarisiert. Dies brachte viele Probleme mit sich. Zugleich wurden soziale Schutzmechanismen abgebaut. Während institutioneller Schutz früher ein Leben lang gegeben war, wird Hilfe heute nur im äußersten Notfall gewährt. Die Arbeitsverhältnisse sind oftmals prekär, es gibt wenig soziale Absicherung. „Der chinesische Markt ist wie der Wilde Westen. Es gibt

keine soziale Regulierung oder soziale Absicherung. China ist geprägt von Wachstum, Geldanhäufung und Umweltzerstörung“, meint Gaochao He. Gleichzeitig hat sich an den politischen Machtverhältnissen wenig geändert. Die Macht liegt noch immer in den Händen einiger weniger. Anders als früher bestehen für sie aber heute mehr Möglichkeiten, sich zu bereichern. Kurzum: China befindet sich derzeit im Übergang zur Marktwirtschaft. Dieser Transformationsprozess ging jedoch mit einem Mehr an sozialer Ungleichheit einher.

Europäischer Binnenmarkt in Gefahr

In Europa führte die soziale Spreizung in die Rezession. Durch die Sparpolitik ist Europa in Gefahr. Die jetzigen Profiteure der wirtschaftlichen Ungleichgewichte der Eurozone müssen sich längerfristig entscheiden: Entweder, sie verzichten auf Absatzmärkte oder sie verzichten auf Geld, das benötigt wird, um eben diese Märkte zu stützen. Aus Sicht von Christoph Scherrer könnte in Europa die bestehende Spaltung dazu führen, dass sich die Verlierer ausklinken. Die Möglichkeiten des Binnenmarktes würden dann nicht mehr genutzt werden, der Marktzugang – von dem gerade die deutsche Exportwirtschaft profitiert – wäre nicht mehr gegeben.

Zunahme der sozialen Spaltung im Süden Afrikas

Der Süden Afrikas muss oft als Beispiel für jene Regionen herhalten, in denen die mit der Globalisierung verbundenen Fortschritte nicht ankommen. Woran liegt das? Patrick Bond sieht knapp zwanzig Jahre nach der Ablösung der staatlich festgelegten Rassentrennung in Südafrika die „weltweite Apartheit“ auf dem Vormarsch. Die scheinbare Wirtschaftsblüte in einigen afrikanischen Ländern beruht ausschließlich auf Rohstoffexporten und Ressourcenausbeutungspolitik. „Wenn Afrika weiter ausschließlich aufgrund seiner natürlichen Vorkommen in die Weltwirtschaft eingebunden wird, wird die Armut größer“, so Bond. Die wesentliche Ursache für die Zunahme der sozialen Spaltung im Südteil des afrikanischen Kontinents sei auf die harte neoliberale Privatisierungs- und Rohstoffausbeutungspolitik der Industrie- und Schwellenländer zurückzuführen. Jener Akteure also, die den Großteil der Gewinne abschöpfen.

Brasilien: Größte Lohnerhöhung der Welt

Ganz anders in Brasilien: Dort ist man seit den 1980er-Jahren dabei, die Demokratie auf immer breitere Füße zu stellen. An das Ende der Militärdiktatur schloss sich ein neoliberales Jahrzehnt an.

GLOBALE UNGLEICHHEIT – Mehr Interessensausgleich für mehr gemeinsame Perspektiven

Das Ergebnis: mehr als 10 Millionen Arbeitslose. Mit der Wahl des früheren Stahlarbeiters Luiz Inácio Lula da Silvas zum Staatspräsidenten wurden dann die Weichen neu gestellt. Der Staat, in dem noch im Jahr 2002 rund 32 Million Menschen in extremer Armut lebten, betreibt heute eine offensive Sozialpolitik (siehe Seite 60–61). Durch die Schaffung eines Einkommenstransferprogramms sind diese Menschen nunmehr imstande sich zu ernähren. Gleichzeitig wurde in Brasilien die vermutlich größte Lohnerhöhung der Welt durchgesetzt: die stufenweise Anhebung des Mindestlohns bis zum Jahr 2020. Der Lohnzuwachs von 40 Millionen Brasilianern wird bis dahin 70 Prozent über der Teuerungsrate liegen. Der durchschnittliche Lohnzuwachs übersteigt in Brasilien die Inflationsrate um etwa 38%. In der Folge nimmt die Kaufkraft dieser Menschen stark zu. Die Menschen wurden zu Konsumenten und haben Kraft gefasst. Brasilien hat gezeigt, dass eine andere politische Richtung möglich und erfolgreich ist. Anstatt bis zum Geht-nicht-mehr zu sparen, wendete Brasilien in der Krise erhebliche Mittel auf. Für den Wohnungsbau, die industrielle Entwicklung und die Landwirtschaft. Nicht zuletzt deshalb kam Brasilien schnell und gestärkt aus der Krise.

Mögliche Schritte

Anhand der verschiedenen Beispiele wurde deutlich, dass sich vergleichbare Lebenschancen aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen nicht überall gleichermaßen verwirklichen lassen. Wie könnten Schritte zu einem Abbau der globalen Ungleichheit aussehen?

Gewerkschaften nicht mehr verlängerter Arm des Systems

Auf nationaler Ebene ändert sich vieles, um soziale Spaltungen abzuschwächen. In China sind seit mehreren Jahren Veränderungen spürbar, die darauf hinweisen, dass mehr sozialer Ausgleich möglich ist. Gaochao He sieht das Zeitalter der billigen Arbeitskräfte daher bereits am Ende. In China herrscht keine Demokratie, doch die Regierung sei durch Druck durchaus beeinflussbar. Teile der chinesischen Gewerkschaften bemühen sich um die Verankerung von Streikrechten in der Verfassung und drängen auf eine Verbesserung der prekären Situation der Wanderarbeiter. Die Gewerkschaften agieren in verschiedenen Gegenden des Landes nicht mehr als verlängerter Arm des politischen Systems. In einzelnen Regionen wird viel getan um Arbeiter auch jenseits des staatlichen Sektors zu organisieren. Inzwischen gibt es sogar Streiks und Tarifverhandlungen. Öffentlichkeit und Medien unterstützen zum Teil offen die Interessen der Arbeitnehmer. Auch der staatliche Führungsstil scheint sich allmählich zu wandeln. Das im Jahr 2012 verabschiedete Sozialversicherungsgesetz bringt Verbesserungen im Fall von Arbeitslosigkeit oder -unfähigkeit mit sich. Für die Landbevölkerung wurde ein Krankenversicherungssystem geschaffen.

„Ökologische Schuld“

Patrick Bond sieht den Norden in einer „ökologischen Schuld“ gegenüber dem Süden. Einlösbar sei diese etwa durch Direkthilfen für Garantieeinkommen. Zustimmend bezog er sich auf ein Beispiel aus Namibia, wo eine kirchliche Einrichtung jedem Einwohner im Monat 10 Euro als

Gaochao He: „Das Zeitalter der billigen Arbeitskräfte neigt sich dem Ende."

Christiane Benner: „Das Beispiel Brasilien macht Mut. Gute Erfahrungen sollte man auf andere Regionen übertragen."

Christoph Scherrer: „Die Profiteure der wirtschaftlichen Ungleichgewichte müssen sich entscheiden."

eine Art voraussetzungsloses Grundeinkommen gibt. Christoph Scherrer plädiert unter dem Stichwort der ökologischen Gerechtigkeit dafür, dass die Entwicklungsländer in ihrem eigenen Interesse auf Abstand zum reinen Wachstumsmodell gehen und gemeinsam mit den Industriestaaten dazu beitragen, den ökologischen Fußabdruck zu verkleinern.

Fünf Millionen neue Studienplätze

Hoffnungsvoll stimmen einen die aktuellen Entwicklungen in Brasilien. Hier wurden diverse neue Universitäten errichtet und Stipendien- und Studienförderprogramme geschaffen. Fünf Millionen neue Studienplätze konnten so entstehen. Quotenregelungen für junge Arbeitnehmer und Menschen mit bestimmten ethnischen Herkunftsregionen und Hautfarben leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration dieser Gruppen in die brasilianische Gesellschaft.

Internationale Vernetzung nötig

In den letzten 30 Jahren haben sich die Machtverhältnisse immer mehr zugunsten der transnationalen Konzerne verschoben. Standorte werden gegeneinander ausgespielt. Arbeitnehmerrechte in vielen Ländern der Welt eingeschränkt. Das wirtschaftliche und politische Umfeld im Sinne der Konzerne umgestaltet. Änderungen sind nur möglich, wenn sich die Beschäftigten aus den Industrie- und Entwicklungsländern zusammentun. Wirksame Interventionen sind nur mit einem Mehr an internationaler Vernetzung und einer weltweit präsenten Gewerkschaft möglich. Inzwischen existiert mit der IndustriAll global eine solche Organisation.

Gewerkschaftlichen Einfluss nutzen

Vorstandsmitglied Christiane Benner fasste das Forum zusammen. Es gibt in den verschiedenen Gegenden der Welt viele wertvolle Erfahrungen und Ansätze. Die Frage ist: Wie kann man diese Erfahrungen konsequenter auf andere Regionen übertragen? Wichtig ist, dass in Deutschland erkämpfte Errungenschaften verteidigt und genutzt werden, um Standards in anderen Ländern zu setzen. Dies kann beispielsweise über europäische und Weltbetriebsräte und Internationale Rahmenabkommen geschehen. Gleichzeitig müssen wir uns jedoch offen eingestehen, dass in Bereichen wie dem IT-Sektor schon die nationale Organisierung der Beschäftigten schwerfällt. Maßnahmen auf globaler Ebene sind daher umso schwerer. „Die Gründung von IndustriAll global war aus diesem Grund wichtig. Sie kann einen Beitrag zum Empowerment der lokalen Gewerkschaften leisten. Insbesondere das Beispiel Brasilien macht Mut und zeigt uns, dass Gewerkschaften einen konkreten Einfluss haben, um Politik konkret zu verändern", so Benner. ■

REVITALISIERUNG DER DEMOKRATIE – Politik für die Menschen

FORUM „REVITALISIERUNG DER DEMOKRATIE“

Demokratische Willensbildungsprozesse und Institutionen verlieren offenkundig an Bedeutung. Dies lässt sich unter anderem an der Wahlbeteiligung und dem Zustand der politischen Parteien ablesen. Administrative Entscheidungen und Lobbyismus dagegen gewinnen an Gewicht. Im Mittelpunkt des Forums stand daher die Frage: Wie können wir die Demokratie stärken?

MIT:

Colin Crouch, *Politikwissenschaftler und Soziologe, University of Warwick, England*

Wolfgang Merkel, *Politikwissenschaftler, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung*

Nicola Vendola, *Sozialwissenschaftler und Journalist, Präsident der Region Apulien/Italien*

Helga Schwitzer, *geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall*

Steckt die Demokratie in einer Krise? Sinkende Wahlbeteiligungen, Politikmüdigkeit und Umfragen lassen das vermuten. In Deutschland glauben zum Beispiel nur sieben Prozent der Menschen, dass die gewählten Politikerinnen und Politiker sich nach den Wünschen der Bürger richten. Über die Gefahren und Lösungen diskutierten die Teilnehmer unter dem Schlagwort „Revitalisierung der Demokratie“.

Warum beschäftigt sich die IG Metall mit dem Thema Demokratie? Klar, betriebliche Demokratie würde direkt den Beschäftigten dienen. Aber warum ist die allgemeine Demokratie ein Gewerkschaftsthema? Aus mehreren Gründen: Erstens weil betriebliche und politische Demokratie zusammenhängen. Gewerkschaften treten ein für möglichst viel Selbstbestimmung und möglichst wenig Fremdbestimmung, viel mitentscheiden können und wenig anonyme Stellvertreterpolitik in allen Lebensbereichen. Zweitens hat die Politik, deren Vertreter wir wählen, ganz entscheidenden Einfluss auf das Wirtschafts- und Umweltgeschehen und damit auf unsere Arbeitsplätze. Die Referenten gaben zu diesen Aspekten Impulse: Wie ist es ums Mitreden bestellt? Was könnten oder sollten Gewerkschaften tun?

Nicht legitimierte Akteure stoppen

Für den Demokratieforscher Wolfgang Merkel befindet sich die Demokratie in einer schwierigen Veränderungsphase. „Wir müssen genau hinsehen“, sagte er und verwies darauf, dass sich die Legitimitätsachsen verschieben. Das bedeutet, dass die Kerninstitutionen der Partizipation und der Repräsentation (Parteien, Parlamente, Regierungen) auf wenig Zustimmung stoßen – besonders die Parteien. Und dass nicht demokratisch legitimierte Gremien, wie zum Beispiel das Verfassungsgericht und die Zentralbanken, bei den Menschen deutlich höhere Zustimmung bekommen. „Wir erleben einen Niedergang der Parlamente und eine Dominanz der Exekutive. Ich würde sagen, wir haben hier eine Auszeh-

rung unserer Demokratie. Es stellt sich die Frage: Regieren eigentlich die, die gewählt wurden?“ Denn auch privatwirtschaftliche Akteure wie Großbanken und Hedge Fonds bestimmen große Bereiche der Politik mit. Das sieht auch der britische Wissenschaftler Colin Crouch so. Er hat den Begriff der „Postdemokratie“ geprägt. Das heißt: Die demokratischen Institutionen bleiben äußerlich bestehen, aber die Demokratie verliert immer mehr an Substanz. Gerade in Großbritannien, beobachtet er, fördert die politische Klasse das Menschenbild von individuellen Konsumenten – auf Kosten der Demokratie. Das verhindert in einer Gesellschaft, dass sich kollektive politische Identitäten entwickeln.

Rolle der Gewerkschaften in einer Demokratie

Colin Crouch sieht in den Gewerkschaften die wichtigsten Institutionen, die diese Prozesse korrigieren können. Hier können die Menschen ihre Rolle als aktive Bürger wahrnehmen und mitgestalten. Denn die Arbeitsweltprobleme, um die die Politik sich zu wenig kümmert, gibt es natürlich noch. Crouch dazu: „Die Arbeit hat großen Einfluss auf das allgemeine Leben, auf Lebenschancen und die Stellung in der Gesellschaft sowie das Familienleben. Deshalb sind immer gesetzliche Regulierungen nötig.“ Die Gewerkschaften dürften die Entpolitisierung der Arbeit nicht hinnehmen und müssten die Fragen der Arbeitswelt wieder stärker in die politische Arena hineintragen.

Crouch riet den Gewerkschaften außerdem, sich nicht nur als Vertreter etablierter Stammbelegschaften zu verstehen, sondern die Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen mitzunehmen und sich darauf einzustellen, dass die Jüngeren heutzutage ihren Arbeitsplatz häufig wechseln. Für sie müssen Anspracheformen gefunden werden.

Volksabstimmungen: pro und kontra

Wolfgang Merkel wies auf eine weitere bedenkliche Entwicklung hin: Die Teilnahme an der Demokratie leidet unter sozialer Selektion. Die Wahlbeteiligung der unteren Schichten sinkt, sodass die Mittelschichten immer besser repräsentiert sind. „Die wachsende sozioökonomische Ungleichheit schlägt damit durch auf das Kernprinzip der Demokratie. Politische Gleichheit ist so nicht mehr denkbar.“ Merkel glaubt aber nicht, dass Volksabstimmungen geeignet sind, dem abzuhelfen. Bei diesem Verfahren sei die soziale Selektion noch höher, weshalb konservative Haltungen meist die Oberhand bekommen beim Ergebnis.

REVITALISIERUNG DER DEMOKRATIE – Politik für die Menschen

Nicola Vendola dagegen hat gute Erfahrungen mit Volksabstimmungen gemacht. Er ist Präsident der italienischen Region Apulien. Im Juli 2011 ging es bei einer nationalen Volksbefragung um die Privatisierung der Wasserversorgung, um den Wiedereinstieg in die Atomkraft und um das „Berlusconi-Gesetz“, das Regierungsmitgliedern erlaubt, Strafprozessen fernzubleiben, wenn sie verhindert sind. Vendola berichtet, wie die Volksabstimmung diese Vorhaben abgeschmettert hat: „27 Millionen Italiener haben Nein gesagt. Sie haben Nein gesagt zu einem Kodex der Privatisierung. Der Neoliberalismus ist ein Kodex der Privatisierung. Volksabstimmung versteht Politik als Gemeingut.“

Kommunikation, Wahlpflicht und mitmachen vor Ort

Vendola hat mit noch etwas gute Erfahrungen gemacht: Mit moderner Kommunikation. Seine Wähler hat er unter anderem über Facebook mobilisiert, wo er sehr aktiv ist und ein gigantisches Netzwerk hat. Vendola gilt als „Linksintellektueller der Internetgeneration“. In dem Forum erzählte er zwar keine Details, aber er betonte die grundsätzliche Bedeutung der Kommunikation für politische Prozesse. Die Menschen müssten verständlich und phantasievoll in die Debatte über die öffentlichen Angelegenheiten einbezogen werden.

Eine weitere Möglichkeit, Wähler zu mobilisieren und dabei die soziale Selektion auszuschließen, ist für Wolfgang Merkel die Wahlpflicht. Zu dem Argument, dass dies eine Art „Freiheitsentzug“ sei, sagt Merkel: „Man kann auf dem Wahlzettel die Position schreiben ‚keine von allen Parteien‘. Damit kann man seinen Protest ausdrücken.“ Besonders brauchbar für eine Belebung der Demokratie erscheinen ihm Formen der direkten Beteiligung, zum Beispiel, wenn die Bürger bei einem Teil ihres kommunalen Haushalts selbst mitentscheiden könnten.

Ergebnisse aus den Kleingruppen

Nach den Impulsen der Referenten konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber diskutieren und aus ihrer Erfahrung heraus Ideen sammeln, wie man die Demokratie betrieblich und außerbetrieblich fördern kann. In kleinen Gruppen erstellten sie Wandzeitungen mit Ideen. Als Stichpunkte wurden präsentiert:

- Es ist nötig, dass wir den „Markt“ als zentrales Element des Handels zugunsten der Demokratie zurückdrängen.
- Es ist wichtig, dass Grundwerte wieder ihre eigentliche Bedeutung bekommen. Zum Teil sind sie stark neoliberal besetzt.
- Politische Bildung ist als Grundlage für das Demokratie-Bewusstsein unverzichtbar. Das Motiv „Erziehung zur Mündigkeit“ fehlt massiv in unserem Bildungssystem. Es geht zu sehr darum, dass „verwertbare Menschen“ herauskommen.
- Die zeitlichen Möglichkeiten, um über Demokratie und politische Themen zu diskutieren werden immer kleiner.
- Die IG Metall soll Arbeitsthemen aus den Betrieben wieder stärker in die politischen Arenen tragen.

Wolfgang Merkel: „Ich würde sagen, wir erleben eine Auszehrung der Demokratie."

Colin Crouch: „Beschäftigte sollten über ihre Gewerkschaft ihre Arbeit aktiv mitgestalten."

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums konnten auf einer Weltkarte markieren, wo sie herkommen.

- Betriebe können mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie zum Beispiel die Frauenrechte mit Leben füllen.
- Demokratie im Betrieb ist zum Beispiel, wenn man als Interessenvertreter beteiligungsorientiert arbeitet. Nach dem Motto „Du hast ein Problem? Ich helfe Dir, es selbst zu lösen".

IG Metall: Demokratie außen und innen stärken

Helga Schwitzer fasste das Forum zusammen: „Wir müssen für diese Demokratiedefizite Antworten finden. Auch darauf, dass unsere Politik teilweise nicht mehr bestimmt wird von Parlamenten und Parteien, sondern von Eliten, von nicht legitimierten Akteuren." Wie verhindern wir das? Das geht nur, wenn die Politik Regeln und Richtung der Wirtschaft bestimmt und nicht umgekehrt. Die gesellschaftliche Spaltung darf nicht weiter voranschreiten, ganze gesellschaftliche Gruppen dürfen nicht von demokratischen Prozessen abgehängt werden. „Das ist auch eine gewerkschaftliche Herausforderung. Die Gesundheit der Demokratie hängt ab von der Stärke der Gewerkschaften, das ist ein entscheidender Punkt. Es geht also um unsere Mitgliederstärke und darum, mehr Demokratie im Betrieb zu verwirklichen. Das schließt ein, dass wir arbeitsspezifische Themen auf die politische Tagesordnung bringen." Die IG Metall greift viele qualitative Themen auf, um auch Gruppen mit speziellen Interessen zu erreichen. „Zur Demokratie gehört für mich also auch, kleinen Adressatengruppen Unterstützung zu bieten, zum Beispiel Leiharbeitern und Kollegen mit Migrationshintergrund", so Schwitzer. In der IG Metall möchte Schwitzer die Beteiligung stärken. Sie muss zum selbstverständlichen Bestandteil gewerkschaftlicher Politik werden. Dazu dienen auch Beschäftigtenbefragungen, in denen wir erfahren, was unseren Mitgliedern wichtig ist. „Das wirkt nach innen und außen: Zum einen geben sie unseren IG Metall-Entscheidungsprozessen eine Richtung. Zum anderen wirkt es nach außen. Denn wir bestimmen damit auch, wie Politik für die Menschen aussehen muss. Viele Themen – wie zum Beispiel der Missbrauch von Leiharbeit – sind über unsere Kampagnen überhaupt erst in der Öffentlichkeit angekommen." Im Kern geht es darum, die Beschäftigten zu ermächtigen, im Sinne ihrer Arbeits- und Lebensinteressen Einfluss zu nehmen. Dafür sind Mitbestimmung und Tarifverträge ein wichtiges Fundament. ■

DEMOKRATISIERUNG DER WIRTSCHAFT – Damit die Demokratie nicht vor den Werktoren endet

FORUM „DEMOKRATISIERUNG DER WIRTSCHAFT“

Die Unternehmensentscheidungen werden im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus immer kurzfristiger. Die Leidtragenden sind die Beschäftigten in den Betrieben, denn langfristige Strategien zugunsten der Arbeitsplätze und der Betriebe bleiben zumeist aus. Die Beschäftigten benötigen daher mehr Beteiligungsrechte, um eine nachhaltige Unternehmensentwicklung herbeizuführen. Das Forum zielte darauf ab, in einen Austausch über die Perspektiven einer erweiterten Mitbestimmung zu treten.

MIT:

Alexandra Baum-Ceisig, *Generalsekretärin des Gesamt- und Konzernbetriebsrates der Volkswagen AG, Wolfsburg*

Jürgen Hennemann, *Betriebsratsvorsitzender FTE Automotive, Ebern*

Richard Hyman, *London School of Economics*

Bertin Eichler, *Hauptkassierer der IG Metall*

Mit „mehr Demokratie in der Wirtschaft“ sind unterschiedliche Konzepte gemeint, die allesamt darauf abzielen, die Mitbestimmungsrechte und die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an wirtschaftlichen Prozessen zu stärken und auszuweiten. Wie kann eine solche Ausweitung der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte vonstattengehen? Was sind die Rahmenbedingungen? Darüber debattierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums „Demokratisierung der Wirtschaft“.

Den Gewerkschaften ist immer bewusst gewesen, dass eine entwickelte demokratische Gesellschaft auch eine Demokratisierung der Wirtschaft, dem Kernbereich gesellschaftlicher Macht, erfordert. Auf gesellschaftlicher Ebene bedingt dies ein verändertes Verhältnis von Politik und Ökonomie. Die Politik muss in der Lage sein, der Ökonomie Ziele und Regeln zu setzen und ihre Richtung bestimmen. In den Betrieben geht es darum, dass die Beschäftigten die Perspektiven ihres Unternehmens, ihrer Branche oder ihrer Region mitbestimmen können. Dazu muss es ihnen möglich sein, Einfluss auf Investitionsentscheidungen zu nehmen. In jeder Etappe kapitalistischer Entwicklung stellt sich die Frage einer Demokratisierung der Wirtschaft in neuer Form. Sie hat heute wieder an Aktualität gewonnen. Ein wesentlicher Faktor ist das Verhalten finanzmarktgetriebener Investoren, die durch die Erwartung kurzfristiger, hoher Renditen die Zukunft von Betrieben bedrohen oder sogar versuchen, die vorhandene Substanz auszuschlachten. In der Finanzmarktkrise in den Jahren 2008 und 2009 wurde deutlich, wie wichtig die demokratischen Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften und der betrieblichen Interessenvertreter für die Sicherung von Arbeitsplätzen und eine stabile Beschäftigungspolitik sind. Der bevorstehende ökologische Wirt-

schaftsumbau ist sicherlich die größte Herausforderung. Er kann nur sozial gerecht und mit der nötigen Verankerung in der Bevölkerung über eine intensive demokratische Beteiligung der Beschäftigten in den Betrieben gestaltet werden. Heute geht es nicht darum, Modelle für eine ferne Zukunft zu konstruieren, sondern nach realistischen Chancen für mögliche Einflusswege auf Investitionsentscheidungen zu suchen. Dabei kommt es weniger auf Eigentumstitel, sondern auf das Zusammenspiel von durchsetzungsfähiger Betriebspolitik, gewerkschaftlicher Organisationsmacht und institutionellen Absicherungen an. Es geht nicht um formelle, sondern um wirkliche, von den Menschen getragene Vergesellschaftung.

Wer entscheidet?

Dass eine Erweiterung von Mitbestimmung unter den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen nicht ohne Weiteres zu realisieren ist, zeigte Richard Hyman in seinem Beitrag auf. Er nahm dabei Bezug auf den wissenschaftlichen Diskurs. Es wurde deutlich, dass mehr Demokratie in der Wirtschaft ein Anspruch ist, der sich nur verfolgen lässt, wenn sich die gewerkschaftlichen Akteure als veränderungsfähig darstellen und beweisen, neue Methoden der demokratischen Beteiligung zu praktizieren. Die IG Metall hat mit der „Operation Übernahme“ – der beteiligungsorientierten Kampagne der IG Metall-Jugend zur Übernahme aller Auszubildenden – gezeigt, wie das geht. Die Frage nach erweiterter Mitbestimmung in den Betrieben kann jedoch nicht losgelöst von den ökonomischen Verhältnissen gesehen werden. Das grundsätzliche Problem – der zutiefst undemokratische finanzmarktgetriebene Kapitalismus und die mit ihm einhergehenden Verwüstungen – lassen sich auf der betrieblichen Ebene allein nicht lösen. Es bedarf einer neuen Vision. „Die Gewerkschaften müssen das den Menschen in einfachen Worten erklären. Es geht darum: Was machen wir mit dem Geld? Und wer entscheidet?“, so Hyman. Hymans Botschaft ist die Frage, ob allein über Lohn und Gehalt eine gerechte Teilhabe an der Wertschöpfung

DEMOKRATISIERUNG DER WIRTSCHAFT – Damit die Demokratie nicht vor den Werkstoren endet

zu erzielen ist. Er erinnert dabei an die Idee, auf die Übertragung von Eigentümerrechten an die Belegschaft auch in guten Zeiten, und nicht nur als Kompensation von Arbeitnehmerzugeständnissen in der Krise, zu setzen.

Vetorecht bei Standortentscheidungen

Ein Beispiel dafür, wie erweiterte Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte in der betrieblichen Praxis aussehen können, lieferte Alexandra Baum-Ceisig. Die Arbeitnehmervertreter bei VW verstehen sich nicht bloß als eine Art Co-Manager, sondern sind darauf bedacht, gezielt Einfluss auf strategische Unternehmensentscheidungen zu nehmen. Neben dem sehr hohen Organisationsgrad kommt in diesem Zusammenhang dem ausgefeilten System der Vertrauensleutearbeit sowie dem VW-Gesetz eine entscheidende Bedeutung bei. Dieses sichert der öffentlichen Hand in Form des Landes Niedersachsen ein Vetorecht in allen wichtigen Entscheidungen zu. Im VW-Gesetz ist außerdem festgeschrieben, dass der Aufsichtsrat die Errichtung und Verlegung von Produktionsstätten nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit beschließen kann. Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die die Hälfte der Mitglieder stellen, können entsprechende Vorhaben der Geschäftsführung jederzeit verhindern.

Unlängst wurde eine „Charta der Arbeitsbeziehungen“ verabschiedet, die es auch Betriebsräten in ausländischen VW-Standorten ermöglicht, Mitbestimmungsrechte aus der deutschen Betriebsverfassung zu erwerben. „Klar gibt es da auch Arbeitnehmervertreter, denen diese Mitbestimmungsrechte nicht ausreichen und lieber einen konfliktorischen Weg gehen“, erklärt Baum-Ceisig. Der Großteil der ausländischen Kollegen sei jedoch sehr aufgeschlossen. „Die haben ja auch gesehen, dass wir durch unsere Mitbestimmung viel erreichen können. Etwa die Rettung des Werks in Brüssel.“

Mehr Beteiligungsrechte – bis hin zu Anteilen am Kapital

Bei dem im unterfränkischen Ebern ansässigen Automobilzulieferer FTE Automotive handelt es sich um den führenden Hersteller von hydraulischen Brems- und Kupplungsbetätigungssystemen. Jürgen Hennemann beschrieb, wie sein Betrieb innerhalb weniger Jahre dreimal weiterverkauft wurde, zuletzt zweimal an Finanzinvesto-

Richard Hyman (links): „Mehr Demokratie in der Wirtschaft erfordert auch beteiligungsorientierte Gewerkschaften.“

Jürgen Hennemann: „Wertzuwächse dürfen nicht an Investoren abfließen, sondern müssen den Beschäftigten zugute kommen.“

Unternehmensentscheidungen als Glücksspiel? Auf gar keinen Fall, und bitte mit Mitbestimmung der Belegschaft!

ren. Die Schuld- und Zinslasten stiegen, die Belegschaft musste quasi ihren eigenen kreditfinanzierten Aufkauf mitfinanzieren. Investitionen in Entwicklung und Anlagen gab es nicht. Beim nächsten Weiterverkauf machte Hennemann mit seinen Kollegen Druck. „Wir haben gesagt, wir wollen da mitbestimmen“, erklärt Hennemann. „Wir wollen wissen: Mit wem wird verhandelt? An wen verkauft? Und dann wollen wir eine Betriebsvereinbarung zur Sicherung von Standort, Beschäftigung, Investitionen und Tarifen.“ Die Beschäftigten hatten Erfolg und konnten ihre Mitwirkungsmöglichkeiten ausbauen. Hennemann merkte außerdem an, dass der mit den Transaktionen einhergehende nominelle Wertzuwachs des Unternehmens eigentlich den Beschäftigten zusteht. Schließlich sind sie es, die die entsprechenden Wertzuwächse erarbeitet haben. Vor diesem Hintergrund wäre es daher eigentlich nur gerecht, wenn die Beschäftigten im Zuge kreditfinanzierter Übernahmen einen Anteil am Unternehmen erhalten würden.

Durchsetzungskraft gewerkschaftlicher Akteure

Bertin Eichler würdigte in seinem abschließenden Statement die Mitbestimmung als soziale Errungenschaft. Er machte deutlich, dass alle historischen Erfahrungen belegen, dass der Ausbau von Mitbestimmung nicht vom Himmel fällt, sondern gegen Widerstände organisiert werden muss. Eichler erinnerte in diesem Zusammenhang an die Durchsetzungskraft der gewerkschaftlichen Akteure und deren Rahmenbedingungen: Eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte ist nur möglich, wenn die Gewerkschaften mehr Macht aufbauen und vor allem in den Betrieben stark sind. Die IG Metall tritt dafür ein, den Anwendungsbereich des Mitbestimmungsgesetzes auf Betriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten auszudehnen. Entsprechende Bestrebungen sind bislang jedoch an den Arbeitgebern gescheitert. Diese haben in der Vergangenheit – beispielsweise im Kontext der Biedenkopf-Kommission – deutlich gezeigt, dass sie an einer Weiterentwicklung der Mitbestimmung nicht interessiert sind. Eichler ergänzte außerdem das Themenfeld „mehr Demokratie in der Wirtschaft“ um die oft vernachlässigte Komponente „Gute Arbeit“, für die die Beteiligung der Menschen unabdingbar ist. Wegweisend war auch der Hinweis, dass der Genossenschaftsgedanke wieder aufleben könnte, und zwar beispielsweise in der Form von Energiegenossenschaften, die es in einzelnen Kommunen inzwischen schon gibt. ■

NACHHALTIGER INDUSTRIEUMBAU – Strategien für einen nachhaltigen Weg

FORUM „NACHHALTIGER INDUSTRIEUMBAU“

Trotz fehlender internationaler Regelungen setzen viele Länder mittlerweile auf nachhaltiges Wachstum, um mit Ressourcen vernünftig umzugehen. Die Länder haben dabei verschiedene Wege eingeschlagen, die sich in der Rolle des Staates und in den Instrumenten und Maßnahmen voneinander unterscheiden. Ziel des Forums war eine vertiefende Diskussion zu diesen unterschiedlichen Strategien.

MIT:

Kathryn Harrison, *Department of Political Science, University of British Columbia, Vancouver/Kanada*

Kurt Hübner, *Department of Political Science, University of British Columbia, Vancouver/Kanada*

Fritz Reusswig, *Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung*

Eva Sternfeld, *TU Berlin, Center for Cultural Studies on Science and Technology in China*

Jürgen Kerner, *geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall*

Das derzeitige Wachstumsmodell wird kritisch beleuchtet, es stößt an seine ökologischen und sozialen Grenzen. Ein Strukturwandel hin zu einer ressourcenschonenden, nachhaltigen Industrie ist dringend nötig. Und wenn er richtig angegangen wird, bietet er auch Chancen für soziale Nachhaltigkeit: neue und sichere Arbeitsplätze. Wie gestalten wir den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft?

Weltweit verbindliche Klimaabkommen scheiterten in der Vergangenheit immer daran, dass sich die Regierungen nicht auf konkrete Ziele bei der Verringerung des Kohlendioxid-Ausstoßes einigen konnten. Dennoch muss umgesteuert werden – Wachstum muss nachhaltig werden. Es geht um die richtigen Investitionen. Die Umwelt besser schützen. Die begrenzten Ressourcen besser nutzen. Die Arbeit besser statt billiger machen. Und gerade damit wirtschaftlich noch leistungsfähiger werden.

Der ökologische Umbau ist kein Selbstläufer. Unternehmensentscheidungen werden immer volatiler, ebenso die Märkte. Was zählt, ist der Renditeerfolg (überwiegend pro Quartal). Politische Steuerung tut Not. Industriepolitik und Mitbestimmung lautet das Gebot der Stunde.

Heute voranmachen, damit es morgen nicht teuer wird

Einen Bremser auf dem „Pfadwechsel“ zu nachhaltiger Wirtschaft verortete Kurt Hübner in den Finanzmärkten, die auf schnelle, hohe Renditen ausgerichtet sind. Sie müssten so umstrukturiert werden, dass sie wieder der Realwirtschaft dienen und Innovationsprozesse unterstützen. Hübner plädiert für eine „Niedrig-Karbon-Emissions-Ökonomie“ (NKE). Man sollte nicht warten,

bis selbst die Zauderer und Bremser in der Völkergemeinschaft bereit sind mitzumachen. Der Übergang zu einer NKE ist weder kostenneutral noch gleicht er einer Win-win-Situation. Für diesen Weg braucht es einen starken, aktiven Staat, der erstens die potenziellen Verlierer kompensiert, zweitens die Anpassungskosten vorfinanziert und drittens die infrastrukturellen Voraussetzungen für ein solches Wachstumsregime schafft. Deutschland habe nach Hübner gute Chancen, durch eine Vorreiter-Rolle die positiven wirtschaftlichen Erfolge nachzuweisen, um auch die anderen zu überzeugen. Wer technologisch voranschreite, hat auf dem globalen Markt wirtschaftliche Vorteile.

Nachhaltigkeit und Wohlstand: Das geht

Für Fritz Reusswig kann man nicht über Nachhaltigkeit reden, ohne neue Wirtschaftsparameter anzulegen. „Es heißt immer, umweltmäßig müssen wir gut sein, aber das muss auch wirtschaftlich sein. Damit stoßen dann aber konkurrierende Größen aufeinander. Zu den klassischen Parametern des bestehenden Wirtschaftsmodells gehört, in kurzer Zeit viel Geld zu verdienen.“ Kathryn Harrison drückte es so aus: „Der Klimawandel ist die wahrscheinlich allergrößte politische Herausforderung, vor der die Menschheit je stand: Denn es geht um Investitionen, die sich erst langfristig auszahlen.“ Am Beispiel des sehr unterschiedlichen Ressourcenverbrauchs von Städten – wie London, New York und Houston – zeigte Reusswig, dass Wohlstand und Nachhaltigkeit zusammen gehen können. Zersiedelte Städte erzeugen erheblich höhere Belastungen als verdichtete. Reusswig plädierte unter anderem für eine bessere Stadtplanung und mehr kommunale Investitionsprogramme. Er hält eine Stärkung der Massenkaufkraft für sinnvoll damit die Menschen Produkte kaufen können, die besser statt billiger sind.

NACHHALTIGER INDUSTRIEUMBAU – Strategien für einen nachhaltigen Weg

Europa hat sich schon auf den Weg gemacht

Nach Harrison kann Europa zu Recht stolz sein, wenn es um den Fortschritt geht. Denn die EU-Länder haben bei internationalen Verhandlungen am meisten Druck gemacht und sie haben ein europaweites Emissionshandelssystem sowie teilweise CO2-Steuern aufgesetzt, beides gute Anreize für den ökologischen Umbau.

China erkennt Zukunftspotenzial Nachhaltigkeit

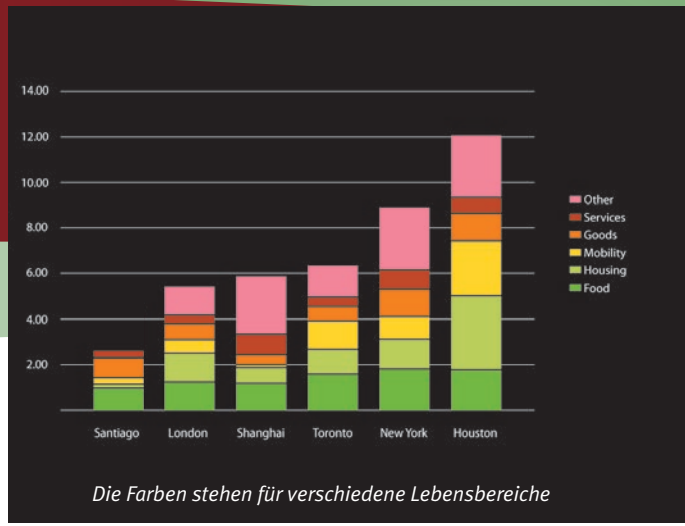
Dass sich Nachhaltigkeit rechnet, wird mittlerweile auch in China erkannt. Nach Eva Sternfeld verfolge China ambitionierte Ziele, die Volksrepublik investiere hohe Summen in umweltfreundliche Autos. China habe die Energieeffizienz zwischen 2006 und 2010 um 19,4 Prozent gesteigert. Es laufen Projekte, um gerade in den Millionen-Städten den Kohlendioxid-Ausstoß zu verringern. Das Land hat weltweit die Nase vorn bei der Wasserkraft, baue massiv die Windenergie und die Solarenergie aus. In den nächsten Jahren will es den Anteil nicht fossiler Energie stark steigern, allerdings vor allem durch Atomkraftwerke. 25 Reaktoren sind derzeit im Bau.

Nordamerika hinkt hinterher

USA und Kanada dagegen seien die schwarzen Schafe: Die USA habe das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert, Kanada sei 2011 ausgetreten. In beiden Ländern gebe es lediglich Emissionsrichtlinien bei Fahrzeugen, aber sonst keine Regulierungen zum CO2-Ausstoß. Allerdings müsse man auch den Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Treibhausgasen sehen, meinte Harrison. So seien die CO2-Emissionen in den USA zwar seit 1990 anders als in Deutschland stark gestiegen, aber pro Kopf um zwölf Prozent gesunken. Die nationalen CO2-Bilanzen würden außerdem auch anders aussehen,

Kurt Hübner: „Die Finanzmärkte bremsen den Umbau. Das Geld muss in die Realwirtschaft fließen."

Jürgen Kerner: „Je länger wir warten, desto schwieriger wird der ökologische Umbau."



Der ökologische Fußabdruck in Großstädten von Industrieländern kann gut sein: Wie etwa in London.

wenn nicht nur die im Land produzierten, sondern auch die verbrauchten Güter betrachtet würden. In Deutschland beispielsweise wären die Emissionen um 25 Prozent höher, wenn die importierten Waren – wie Nahrungsmittel, Kleidung, billiges Spielzeug – eingerechnet würden. Trotzdem seien der politische Fortschritt in Europa immer noch besser und die nordamerikanischen Lobbyisten gegen CO2-Reduktion zu dominant. Die Gewerkschaften könnten einen globalen Schulterschluss forcieren zum „länderübergreifenden Lernen".

Ökologische und soziale Nachhaltigkeit gehören zusammen

Das sieht Jürgen Kerner, der das Forum zusammenfasste, auch so: „Wir müssen global handeln. Und je länger wir mit dem ökologischen, nachhaltigen Umbau warten, desto schwieriger wird er." Die Industrie muss neue Technologien entwickeln und gleichzeitig den eigenen Umbau vorantreiben. Aktiver Umweltschutz als Teil aller Bereiche und Prozessschritte der Industrie ist zwingend nötig, weil Rohstoffe knapper werden und es im Interesse aller ist, unser Ökosystem lebenswert zu erhalten.

Innovative, grüne Technologien bieten die Chance für unsere Wirtschaft, sich weltweit neue zukunftsfähige Märkte zu erschließen. Kerner ist überzeugt, dass Industrie und Nachhaltigkeit kein Widerspruch sind. Im Gegenteil: Die Industrie ist der Schlüssel zu Nachhaltigkeit, wenn sie die Ressourceneffizienz und Innovationsfähigkeit erhöht. Und daran müssen die Beschäftigten beteiligt werden. „Die Beschäftigten wissen am besten, wo man effizienter werden kann und sie sind diejenigen, die Innovationen schaffen. Das heißt, der Mitbestimmung kommt eine entscheidende Bedeutung zu, und sie sorgt auch für soziale Nachhaltigkeit mit guter Arbeit, die angemessen bezahlt ist, gute Arbeitsbedingungen bietet und die Rechte der Beschäftigten achtet." ■

INDUSTRIE AUF „GRÜNEN“ WEGEN
Wachstumsmotor oder Jobkiller?

FORUM „INDUSTRIE AUF ‚GRÜNEN‘ WEGEN“

In diesem Forum wurde anhand von Best-Practice-Beispielen diskutiert, wie der ökologische Umbau gelingen kann und welche Rolle dabei NGOs, Politik und Beschäftigte spielen können.

MIT:

Michael Braungart, *Cradle to Cradle® Lehrstuhl für Innovationen und Qualität an der Erasmus Universität Rotterdam, Universität Twente, Leuphana Universität Lüneburg, EPEA Internationale Umweltforschung GmbH, Hamburger Umweltinstitut (HUI)*

Yvette Pena Lopes, *Stellvertretende Direktorin der BlueGreen Alliance, USA*

Siegfried Russwurm, *Mitglied des Vorstandes der Siemens AG, München*

Jeanette Iren Moen, *Staatssekretärin im Ministerium für Handel und Industrie, Norwegen*

Reinhard Voges, *Betriebsratsvorsitzender der Salzgitter Service und Technik GmbH, Deutschland*

Christiane Benner, *geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall*

Wie kann eine grüne Industriepolitik unter den gegenwärtigen Bedingungen konkret gestaltet werden? Welche Rolle spielen dabei die Beschäftigten und die Bedingungen, unter denen sie arbeiten?

Der ökologische Umbau der Industrie kann nur gelingen, wenn Unternehmen und Betriebe mitziehen. Dass eine nachhaltige Unternehmensstrategie erfolgreich sein kann, dafür gibt es bereits viele Beispiele. In den Betrieben werden – meist unbemerkt von der Öffentlichkeit – Projekte vorangetrieben, die mit Kreislaufwirtschaft, Ressourcen- und Materialeffizienz sowie dem Aufbau neuer Standbeine neue Beschäftigungsfelder zukunftssicher machen sollen. Beschäftigte und betriebliche Interessensvertreter leisten bei diesen Entwicklungen wichtige Beiträge. Oftmals sind sie sogar Impulsgeber bei der Umsetzung von Projekten und tragen maßgeblich zu deren Erfolg bei. Doch nicht nur viele Beschäftigte setzen auf grünes Wachstum. Während diese mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen auf die Unternehmenspolitik Einfluss zu nehmen, dringen Staat, NGOs und andere Akteure von außen auf nachhaltige Impulse und darauf, aus bestehenden Arbeitsplätzen grüne und gute zu machen. Dass dies gelingen kann, zeigten sehr anschaulich die nachfolgenden Beispiele aus dem In- und Ausland.

USA: Umwelt- und Gewerkschaftsverbände Hand in Hand

Bei der BlueGreen Alliance handelt es sich um eine Partnerschaft zwischen zehn Gewerkschaften und vier Umweltorganisationen in den USA. Ursächlich für die Gründung des gut 14 Millionen Mitglieder starken Bündnisses war die Einsicht, dass einschneidende gesellschaftliche Bewegungen nur durch das Schließen starker Allianzen erfolgreich sein können. Gemeinsames Ziel aller beteiligten Akteure ist es, in den USA die grüne Wirtschaft zu fördern und in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Verkehrswesen, Breitbandleitungen und intelligente Stromnetze grüne und gute Arbeitsplätze zu

schaffen. Die Allianz setzt hierzu auf gezielte politische Maßnahmen zur Förderung einzelner Sektoren. In diesen betreibt sie entsprechende Lobbyarbeit. „Die Bedeutung einer grünen Volkswirtschaft ist in den Vereinigten Staaten noch nicht ganz angekommen“, so Pena Lopes. Aus diesem Grund hat die BlueGreen Alliance die Kampagne Jobs21 ins Leben gerufen, die in neun US-Bundesstaaten darauf abzielt, mittels gezielter Investitionsprogramme in den Bereichen IT, Erneuerbare Energien, öffentliche Infrastruktur und Umweltschutz den Aufbau von Zukunftsindustrien und – damit verbunden – „guter Arbeit“ anzustoßen.

Wirtschaftsfaktor grüne Märkte

2011 hat sich der Siemens-Konzern neu ausgerichtet. Die Unternehmensstrategie orientiert sich an den globalen Megatrends „demografischer Wandel“, „Urbanisierung“, „Klimawandel“ und „Globalisierung“. Mit dieser Gewichtung positioniert sich Siemens als „grünes Unternehmen“ und sieht sich als Pionier in Sachen Energieeffizienz und industrieller Produktivität. Seit Jahren investiert der Konzern in grüne Wirtschaftsfelder und andere innovationsgetriebene Wachstumsmärkte. Dass sich dieser Weg für den Konzern rechnet, betonte Siegfried Russwurm. Nur ein Unternehmen, das ökonomisch nachhaltig agiere, könne Produkte und Produktionstechnoligen entwickeln, die für mehr Effizienz sorgen und dadurch den ökologischen Fußabdruck in Entwicklung und Produktion minimieren. Und nur ein wirtschaftlich erfolgreiches Unternehmen sei in der Lage Arbeitsplätze zu sichern.

Cradle to Cradle

Michael Braungarts Nachhaltigkeitsverständnis steht in offenem Gegensatz zu den vorherrschenden Vorstellungen. Für ihn kann die Lösung der Umweltprobleme nicht darin bestehen, sich in Enthaltsamkeit zu üben, Energie zu sparen oder auf weniger schädliche Produktionsprozesse zu setzen. „Ein Produkt, das Abfall wird, hat ein Qualitätsproblem. Ein Produkt, das giftige Stoffe enthält, hat ein Qualitätsproblem. Deshalb geht es mir um Qualität und Innovation“, so Braungart. Der Wissenschaftler arbeitet an Produktionsprozessen, die für Mensch und Natur komplett unschädlich sein sollen. Dies soll erreicht werden, indem die Produkte in Stoffkreisläufen funktionieren, sodass es keinen unnützen Abfall, sondern nur noch nützliche Rohstoffe gibt. Zahlreiche Beispiele machen Braungarts Ansatz „from Cradle to Cradle“ (übersetzt: „von der Wiege zur Wiege“) verständlich: kompostierbare

INDUSTRIE AUF „GRÜNEN“ WEGEN
Wachstumsmotor oder Jobkiller?

T-Shirts und Sitzbezüge, Fenster, bei deren Verarbeitung keine chemischen Hilfsstoffe verwendet werden, Teppichböden, die die Luft reinigen, anstatt sie zu belasten, schadstofffreie Spielsachen.

Norwegen setzt auf grünes Wachstum

Die norwegische Regierung setzt auf grünes Wachstum, das soziale und ökologische Aspekte miteinander verknüpft. Norwegen betreibt hierzu eine Industriepolitik, die auch Umwelt- und Ressourcenpolitik einschließt. Dazu gehört, dass Norwegen dem Ziel Emissionen zu reduzieren einen CO_2-Steuersatz eingeführt hat und sich am EU-Emissionshandel beteiligt. Auch die Energieeffizienz wird mit entsprechenden Innovationen politisch und vor allem finanziell gefördert. Aus einem Klima- und Energiefond werden Mittel dafür bereitgestellt. Norwegen setzt auch einen Pensionsfond ein, um für die Zukunft vorzusorgen. Das so verwaltete Vermögen beläuft sich auf mehr als 500 Milliarden Euro. Die Besonderheit des Fonds: Investiert wird unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten; die Investitionen unterliegen grundlegenden ethischen, sozialen und ökologischen Regeln. Unternehmen, die der Umwelt schaden, Menschenrechte verletzen oder Korruption unterstützen, werden aus dem Portfolio öffentlichkeitswirksam geworfen. Um die Einhaltung der ethischen Investitionsrichtlinien zu überwachen, wurde eigens ein Ethikrat gegründet.

Bio-Kohle vorantreiben

Was viele nicht wissen: Das Betriebsverfassungsgesetz ermöglicht es Betriebsräten, selbst Initiative zu ergreifen um neue Technologien zu entwickeln und auf diese Weise Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Reinhard Voges und seine Kollegen suchten die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, um gemeinsam mit Fachleuten aus dem Betrieb auf der Basis der bereits existierenden Fertigung neue Produkte zu entwickeln. In diesem Zusammenhang entstand ein Projekt zum Bau einer Anlage zur

Yvette Pena Lopes: „Die BlueGreen Alliance versucht, in den USA die grüne Wirtschaft zu fördern."

Reinhard Voges: „Wir haben ein System entwickelt, mit dem CO2-neutrale Biokohle hergestellt werden kann."

links: Siegfried Russwurm
rechts: Michael Braungart

Hydrothermalen Carbonisierung. Hierbei wird aus den Biomasse-Reststoffen der Region CO2-neutrale Biokohle hergestellt. Das Verfahren wurde komplett in Salzgitter entwickelt, erforscht und betrieben. Reinhard Voges berichtet über ein großes Marktpotenzial für den Einsatz der Biokohle. Die Entwicklung und der Bau der Anlagen wäre für den Salzgitter-Konzern ein wichtiges Innovationsfeld, um langfristig Beschäftigung zu sichern. Umso bedauerlicher ist es, dass die Unternehmensführung ungeachtet dessen kaum auf die diesbezüglichen Vorschläge des Betriebsrats eingeht.

Aufgabenfelder für die IG Metall

Veränderungen im Sinne einer Industrie auf „grünen" Wege , fallen nicht vom Himmel. Es ist die Bündelung aller Kräfte erforderlich. Doch Beharrlichkeit wird sich auszahlen. Nicht nur für die Umwelt und unsere Lebensbedingungen, sondern auch und gerade für die Beschäftigten: Prognosen haben ergeben, dass sich der Anteil der hierzulande in den Greentech-Leitmärkten Beschäftigten bis 2025 annähernd verdoppeln wird. „Die Botschaft des heutigen Tages lautet: Spürbare Veränderungen lassen sich nur gemeinsam erreichen. Wir brauchen konzertierte Aktionen mit Bündnispartnern aus möglichst vielen Bereichen", so Christiane Benner. Dazu gehört auch die weitere Stärkung der internationalen, globalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit. Darüber hinaus muss der Einfluss auf die Gesetzgebung intensiviert werden, um nachhaltige industriepolitische Konzepte auch tatsächlich umsetzen zu können. Mit diesen Worten fasste Benner die Position der IG Metall zum Thema zusammen. Wichtig ist, dass Arbeit und Produkte weder die Gesundheit der Beschäftigten noch die Umwelt gefährden. Arbeitsplätze in den Zukunftsbranchen müssen außerdem sozial nachhaltig sein, was auch bedeutet, ein Einkommen zu erwirtschaften, von dem man gut und in Würde leben kann. Wir wollen außerdem, dass die in der industriellen Produktion verwendeten Wertstoffe perspektivisch nicht mehr Sondermüll sind, sondern wiederverwendbar. Denn beim ökologischen Umbau kommt es auch darauf an, die umfassende Produktqualität im Blick zu haben.

Auf dem Gebiet der grünen Industrie sind für die weitere Arbeit der IG Metall drei Aufgabenfelder von vorrangiger Bedeutung: Zum einen müssen die Beschäftigen aus- und weitergebildet werden, weil der ökologische Umbau nur mit qualifizierten Beschäftigten gestaltet werden kann. Zum anderen muss die IG Metall ihre Arbeit in Bündnissen mit Umweltverbänden und NGOs stärken. Und darüberhinaus will die IG Metall mehr technische Experten gewinnen, um Besser-statt-billiger-Prozesse zu vergrünen. ■

DIE ARCHITEKTUR DER ENERGIEWENDE – Wie der Umbau gelingen kann

FORUM „ARCHITEKTUR DER ENERGIEWENDE“

Der Begriff „German Energiewende“ macht international Karriere. Im Kontext des Forums wurde darüber diskutiert, wie die Energiewende als ein nachhaltiges Innovations- und Beschäftigungsprojekt gelingen und zu einem Vorbild für andere Länder gemacht werden kann.

MIT:

Eberhard Brandes, *Vorstand des WWF Deutschland*

Harald Frick, *Konzernbetriebsrat bei Conergy AG Deutschland, Hamburg*

Claudia Kemfert, *Wirtschaftswissenschaftlerin, Hertie School/ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin*

Ronny Meyer, *Geschäftsführer der Windagentur Bremerhaven*

Johannes Remmel, *Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf*

Detlef Wetzel, *Zweiter Vorsitzender der IG Metall*

Im Mittelpunkt des Forums stand die mit der Energiewende untrennbar verbundene Frage nach dem industriellen Strukturwandel. Welche Veränderungen kommen auf die Wirtschaft zu? Vor allem aber: Welche Änderungen sind für die Beschäftigten zu erwarten? Was müsste eine aktive industriepolitische Flankierung der Energiewende leisten?

Eine erfolgreiche Energiewende erfordert neben einem verlässlichen energiepolitischen Gesamtkonzept vor allem auch eine koordinierte Industriepolitik, die die Energiewende mit der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in allen Branchen verbindet. Vor diesem Hintergrund ist die Frage zu stellen, wie der gegenwärtige Stand des Energieumbaus zu bewerten ist und wo wir zurzeit stehen. Die Wirtschaftsexpertin Claudia Kemfert zeichnet ein überwiegend positives Bild, räumt jedoch ein, dass die Energiewende nicht von heute auf morgen zu realisieren sei: „Die Energiewende ist ein Marathonlauf. Wir haben vier Jahrzehnte vor uns, bis dahin soll der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf 80 Prozent gestiegen sein. Bis zum Jahr 2022 wird man die Atomkraftwerke abschalten“. Die eigentliche politische Umsetzungszeit der Energiewende ist aber sehr viel kürzer, denn die Entscheidungen der nächsten fünf Jahre werden für ihr Gelingen folgenschwer sein. Um der Energiewende zum Durchbruch zu verhelfen sind private Investitionen und politische Verlässlichkeit zwingend erforderlich. Unstrittig ist, dass die Energiewende ohne staatliches Engagement in der Anfangsphase – beispielsweise beim Ausbau von Stromspeichern und Netzen – nicht zu realisieren sein wird. Darüber hinaus bedarf es neben der gesellschaftlichen Akzeptanz finanzieller Anreize und Effizienzverbesserungen.

Herausforderungen und Handlungsfelder

Für Johannes Remmel gehört zu den zentralen Fragen, wie die Energiewende in die Städte getragen werden kann, denn auf dem Land ist sie bereits angekommen. Die gegenwärtigen Herausforderungen liegen demnach sowohl im dezentralen Netzausbau als auch im Ausbau großer Überlandleitungen. Neben niedrigschwelligen Einstiegsprojekten an denen sich viele Bürger beteiligen können, hebt er zugleich die Bedeutung einer europäisch abgestimmten Energiepolitik und -netzplanung hervor.

Welche Chancen sind mit der erneuerbaren Industrie verbunden? Claudia Kemfert sieht viele Handlungsfelder: den Druck zu mehr Energieeffizienz, die Entwicklung effizienter Technologien, die Erschließung von Zukunftsmärkten sowie den Ausbau regenerativer Energien.

Eberhard Brandes verweist auf die Vorreiterrolle der deutschen Energiewende: „Unsere internationale Vorbildfunktion ist enorm groß. Wir brauchen bilaterale Nord-Süd-Kooperationen, das funktioniert besser als die großen internationalen Klimavereinbarungen. So etwas wie das ‚Modell Deutschland' wird jetzt mit Unterstützung der Bundesregierung in einer bilateralen Kooperation auch für vier andere Länder entwickelt."

Zwei Millionen neue Arbeitsplätze

Bei der Energiewende handelt es sich um einen epochalen Strukturwandel, dessen Strahlkraft weit über Deutschland und Europa hinausgeht. Detlef Wetzel ist überzeugt, dass gerade die Industrie mit ihrer technologischen Kompetenz einen wesentlichen Anteil an einer erfolgreichen Energiewende haben wird. Damit das gelingt, brauchen wir ein stimmiges Gesamtkonzept, klare Zieldefinitionen und eine koordinierte Industriepolitik. Nur so können wir die Chancen, aber auch die Herausforderungen des Strukturwandels und die Auswirkungen auf die Beschäftigten gut bewältigen. Das ist umso wichtiger, weil 60 Prozent der notwendigen Energiewendekosten an langfristige Investitionen gebunden sind. Die Vorbehalte, die Energiewende führe zu einer Deindustrialisierung Deutschlands, gehen an der Realität vorbei, schließlich boomt der Weltmarkt für erneuerbare Energien

DIE ARCHITEKTUR DER ENERGIEWENDE – Wie der Umbau gelingen kann

und Energieeffizienz. Hier liegen erhebliche Wachstumspotenziale für die Industrie und damit auch für die Beschäftigungsentwicklung. Welche Beschäftigungseffekte sind mit der Energiewende konkret verbunden? Klar ist: Der Strukturwandel wird auch Verlierer haben, etwa im Bereich der konventionellen Energieerzeugung. Die Nettobeschäftigungseffekte sind jedoch unter dem Strich positiv. Claudia Kemfert rechnet beispielsweise damit, dass allein im Bereich der Umwelttechniken bis zum Jahr 2020 rund zwei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Arbeitsbedingungen verbessern

Wichtig ist, dass die Mitarbeiter vom Erfolg der Energiewende überzeugt sind. Ronny Meyer beobachtet in letzter Zeit gehäuft, dass sich Interessenten in letzter Sekunde gegen eine berufliche Tätigkeit im Off-Shore-Bereich entscheiden, weil ihnen die beruflichen Aussichten angesichts der zunehmenden Infragestellung der Energiewende zu unsicher seien. Was passieren kann, wenn nicht nur der Glaube, sondern auch die finanziellen Mittel verloren gegangen sind, weiß Harald Frick zu berichten. Der Wettbewerb in der Photovoltaikbranche ist knallhart, auf internationaler Ebene hätten vor allem die Chinesen einen ruinösen Verdrängungswettkampf entfacht. In der Folge haben in der Solarbranche viele Kollegen bereits ihren Job verloren. Diese ungünstige Ausgangslage wirkt sich natürlich auch auf die Arbeitsbedingungen aus, die oftmals noch immer deutlich schlechter sind als im Bereich der konventionellen Energieerzeugung. Schlechte Löhne, lange Arbeitstage, ein hoher Anteil von Leiharbeitern und die Behinderung von betrieblichen Interessenvertretungen, damit kennt sich Harald Frick aus. Für die IG Metall, so Detlef Wetzel, wird es eine Zukunft der Erneuerbaren Branchen aber nur dann geben, wenn Gute Arbeit und tarifvertraglich abgesicherte Bezahlung zur Regel werden. Verlässliche Rahmenbedingungen sind für Ronny Meyer der Schlüssel für Investitionen und langfristig sichere Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen. Voraussetzung ist ein koordiniertes Vorgehen durch die Bundesregierung und eine hohe Akzeptanz der Energiewende bei der Bevölkerung. Sind beide Faktoren nicht gegeben, springen potenzielle Investoren ab. Solange beispielsweise die Netzanbindung von Off-Shore-Parks nicht sichergestellt ist, werden Investitionen ausbleiben. Auch die aktuellen Debatten über die Zukunft der EEG-Umlage sind für die weitere Entwicklung der Vorreiterbranche schädlich.

Energiewende zum Vorbild machen

Natürlich sind die Umstellungs- und Markteinführungskosten der erneuerbaren Energien enorm. Dafür werden die Kosten der Erneuerbaren nach dem Umbauprozess

Claudia Kemfert: „Die Maßnahmen der nächsten fünf Jahre sind entscheidend."

Detlef Wetzel: „Nachhaltigkeit müssen wir immer mehrdimensional denken."

Energiewende jetzt – aber wie? Das diskutierten die Teilnehmenden in diesem Forum.

weitaus geringer sein als dies bei konventionellen Wegen der Energieerzeugung der Fall ist. Für die IG Metall steht fest: Auf dem Status quo zu verharren kann keine nachhaltige Unternehmensstrategie sein. Im Gegenteil: Mittelfristig werden jene Unternehmen erfolgreich sein, die auf die Herausforderungen schnell reagieren und auf Innovationen setzen. Detlef Wetzel weist eindrücklich darauf hin, dass es sich lohnt, als Vorreiter aufzutreten und nicht abzuwarten, bis andere Länder bei der Energiewende mitziehen. „Viele unserer Industrien sind endlich, wenn keine neuen Technologien nachkommen. Der Strukturwandel ist für uns deshalb auch eine Chance. Sowohl für Deutschland als Produktionsstandort, als auch für die IG Metall als Organisation", so Wetzel. Die IG Metall will die Energiewende mitgestalten und zu ihrem Erfolg beitragen. Deutschland hat die Chance der Welt zu demonstrieren, dass auch eine große Industrienation mittelfristig auf konventionelle Energieerzeugung verzichten kann. Die deutsche Energiewende könnte sich zum Vorbild für viele weitere Staaten entwickeln.

Soziale und ökologische Faktoren nicht gegeneinander ausspielen

Für die IG Metall ist jedoch auch klar, dass Nachhaltigkeit stets mehrdimensional gedacht werden muss: „Wenn wir uns für ökologische Nachhaltigkeit aussprechen, ist sie mit der sozialen Nachhaltigkeit untrennbar verbunden." Zentrale Zielmarke ist daher immer auch die Schaffung sicherer Arbeitsplätze. Die IG Metall fordert die Einrichtung einer nationalen Energiewendeplattform und will im Jahr 2013 etwa 1000 Betriebsräte zum Thema Ressourceneffizienz schulen. Die IG Metall organisiert sowohl die energieintensiven Branchen – wie beispielsweise die Aluminium- und Stahlproduktion – als auch große Teile der Erneuerbaren Energien Branchen. Die Kunst besteht darin, scheinbar widerstreitende Interessen zu vereinen. Die IG Metall versteht sich als die Gewerkschaft der Energiewende – ohne dabei als exklusive Lobbyistin der Erneuerbaren Energien oder der Stahlbranche aufzutreten.

Detlef Wetzel zusammenfassend: „Wir verbinden mit der Energiewende vier große Ziele: Gute Arbeit, Ökologie, sichere Energieversorgung und Bezahlbarkeit. Wenn wir eines dieser Ziele nicht angemessen verwirklichen, schaffen wir die Energiewende nicht." ■

ZUKUNFT DER MOBILITÄT – Zukunft der Verkehrsindustrie

FORUM „ZUKUNFT DER MOBILITÄT“

Im Zentrum des Forums „Zukunft der Mobilität – Zukunft der Verkehrsindustrie“ stand das Thema nachhaltige Mobilität und ihre Auswirkungen auf die Verkehrsindustrie und deren Beschäftigte.

MIT:

Klaus Beckmann, *Direktor Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin*
Willi Dienstbier, *Betriebsrat bei MAN Trucks & Bus, München*
Uwe Fritsch, *Betriebsratsvorsitzender Volkswagen Braunschweig*
Thomas Gelder, *Betriebsratsvorsitzender der Meyer-Werft, Papenburg*
Johannes Hauber, *Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats von Bombardier, Mannheim*
Jürgen Leohold, *Leiter Konzernforschung Volkswagen AG, Wolfsburg*
Rüdiger Lütjen, *Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats von EADS, Hamburg*
Jürgen Kerner, *geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall*

In Anbetracht der begrenzten fossilen Energievorkommen, des Klimawandels und steigender Mobilitätskosten muss das Verkehrssystem umgebaut werden. Wie kann künftig eine andere, nachhaltige Form der Mobilität umgesetzt werden? Welche Alternativen existieren – und welche Auswirkungen hätten sie für die Beschäftigten?

Mobilität – sei es die der Menschen selbst, sei es der Transport von Rohstoffen und Gütern – bildet eine wichtige Grundlage für Wohlstand und Beschäftigung. Dies gilt umso mehr in einer globalisierten und zunehmend arbeitsteiligen Welt. Allerdings stößt das heutige Verkehrssystem an seine Grenzen. Notwendig ist die Integration der Verkehrsträger Straße, Schiene, Luft und Wasser, deren Mobilitätsleistungen optimal zu nutzen sind. Ein Umbau auf ressourcen- und klimaschonende Verkehrsträger ist dringend notwendig. Es bedarf einer neuen Organisation des Mobilitätssystems. Beschäftigte und Betriebsräte spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Lösung: Vernetzte Mobilität

Ohne Mobilität sind gesellschaftliche Teilhabe und industrielle Produktion nicht denkbar. Wir brauchen intelligentere und abgestimmte Verkehrssysteme. Menschen sind schon jetzt sehr situationsabhängig mobil. Die Zukunft liegt in der Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger. Klaus Beckmann sieht bei den derzeit diskutierten Mobilitätslösungen die Städte als Vorreiter. Hier kann man am ehesten Umweltschutz und Finanzierbarkeit, die Interessen von Bürgern und Wirtschaft, Lebensqualität und Nachhaltigkeit unter einen Hut bringen. Den einen Königsweg werde es aber nicht geben, in Zukunft werden

viele unterschiedliche Ansätze nebeneinander laufen. Menschen werden häufiger verschiedene Verkehrsmittel nutzen. „Wir müssen Verkehr vermeiden, verlagern und umweltverträglicher machen“, sagt Beckmann.

Herausforderungen für die Automobilindustrie

Für Jürgen Leohold stecken in der Elektromobilität die größten Potenziale, um den CO_2-Ausstoß des Verkehrs zu verringern. Wie umweltfreundlich Elektro-Autos aber letztendlich sind, hängt auch von der verbrauchten Energiequelle ab. Mit Strom aus erneuerbaren Quellen verringert sich der CO_2-Ausstoß deutlich stärker als mit dem bisherigen Strommix. Ein Elektroauto, das nur mit Strom aus Kohlekraftwerken führe, würde sogar mehr CO_2 produzieren. In zehn Jahren, schätzt Leohold, werden zwar deutlich mehr Elektro-Autos auf deutschen Straßen fahren. Aber die Verbrennungsmotoren werden auch dann noch eine wichtige Rolle spielen. Allerdings werden für herkömmliche Motoren die Anforderungen an Verbrauch und Schadstoffausstoß weiter steigen.

In Deutschland werden seit Jahren konstant 80 Prozent der Verkehrsleistungen mittels Auto erbracht. Leohold rechnet daher nicht mit einem raschen Abschied vom motorisierten Individualverkehr. Er beschäftigt sich mit der Frage, wie nachhaltige Mobilität aus Sicht eines Automobilkonzerns gestaltet werden kann. „Wir werden noch sehr lange mit dem Auto leben. Von daher ist die Frage eher: Wie mache ich den Verkehrsmix erträglicher und vermeide Probleme?“ Volkswagen setzt hierbei auf die Verbesserung des Verkehrsflusses oder die Schaffung effizienter Autos.

Umbau ist notwendig

Der Wandel der Mobilität betrifft nicht nur den Automobilsektor, sondern alle Verkehrs- und Mobilitätsträger. Bei der Gestaltung der zukünftigen Mobilität kommt der deutschen Verkehrsindustrie insgesamt eine Schlüsselrolle zu. Sie spielt als Arbeitgeber eine große Rolle und stellt Autos, Schiffe, Straßen- und Eisenbahnen, Flugzeuge, mechanische und elektrische Infrastruktur für Verkehrseinrichtungen sowie entsprechende Zulieferungen her.

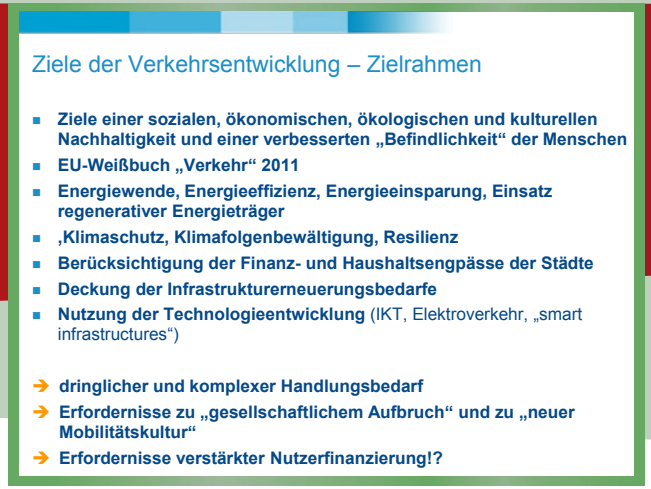
ZUKUNFT DER MOBILITÄT – Zukunft der Verkehrsindustrie

An Innovationsideen mangelt es nicht

In der Verkehrsindustrie wird nach Alternativen geforscht, schließlich will sie die Innovationsführerschaft über technische Entwicklung und qualitativ hochwertige Produkte behalten. In der Luftfahrtindustrie ist es wichtig, die Flugzeugtechnik zu verbessern und im Sinne eines Rückgangs der CO_2-Emissionen auf einen sinkenden Kerosinverbrauch hinzuwirken. Auch der Ausstoß von Lärm und Schadstoffen muss reduziert werden. Möglich wäre dies beispielsweise durch die Verwendung alternativer Antriebsstoffe. Nach Rüdiger Lütjen ließe sich Lärm und Energieaufwand zum Beispiel durch die Änderung und Optimierung der Luftwege sowie die Schaffung von Elektroantrieben für Bugräder im Bodenverkehr reduzieren. Doch nicht nur die Luftfahrtindustrie arbeitet am Thema Umweltbilanz, ähnliche Innovationsideen existieren auch im Schiffbau. Schiffe gelten bis heute als „Dreckschleudern der Meere“, es besteht jedoch die realistische Chance, ihren Energieverbrauch um 25 Prozent zu senken. Möglich wäre dies beispielsweise durch Brennstoffzellen für den Kreuzfahrtbereich, Schiffe mit Gasantrieb oder so genannte Scrubber, die wie Katalysatoren arbeiten. Für Thomas Gelder könnte der Umweltaspekt zu einem echten Verkaufsschlager nicht nur für den Schiffbau werden. Im Nutzfahrzeugbereich stellt die Elektromobilität – anders als bei den Autobauern – keine Alternative dar. Hier setzt man eher auf sparsame Diesel- und Hybrid-Motoren, so Willi Dienstbier. Die Bahn gilt heute schon als umweltfreundliches Verkehrsmittel. Hier spielen eher strukturelle Faktoren eine Rolle. Aus Sicht von Johannes Hauber besteht die vordringlichste Aufgabe für die Bahnindustrie darin, nach Jahren der Netzausdünnung Schienennetz und ÖPNV auszubauen. Ein solcher Ausbau würde viele qualifizierte Arbeitsplätze mit sich bringen.

Die Belegschaften mitnehmen

Insgesamt ist es bei der Neuausrichtung der Verkehrssysteme wichtig, die Belegschaften auf dem Weg zur nachhaltigen Mobilität mitzunehmen. Viele Arbeitsplätze hängen heute von den Verkehrsindustrien ab und neue können entstehen. Bei den Beschäftigten aus dem Automobilsektor steigt die Ungewissheit, wie der Umbau der Verkehrsindustrie insbesondere in den hochspezialisierten Zuliefererbetrieben organisiert werden kann. Ältere Kollegen benötigen zu ihrer Weiterqualifikation geeignete Zusatzausbildungen. Beispielsweise Stark-



Aus der Präsentation von Klaus Beckmann: Ziele der Verkehrsentwicklung – Zielrahmen

Klaus Beckmann: „Verkehr vermeiden, verlagern und umweltverträglicher machen.“

Jürgen Leohold: „Ich sehe keinen raschen Abschied vom Individualverkehr.“

stromzulassungen, die – wie Uwe Fritsch erläutert – für den Umgang mit Hybridmotoren erforderlich sind.

Branchenübergreifende Vernetzung wichtig

Im Forum herrschte Einigkeit darüber, dass das Engagement der IG Metall für eine veränderte Verkehrsindustrie erforderlich ist. Es darf jedoch keine Spaltung in vermeintlich „gute“ und „schlechte“ Technologien zugelassen werden. Im Gegenteil: Eine vertiefte Zusammenarbeit und branchenübergreifende Netzwerke sind nötig.

Kein Gegeneinander der Systeme

Für Jürgen Kerner ist die Zukunft von Mobilität und der Verkehrsindustrie ein Schlüsselanliegen der IG Metall. Zu einer nachhaltigen Industrie- und Verkehrspolitik gehören aus seiner Sicht ein Miteinander und die Abstimmung der verschiedenen Systeme. Die Kombination ist entscheidend, ein Gegeneinander hingegen kontraproduktiv. „Wir müssen uns jetzt auf den Weg machen. Wir müssen den Wandel mit einer branchenübergreifenden Industriepolitik gestalten“, so Kerner. Ein zukünftiges Verkehrssystem ist nur dann zielführend, wenn es auf einer breit getragenen gesellschaftlichen Basis beruht und in der Verkehrsindustrie „gute“ Arbeitsplätze sichert und schafft. Dabei müssen die strukturellen Gegebenheiten des industriellen Sektors berücksichtigt und die Innovationspotenziale der Verkehrsmittelproduzenten genutzt werden. Kerner warf in seiner abschließenden Zusammenfassung die Frage auf, wie sich alternative Mobilitätkonzepte konkret umsetzen lassen. Die Politik muss für den ökologischen und sozialen Umbau konkrete Vorgaben setzen. Beispielsweise ist es angebracht, den weltweiten Konkurrenzkampf im Logistikbereich zu begrenzen. Entsprechende Bestimmungen führen zu Innovationen, neuen Produkten und damit letztlich auch zu mehr Beschäftigung. Insofern ist es richtig, dass sich die EU im Rahmen ihres Weißbuchs Gedanken zu dem Thema macht und konkrete Ziele definiert. Bedenklich ist jedoch, dass der Begriff Beschäftigung im Weißbuch kein einziges Mal auftaucht. Klar geworden ist: Veränderungen lassen sich nur mit den Beschäftigten erreichen – und nicht gegen sie. Dafür sind gute Arbeit, ein vernünftiges Einkommen und stärkere Mitbestimmungsmöglichkeiten unabdingbar. Nach wie vor ist es so, dass die Antwort des Managements auf Vorschläge von den Beschäftigten, zu oft „wir entscheiden“ lautet. Dies gilt es zu ändern. ■

ZUKUNFT DER ARBEITSGESELLSCHAFT – Für eine neue Ordnung der Arbeitsbeziehungen

FORUM „ZUKUNFT DER ARBEITSGESELLSCHAFT“

Die Arbeitsanforderungen steigen stetig, es gibt immer weniger normale Arbeitsverhältnisse und auch die gesellschaftliche Wertschätzung von Arbeit hat sich verändert. Prekäre Arbeit, niedrige Löhne und psychische Belastungen sind nur einige Stichwörter. Wie können wir den Teufelskreis unterbrechen und die Arbeitsbeziehungen neu ordnen?

MIT:

Gerhard Bosch, *Professor für Arbeits- und Wirtschaftssoziologie, IAQ, Universität Duisburg-Essen*

Frank Hoffer, *International Labour Organisation (ILO) und Leiter der Global Labour University*

James Wickham, *Professor für Europäische Arbeitsmarkstudien, Trinity College, Dublin*

Detlef Wetzel, *Zweiter Vorsitzender der IG Metall*

Während das Normalarbeitsverhältnis zunehmend zerfällt, nehmen atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu. Viele Menschen verdienen zu wenig, um anständig davon leben zu können. Es ist höchste Zeit für eine Neuordnung auf dem Arbeitsmarkt.

Viele Jüngere haben heute das „alte“ Bild der gut funktionierenden sozialen Marktwirtschaft gar nicht mehr vor Augen: Bis etwa 1990 gingen wirtschaftliche Effizienz und sozialer Ausgleich Hand in Hand. Die Wissenschaftler Gerhard Bosch und James Wickham schauten beide auf die Voraussetzungen, unter denen das möglich war: Bosch analysierte die Grundpfeiler dieser Wirtschaftsordnung in Deutschland. Es gab zum Beispiel eine hohe Tarifbindung, hohe Tariftreue und viele Normalarbeitsverhältnisse und damit eine breite Mittelschicht. Und es waren die Sozialpartner, die in der Wirtschaft Gesetzgebung und Normierung übernommen haben, der Staat hielt sich raus. Das führte zu hoher Produktivität, motivierten Belegschaften und zu stabilen Steuereinnahmen. Bosch warnte aber davor, die Vergangenheit zu idealisieren. Zur Vergangenheit gehört nämlich auch das Leitbild des „männlichen Hauptverdieners“ ebenso wie starre Arbeitszeiten. Das ist nicht mehr zeitgemäß.

Europäisches Wohlfahrtsmodell unter Druck

Wickham hob die Ausführungen von Bosch auf die europäische Ebene: „Mario Draghi – der Präsident der EZB – ist der Meinung, dass das europäische Sozialmodell bereits Vergangenheit ist. Ich sehe das nicht so. Es ist gerade noch am Leben.“ Zentrale und gemeinsame Elemente der europäischen Länder waren bislang:

- eine relative Einkommensgleichheit in der Gesellschaft,
- eine soziale Staatsbürgerschaft (Rechte auf Erziehung

und auf Gesundheitsversorgung, Risiko- und Altersvorsorge),

- eine ökonomische Staatsbürgerschaft (Arbeitsmarktregulierung, Vorschriften zum Arbeitsschutz, Organisationsfreiheit),
- und die Staaten sind bislang Garanten für sozialen Ausgleich und soziale Rechte und bieten dazu staatliche Dienstleistungen („starker Staat“).

Wickham zog den Vergleich zu den USA: Im Vergleich zum amerikanischen Verständnis ist es typisch für Europa, dass der Arbeitsplatz als besonderer Platz betrachtet wird mit vielen Regeln, Rechten und Bedürfnissen. Das ist die „ökonomische Staatsbürgerschaft“ – es gibt gesellschaftliche Grundregeln, die auch bei der Arbeit gelten.

Seit 1990: Das Normalarbeitsverhältnis erodiert

Seit den 1990er-Jahren verdrängt das neoliberale Wirtschaftsmodell mehr und mehr die soziale Marktwirtschaft. Die Zahl der Niedriglöhner ist stark gestiegen. Die Tarifbindung nimmt ab, Equal Pay wird umgangen. Und das Geleitzug-Prinzip greift nicht mehr. Die Ursachen für diese Erosionen sind die Tarif- und Verbandsflucht der Unternehmer, die Outsourcings und Privatisierungen und die Deregulierungen auf dem Arbeitsmarkt. Das dies globale Trends sind, wurde in der Diskussion deutlich: Teilnehmerinnen aus Paraguay und von den Philippinen etwa berichteten, dass Leiharbeit, Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung auch in ihren Ländern auf der Tagesordnung stehen.

Neues Leitbild statt schlechter Löhne

Billige Arbeit ist nicht nachhaltig und vor allem teuer für die Gesellschaft: „Die Ausgaben für Aufstocker belaufen sich auf 11,4 Milliarden Euro im Jahr. Das heißt, mit öffentlichen Mitteln werden in Deutschland schlechte Löhne subventioniert.“ Und wer heute wenig verdient, wird von seiner Rente nicht leben können. Auch hier muss der Staat einspringen. Untersuchungen zeigen außerdem, dass bei zu viel Outsourcing und Leiharbeit die Produktivität eines Unternehmens sinkt. „Ich glaube nicht, dass Deutschland mit dem Leitbild von billiger Arbeit in den nächsten Jahren den Innovationswettbewerb besteht“, so Bosch. „Wir brauchen also ein neues

ZUKUNFT DER ARBEITSGESELLSCHAFT – Für eine neue Ordnung der Arbeitsbeziehungen

Leitbild als Alternative zum Neoliberalismus mit sozial abgesicherten flexiblen Erwerbsverläufen. Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen, die eine angemessen bezahlte Tätigkeit bis zur Rente ermöglichen. Und wir brauchen Innovationen und Flexibilität.“ Ob das reine Sozialromantik sei, fragte Bosch ins Publikum. „Die Neoliberalen würden sagen: Ja, wir können uns einen Sozialstaat nicht mehr leisten. Wir haben nur die Wahl zwischen zwei Übeln: Hohe Lohngleichheit mit Arbeitslosigkeit oder Vollbeschäftigung mit größerer Ungleichheit. Diese These ignoriert aber neue Forschungsergebnisse.“ Nämlich erstens: Mindestlöhne haben keine negativen Auswirkungen auf Beschäftigung. Zweitens: Länder mit hoher Lohngleichheit haben sehr hohe Beschäftigungsquoten. Drittens: Der deutsche Beschäftigungserfolg ist nicht Folge von Deregulierung und billiger Arbeit. „Da wird eine falsche Ursachenverknüpfung in der Politik vorgenommen. Das entwirft für uns und für Europa ein gefährliches und falsches Zukunftsbild der Modernisierung. Unser Erfolg beruht auf Innovationen und guten Qualifikationen der Beschäftigten.“ Ein Mindestlohn alleine reiche nicht, leitete Bosch seine Vorschläge für eine Neuordnung auf dem Arbeitsmarkt ein. Er schaffe keine breite einkommenspolitische Mittelschicht. Wir brauchen auch:

- Equal Pay für Leiharbeit und Abschaffung der Minijobs. Stattdessen Übergang in eine Gleitzone bis 800 Euro, in der Beschäftigte volle Sozialbeiträge erst ab 800 Euro zahlen.
- Stabilisierung des Tarifsystems: Die Gewerkschaften müssen Mitglieder gewinnen. Der Staat kann die Allgemeinverbindlichkeitserklärung erleichtern.
- Verbandsklagerecht der Gewerkschaften (bislang nicht möglich) und Stärkung individueller Beschwerderechte bei Tarif- oder Gesetzesverstößen.
- Ausbau individueller Wahlrechte: Elternurlaub, Freistellung für Weiterbildung, Anspruch auf Teilzeit mit Rückkehrrecht auf Vollzeit.
- Hohe Investitionen in Qualifikationen.

EU muss für gemeinsame Sozialpolitik sorgen

Dass diese Maßnahmen für Gesamteuropa sinnvoll sind, unterstrich James Wickham. Die derzeitige neoliberale Politik der EU untergräbt die nationalen Wohlfahrtsstaaten, ohne dass sie auf europäischer Ebene einen Ausgleich schafft. „Sie verteilt nicht. Sie nimmt nicht Geld von hier und gibt es dort hin, sie dereguliert vor allem. Barrieren des Marktes zum Beispiel werden abgeschafft. Die Konsequenz ist: Mit der Zeit fühlen sich die Menschen nicht europäischer, sondern weniger europäisch. Die EU sorgt dafür, dass Europa schwächer wird.“ Wickham drängt daher auf einen Kurswechsel hin zu einer gemeinsamen europäischen Sozialpolitik.

Gerhard Bosch: „Wir brauchen ein neues Leitbild statt billige Löhne."

James Wickham: „Die EU-Politik sorgt dafür, dass Europa schwächer wird."

Frank Hoffer: „Die ILO-Konventionen finden zu wenig Beachtung, auch in Deutschland."

Internationale Übereinkommen nutzen

„Reichtum ist wie Mist: Wenn alles auf einem Haufen ist, dann stinkt´s. Wenn man es vernünftig verteilt, kann er den Boden düngen und Wohlstand für alle bedeuten." Viel Applaus bekam Frank Hoffer von der ILO für diese Sichtweise. Er sprach sich dafür aus, nicht nur über den Arbeitsmarkt zu reden. Es geht auch um gerechte Verteilung, eine Kontrolle des Finanzmarkts, um fairen Handel und um öffentliche Investitionen. Hoffer zeigte dann, dass die internationalen Übereinkommen der ILO auch einen Beitrag zu einem internationalen Kurswechsel in den Arbeitsbeziehungen leisten können. „Die deutschen Gewerkschaften unterschätzen, was die internationalen arbeits- und sozialrechtlichen Mindestnormen in Deutschland bedeuten könnten. Die ILO-Konvention über Mindestlöhne zum Beispiel. Diese Norm, die den Menschen ein Basiseinkommen sichern soll und die in einem sozialen Dialog mit Arbeitnehmern und Gewerkschaften entstehen soll, findet gar keine Anwendung in Deutschland." Und auch die Norm „Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber" als Kündigungsschutzkonvention ist nicht von Deutschland ratifiziert. Ebenso wenig wie die „Arbeitsklauseln bei öffentlicher Auftragsvergabe". Vor diesem Hintergrund fordert Hoffer auch von den Gewerkschaften mehr Durchsetzungswillen in punkto der internationalen Regelungen.

Gegen Spaltung auf dem Arbeitsmarkt

Detlef Wetzel fasste das Forum zusammen: „Jetzt müssen die Gewerkschaften entscheidende Schritte tun gegen die zunehmende Spaltung auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft." Für die IG Metall zog er drei wesentliche Schlussfolgerungen: Da die Tarifbindung für eine Neuordnung des Arbeitsmarktes sehr wichtig ist, muss es die vornehmliche Aufgabe der IG Metall sein, diese zu stärken und auszubauen. Das Aushebeln der Mitbestimmung im Betrieb und die Fragmentierung der Belegschaften durch Outsourcings und Werkverträge muss stärker in den Fokus der IG Metall rücken. Und als Drittes: Da der Arbeitsmarkt kein rein „nationales Projekt" ist und sich die Durchsetzungsfähigkeit der europäischen Gewerkschaften stark unterscheide, müssten alle Gewerkschaften Wege finden, ihre Mitgliederbasis auszubauen, um national wie international durchsetzungsstark zu sein. ■

GUTE ARBEIT – Gesundheit erhalten, Entwicklung fördern

FORUM „GUTE ARBEIT“

Ein zentraler Bestandteil der finanzmarktgetriebenen Unternehmenspolitik ist die rabiate Senkung der Personalkosten und die Steigerung des Arbeitsdrucks. In vielen Bereichen können arbeitspolitische Verschlechterungen beobachtet werden, psychische Krankheiten nehmen zu. Von „guter Arbeit“ kann keine Rede sein. In diesem Forum ging es um eine Bestandsanalyse und Ansätze zur Verbesserung.

MIT:
Steffen Lehndorff, *Sozialwissenschaftler, Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg-Essen*
Erika Mezger, *stellvertretende Direktorin von Eurofound, Dublin*
Andrew Watt, *Wirtschafts- und Politikwissenschaftler, IMK in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf*
Hans-Jürgen Urban, *geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall*

Die Verdichtung von Arbeit bringt viele Beschäftigte an ihre Grenzen. Dazu kommen oft unsichere Perspektiven, wenig Gestaltungsmöglichkeiten und raues Arbeitsklima ohne Wertschätzung. Die gewerkschaftlichen Gegenstrategien sind unter dem Begriff „Gute Arbeit“ zusammengefasst.

Der DGB führt jährlich eine repräsentative Erhebung zur Arbeitsqualität aus der Sicht der Beschäftigten durch: den DGB-Index Gute Arbeit – das menschliche Maß für Arbeit. Er zeigt seit Jahren Handlungsbedarf auf: Die Kluft zwischen berechtigten Ansprüchen und erlebter Realität ist enorm. Wie kommen wir zu einer neuen Kultur der Arbeit? Zu dieser Frage referierte zuerst Steffen Lehndorff, der seit über 20 Jahren in der Arbeits- und Arbeitszeitforschung aktiv ist, bevor Erika Mezger und Andrew Watt beispielhaft präsentierten, wie man Arbeitsqualität wissenschaftlich messen kann.

Verankerung von Gesellschaftspolitik im Betrieb

Steffen Lehndorff geht es darum, dass gute Arbeitsbedingungen nicht nur in der Verantwortung der Interessenvertreter liegen, sondern auch in der Verantwortung der Politik: „In das Ringen um Gute Arbeit im Betrieb fließen immer auch gesellschaftspolitische Herausforderungen ein“, erklärt er und macht das an zwei Beispielen deutlich:

1. Beispiel: In der wirtschaftlichen Wachstumsphase 2004 bis 2007 (und damit nach der Agenda 2010) sind die Löhne im Durchschnitt weit weniger angestiegen als in der Wachstumsphase Ende der 1990er-Jahre. Die Hauptursache: Das Geleitzug-Prinzip in der deutschen Tarifpolitik funktioniert nicht mehr. Diese Erosion des Tarifvertragssystems wird politisch noch befördert durch die Aushebelung der Möglichkeit, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Hinzu kommt der Boom von Leiharbeit und Minijobs: 22 Prozent der Arbeitnehmer

arbeiten für Niedriglöhne. „Das fördert soziale Ungleichheit, lässt den Binnenmarkt stagnieren und belastet die Eurozone." Lehndorff sieht die Lösung nicht allein bei den Gewerkschaften. „Die Demontage des deutschen Sozialmodells kann nicht tarifpolitisch kompensiert werden. Die Herausforderung ist eine Verteilungspolitik im Sinne einer Tarifpolitik Plus. Für Gute Arbeit brauchen wir auch politische Reformen für eine Neuordnung des Arbeitsmarkts." (Siehe dazu auch Seite 44 bis 47.)

2. Beispiel: Eine Umfrage unter Betriebsräten der IG Metall hat ergeben, dass in weniger als einem Drittel der Betriebe der demografische Wandel in die Personalplanung einfließt. Und weniger als 10 Prozent kümmern sich um alters- und alternsgerechte Arbeitsgestaltung. „Das ist höchst bedenklich. Denn die Arbeitsfähigkeit nimmt im Laufe des Lebens ab." Die entsprechenden Stellschrauben wie etwa Schichtplangestaltung und Taktzahlreduktion würden zu wenig genutzt. Die Produktivität steigt auf Kosten der einzelnen Mitarbeiter und auf Kosten der Gesellschaft. „Die Ökonomen nennen das Externalisierung von Kosten: Kosten, die eigentlich vom Betrieb getragen werden müssten, werden auf die Menschen und Gesellschaft abgewälzt." Man denke zum Beispiel an die Rente mit 67: Wer das nicht schafft, muss Renteneinbußen hinnehmen. Lehndorff betont die Rolle der betrieblichen Mitbestimmung, die hier mit allen ihren Möglichkeiten dagegenhalten muss.

Die Last auf falschen Schultern

Die Zahl der Krankheitstage durch psychische Belastung hat sich in den letzten zehn Jahren massiv erhöht. In punkto Arbeitshetze sagen über 50 Prozent der Beschäftigten, dass sie oft oder sehr häufig unter Zeitdruck stehen. Lehndorff erzählte dazu die Geschichte einer Studentin, die bei einer Investmentbank ein Praktikum gemacht hat. Zermürbende Arbeitszeiten von 70 Stunden waren dort an der Tagesordnung, ebenso wie eine unkollegiale Atmosphäre und Konkurrenzkampf unter jungen Leuten. In ihrer Ausbildung bekommen junge Nachwuchskräfte heute also vermittelt, dass es insbesondere darum ginge, schnell reich zu

GUTE ARBEIT – Gesundheit erhalten, Entwicklung fördern

werden – egal wie. Lehndorff dazu: „Die Nachwuchskräfte werden von solchen Anforderungen geprägt, das sickert dann nach unten durch." Arbeitsforscher sagen dazu „indirekte Steuerung" oder „widersprüchliche Arbeitsanforderung": Die Chefs geben den Beschäftigten viel Autonomie und Gestaltungsspielraum, aber nicht die entsprechenden Ressourcen. Probleme der Organisation werden zu Problemen der Individuen gemacht. Für die Gewerkschaften bedeutet dies vor allem, die betriebspolitische Ebene zu nutzen. Für eine Politik, die die Probleme der Individuen wieder zu Problemen des Unternehmens macht.

Der europäische Blick auf Gute Arbeit

Wie ist es um Gute Arbeit in Europa bestellt? Erika Mezger brachte zu dieser Frage Forschungsergebnisse aus dem European Working Conditions Survey mit – der Europäischen Erhebung über die Arbeitsbedingungen. Die jüngsten Zahlen beruhen auf 44.000 Interviews in 34 Ländern. Die vier Indizes der Studie sind: Einkommen, Qualität der Arbeitszeit berufliche Aussichten und arbeitsplatzinhärente Qualität. Deutschland schneidet in zwei Kategorien eher schlecht ab. Zum einen bei der Qualität der Arbeitszeit, zum anderen bei der arbeitsplatzinhärenten Qualität. Darin vereinigen sich die Kriterien Entscheidungsfreiheit, physisches und soziales Umfeld sowie Arbeitsintensität. „Dabei belegt Deutschland den achtschlechtesten Platz. Wir müssen jetzt noch rausfinden, woran das liegt. Ist es die schlechte Führungskultur? Ist es zu wenig Autonomie?" Die Erkenntnisse aus der Studie sind außerdem:

- Ein Fünftel der Jobs in Europa sind in punkto Arbeitsbedingungen in der „schlechten Kategorie".
- Trotz großer Anstrengungen verbessert sich das physische Arbeitsumfeld kaum.
- Die wachsende Arbeitsintensität führt vor allem zu Belastung durch arbeitsbedingten Stress.
- Positiv ist der Anstieg des Index „Fähigkeiten und Entscheidungsfreiheit" in vielen Ländern, in Deutschland aber stagniert er.
- Die Arbeitszeitqualität hat sich in allen Ländern verbessert – aber Arbeitszeitflexibilität muss weiter beobachtet werden.

Der Job Quality Index

Andrew Watt stellte den vom European Trade Union Institute entwickelten Job Quality Index vor. Beschäftigte aus 27 Ländern machen dabei Angaben zu Löhnen, Work-Life-Balance, Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsmöglichkeiten. Alle Daten werden dann vergleichbar gemacht, und pro Land ergibt sich ein Wert zwischen 0 und 1. Im Jahr 2010 zum Beispiel hat in Summe aller Kriterien Dänemark am besten abgeschnitten mit 0,86 und Griechenland am schlechtesten mit 0,33. Deutschland liegt etwa in der Mitte mit 0,5. „Das liegt aber auch daran, dass in dieser Methodik Kompromisse gemacht werden müssen", erklärt Watt. „In Deutschland ist zum Beispiel die starke Mitbestimmung eine

Manche Chefs haben noch nicht verstanden, wie kontraproduktiv überhöhter Leistungsdruck ist.

Steffen Lehndorff: „Kosten werden externalisiert: Also nicht vom Betrieb getragen, sondern auf Individuen und Gesellschaft abwälzt."

Bausteine der IG Metall für den demografischen Interessenausgleich

Qualitätsmerkmal der Arbeit, das bildet sich aber hier bei diesen Daten nicht ab."

Gute Arbeit: Die IG Metall macht Druck

Hans-Jürgen Urban fasste zusammen: „Die Unternehmen sind einem Produktivitäts- und Rentabilitätsdruck ausgesetzt, der aus der Logik der Kapitalmärkte kommt und nicht aus der Logik der Produktion von Gütern. Das ist zentral für den Rahmen, in dem wir die Arbeitsbedingungen gestalten müssen." Und es kommt das Dilemma hinzu, dass alle das Thema Gesundheit am Arbeitsplatz sehr wichtig finden, was oft aber von den Themen Einkommen und Beschäftigungssicherung überlagert wird. „Das darf uns nicht entmutigen", so Urban und erklärt, was die IG Metall unter dem Namen „Gute Arbeit – gut in Rente" zusammengefasst. Einerseits zielt das auf die Politik, um einer starren Einheitsrente mit 67, die faktisch zu einer Rentenkürzung führt, flexible Übergange in den Ruhestand entgegenzusetzen. Andererseits zielt es auf die Arbeitgeber als Adressaten. „Wir haben unsere Betriebsräte gefragt, ob die Leute überhaupt bis 67 durchhalten können. 79 Prozent sagen, das wird (eher) nicht gehen." Daher bietet die IG Metall das Handwerkszeug „demografischer Interessenausgleich" mit konkreten Gestaltungsmaßnahmen für Betriebsräte an (siehe Abbildung). In der Aktionswoche im November 2012 haben etwa 1.000 Betriebe bereits Aktionen dazu gestartet. Für den Kampf gegen psychische Überforderung hat die IG Metall die Anti-Stress-Initiative entwickelt mit dem Ziel, betriebliche Handlungsfähigkeit zu stärken und vor allem die Regelungslücke im Arbeitsschutzrecht zu schließen. Seit Juni 2012 gibt es einen eigenen Entwurf einer Anti-Stress-Verordnung von der IG Metall, und in der Öffentlichkeit wird die IG Metall als wichtige Akteurin in der Debatte wahrgenommen, die Druck auf die Politik macht. „Durch die Kombination aus öffentlichem und betrieblichem Druck werden wir zumindest einige Mindestnormen erreichen, um in den Betriebsräten die Möglichkeit zu geben, die Dinge konkret anzupacken," so Urban. Mit einem „Anti-Stress-Paket" bietet die IG Metall den Betriebsräten ein Handwerkszeug, um auch jetzt schon psychische Belastung in der Arbeit bei einer Gefährdungsbeurteilung zu ermitteln und Maßnahmen zur Verringerung von arbeitsbedingtem Stress durchzusetzen. Ein Höhepunkt der Aktivitäten wird der Anti-Stress-Kongress am 23. und 24. April 2013 in Berlin sein. ■

LEBENSCHANCEN UND VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT – Arm an Geld, arm an Chancen

FORUM „LEBENSCHANCEN UND VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT“

Eine der Folgen der neoliberalen Politik ist die wachsende Spaltung der Gesellschaft. Die Konsequenzen betreffen alle Lebensbereiche. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, steigt. Statusorientierter Konsum gewinnt an Bedeutung. Bildung und Gesundheit entwickeln sich zu einer Frage des Geldes. Die Ausgrenzung von Menschengruppen und Politikverdrossenheit nehmen zu.

MIT:

Michael Hartmann, *Professor für Soziologie, Technische Universität Darmstadt*

Gustav Horn, *Leiter des Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf*

Jürgen Kädtler, *Soziologe, Geschäftsführender Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI)*

Noel Whiteside, *Soziolgie-Professorin an der Warwick University, Großbritannien*

Helga Schwitzer, *geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall*

Es müsste doch jedem einleuchten, dass alle Menschen die gleichen Chancen im Leben bekommen und genug Geld verdienen sollten, denken wir. Weit gefehlt: Die Vertreter des neoliberalen Denkens finden Ungleichheit und schwache Sozialsysteme förderlich für Ökonomie und Gesellschaft. Ihr Experiment ist aber gescheitert.

Konservative rechtfertigen die Folgen marktradikaler Wirtschaftspolitik als „unumgängliche Voraussetzung für die internationale Konkurrenzfähigkeit“. Soziale Gleichheit mit ihren Vorteilen ist unter Neoliberalen ein Tabu nach dem Motto: „Umverteilung? Nein danke, das ist doch bloß Sozialneid. Der Wettbewerb regelt die Verteilung“. Damit aber die Bildungs- und Lebenschancen für alle möglichst gleich sind, brauchen wir möglichst gerechte Lebensverhältnisse.

Wir sind weit weg von Gerechtigkeit

Michael Hartmann beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen Einkommen und Faktoren des alltäglichen Lebens. Die Schere zwischen Arm und Reich wird vor allem in den Großstädten noch weiter auseinandergehen. Die Armutsquoten liegen hier bei bis zu 25 Prozent und die höheren Einkommen wachsen besonders stark. Das führt zu zwei Effekten: Einmal gibt es eine Verdrängung der Geringverdiener aus den Innenstädten, die Wohnviertel werden immer homogener, es gibt teure und billige Gegenden. Dementsprechend gibt es einen zweiten Effekt, und zwar in den Schulen: Obwohl sie strukturell gleich sind, kommen die Kinder aus immer ähnlicheren Elternhäusern. Überspitzt: Akademikerkinder lernen mit Akademikerkindern, Kinder von Geringverdienern lernen mit Kindern von Geringverdienern. Das fördert den Teufelskreis „wenig Einkommen der Eltern, schlechte Lernbedingungen, niedriger Schulabschluss, weniger Chancen auf Ausbildung, weniger Einkommen“. Von Einkommens- und Bildungsgerechtigkeit sind wir also weit entfernt.

Ein anderes Beispiel für neoliberale Auswüchse nannte Joel Whiteside: Deutschland, Großbritannien und auch osteuropäische Länder fördern immer mehr die private Altersvorsorge. Das kostet aber Verwaltungsgebühren und ist zudem schwer verständlich. Wer nicht so gebildet ist in Finanzdingen, hat es schwer, sich im Dschungel der Möglichkeiten zurechtzufinden und optimal fürs Alter vorzusorgen. Und: Durch prekäre Beschäftigung oder erzwungene Unterbrechungen können viele nur sehr wenig einzahlen. Das führt zu einer niedrigen Rente. Altersarmut kann nicht gerecht sein, wenn man sein Leben lang arbeitet oder sich um die Familie kümmert. Vor allem Frauen haben durch ihre immer noch existente Rolle der Haupterzieherin und durch erschwerte Karrieremöglichkeiten Nachteile in punkto Rente.

Folge der Spaltung: Hoffnungslosigkeit

Junge Leute werden angesichts der Spaltung der Gesellschaft nachweislich pessimistischer. Das Allensbach-Institut hat ermittelt, dass nur noch 19 Prozent der jungen Menschen aus weniger privilegierten Verhältnissen glauben, sie könnten aus eigener Anstrengung etwas bewirken. Das bedeutet, dass die reale soziale Undurchlässigkeit auch noch bestärkt wird durch gefühlte Chancenlosigkeit. Junge Leute denken: „Ich hab eh keine Chance, wozu soll ich mir überhaupt irgendwo Mühe geben. Nützt ja nichts.“ Aus einem neuen Forschungsprojekt brachte Hartmann noch eine Erkenntnis mit: Man kann sich nicht drauf verlassen, dass die Entscheidungsträger in diesem Land etwas verändern werden. Eine höhere Besteuerung von hohen Einkommen finden nicht mal ein Viertel wichtig. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts findet hingegen bei 62 Prozent Zustimmung. (Umfrage unter 350 Personen in Entscheidungspositionen.) Hartmanns Fazit: „Wenn man etwas verändern will, gibt es nur eine Chance: Die Betroffenen, die Gewerkschaften und ähnliche Organisationen müssen ihre Interessen gegen die Mächtigen durchsetzen.“ In der anschließen Diskussion wies eine Teilnehmerin des Forums darauf hin, dass ein großer Teil der Ungerechtigkeitsproblematik – Stichwort Flexicurity – zur Politik der EU gehört. Die Menschen würden aber national denken, und zum Beispiel die Europa-Wahlen als nicht wichtig empfinden. Sie plädierte für mehr Aufklärung dieser Zusammenhänge.

LEBENSCHANCEN UND VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT – Arm an Geld, arm an Chancen

Zunehmende Spaltung der Einkommen

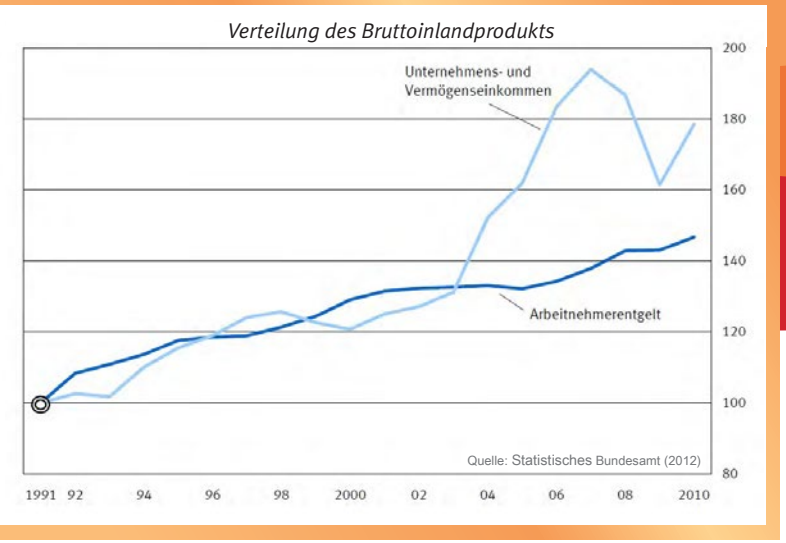
Dass die ungerechte Einkommens- und Vermögensentwicklung in den letzten Jahren uns alle betrifft, erklärte Gustav Horn (siehe Grafik Seite 55). Wirtschaftliche Erfolge sind seit 2000 weitgehend in die Unternehmens- und Vermögenseinkommen geflossen, nicht in die Arbeitnehmerentgelte. „Das ist ein Bruch des Leistungsprinzips, der uns alle trifft. Das ist nicht nur ein Problem von Hartz-IV-Empfängern oder Niedriglöhnern. Am Zuwachs der wirtschaftlichen Leistung sind die abhängig Beschäftigten unterproportional beteiligt.“ Und das liegt nicht an der Entwicklung der Tariflöhne und auch nicht so sehr an den Einkommen der „normal“ Beschäftigten, sondern vor allem an der Ausbreitung von prekärer Beschäftigung. Die unteren Einkommen sind nicht nur real und relativ gesunken, sondern auch nominal und absolut. Die obersten Einkommen haben sich dagegen verdoppelt. Beispiele dazu aus dem Vergleich zwischen 2000 und 2009: Die Ärmsten 10 Prozent haben beim Realeinkommen etwa 6 Prozent an Einkommen verloren. Die Mittelschicht hat auch verloren und erst die oberen Gruppen haben höhere Einkommen. Besonders krass: Die Top-Verdiener (die 1-Prozent-Spitzengruppe) verdiente 2009 über 42 Prozent mehr Geld als 2000. Kurz: So werden Arme immer ärmer, Reiche immer reicher. Horn dazu: „Der Zuwachs in unserer Volkswirtschaft kommt nur einer Mini-Gruppe zugute. Der untere Rand und die Mittelschicht sind leer ausgegangen!“

Hin zu einer richtigen Lohn- und Steuerpolitik

Seit zehn Jahren hinken die EU-Länder bei der Lohnentwicklung dem Produktivitätsfortschritt hinterher. Vor allem Deutschland. Das schwächt die Binnennachfrage und führte zu immer größeren Ungleichgewichten in den Handels- und Leistungsbilanzen, was eine zentrale Ursache der Eurokrise ist. Und die Steuerpolitik hat der zunehmenden Ungleichheit nicht entgegengewirkt, sondern diese sogar noch erheblich verstärkt. Horn: „Insgesamt gehen uns durch Steuerentlastungen pro Jahr 80 Milliarden Euro durch die Lappen. Das Steuersystem muss hier korrigieren.“ Horn spricht sich daher für andere Steuersätze aus, für eine Vermögenssteuer, die Finanztransaktionssteuer, die Bekämpfung der Steuerflucht und auch für eine Vermögensabgabe. Er betont aber auch die Rolle der Gewerkschaften für einen Kurswechsel. Starke Gewerkschaften würden gute Lohnerhöhungen erreichen. Sie seien in der Rolle, für eine Grundgleichheit zu sorgen. Richtig problematisch erweisen sich die tariffreien Niedriglohnbranchen, zum Beispiel die Dienstleistungsbereiche in Ostdeutschland. „Da muss man den Organisationsgrad vorantreiben.“

Die Philosophie zur Praxis

Über die materielle Verteilungsfrage hinaus ging Jürgen Kädtler. Der Zusammenhang zwischen Gleichheit und individuellen Verwirklichungschancen sei nicht nur vom Einkommen abhängig. Gutes Leben und Teilhabe gingen weit darüber hinaus. Kädtler zitiert den indischen Philosophen und Wirtschaftswissenschaftler Armatya Sen: „Teilhabe wird auch bestimmt von den praktischen Fähigkeiten der Menschen, ein von ihnen als sinnvoll erkanntes Leben zu führen.“ Das bedeutet, die Chancen, die jeder hat, hängen von drei Faktoren ab: Von den individuellen Ressourcen – also dem eigenen Geld zum Beispiel –, den persönlichen



Die Kurven-Lücke ab 2004 bedeutet: Die Gewinne sind überproportional gestiegen, während die Beschäftigten viel weniger profitierten.

Gustav Horn: „Die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer: Da stimmt doch was nicht in unserer Steuerpolitik."

Helga Schwitzer: „Die Gewerkschaften sind wichtige politisch-fortschrittliche Veränderungskräfte."

Potenzialen wie Alter, Geschlecht und Qualifikation und auch von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Zu Letzteren gehören etwa Schulen, Verkehrsnetze und Arbeitsplätze. Das ist der Mix, der die Verwirklichungschancen beeinflusst. Ein extremes Beispiel ist die Pflege: „Das ist doch eine elementare Frage von Lebensqualität, dass man einen Rest von Verwirklichungschancen bestmöglich bewahrt." Wie kann es also sein, dass die Jobs in der Pflege so schlecht bezahlt sind? Zu wenig Personal und ständige Überbelastung stehen in keinem Verhältnis zur Dimension der gesellschaftlichen Aufgabe. Den Ansprüchen der Alten kann so keiner gerecht werden, und die schlecht bezahlten Beschäftigten haben wiederum nur eingeschränkte Chancen. Das zeigt, ähnlich wie das vorher beschriebene Beispiel mit den Schulen, in welchem Zusammenhang die Verteilungs- und Lebenschancenfragen stehen. Kädtler fasst zusammen: „Die gesellschaftlichen Verteilungsfragen betreffen heute mehr als früher nicht nur die praktische Durchsetzung, sondern auch die normative Begründung und Verankerung von Teilhabeansprüchen in der Gesellschaft."

Die Gewerkschaftssicht

Ist es also Aufgabe der Gewerkschaften, durch ihren Einfluss auf die gesellschaftlichen Leitvorstellungen einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit zu leisten? Und nicht nur durch Betriebs- und Tarifpolitik? Helga Schwitzers Antwort: „Ja, wir spielen da eine wichtige Rolle. Ich sehe uns als politisch-fortschrittliche Veränderungskräfte." Denn Tarifpolitik kann einen Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit leisten. Dazu gehört auch, die niedrigen Einkommen in prekären Beschäftigungsverhältnissen anzuheben. „Darüber hinaus haben wir ganz konkrete Forderungen an die Politik und sind eine wichtige Veränderungskraft. Vor allem auch in punkto Politikverdrossenheit, denn mehr Demokratie führt uns zu mehr Verteilungs- und Chancengerechtigkeit – zu einer Politik für die Mehrheit der Menschen." Die konkreten Kampffelder für Gewerkschaften sind: Tariflohnerhöhungen, Mindestlöhne, stärkere Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und das Zurückdrängen prekärer Beschäftigung. Schwitzer spricht sich für ein Umsteuern aus: „Es müsste einen Bonus geben für die, die Arbeitsplätze mit gerechten Löhnen aufbauen und nachhaltig handeln, und ein Malus für die, die das nicht tun. Dann hätten wir viel gewonnen." ■

VOICES OF EUROPE – Die verlorene Generation

Im Auftrag der IG Metall hat ein Filmteam junge Leute in Europa besucht. Sie erzählen von den Problemen ihrer Generation und wie sich Jugendarbeitslosigkeit, schlecht bezahlte Jobs und Sozialabbau auf sie auswirkt. Und es wird auch klar: Diese Generation von jungen Europäern ist nicht politikverdrossen, sondern sie will mitgestalten. Sie wehrt sich dagegen, zur verlorenen Generation zu werden. Den Film kann man anschauen unter www.youtube.com/igmetall.

Szilvia Radics, *Ungarn*
„In Ungarn ist es heutzutage für Mütter sehr schwer, eine Arbeitsstelle zu finden – vor allem natürlich für die allein erziehenden Mütter. Die Arbeitgeber freuen sich nicht gerade über Angestellte mit Kleinkindern. Auch der Staat unterstützt sie nicht. Zudem werden nach und nach mehr staatliche Krippen und Kitas geschlossen, weil der Staat und die Kommunen sie nicht mehr finanzieren. Mütter müssen deshalb viele Opfer bringen, wenn sie trotzdem arbeiten gehen wollen, und ihre Kinder in Krippen geben, die sehr viel Geld kosten."

Patricia Ruiz Martinez, *Spanien*
„Das Hauptproblem für die Jugendlichen in Bezug auf den Arbeitsplatz ist, dass mehr als 50% der jungen Spanier keine Arbeit haben. Und diejenigen, die eine Arbeit haben, haben einen Niedriglohnjob und verdienen zum Beispiel mit Leiharbeit weniger als 1000 Euro im Monat."

Marek Svec, *Slowakei*
„Heutzutage muss man zwei bis drei Arbeitsstellen haben – und zwar alle innerhalb eines langen Arbeitstages. Nur so bekommt man in der Summe ausreichenden Lohn, um seine Grundbedürfnisse befriedigen zu können. Ich selbst habe drei Jobs, um das zu verdienen, was ich brauche."

Antonio Guzco, *Italien*
„Meiner Meinung nach muss man am Fundament eines Staates ansetzen, nämlich bei der jungen Generation, bei der Bildung und in den Schulen, um den nachfolgenden Generationen ein gesellschaftliches Bewusstsein zu geben. D.h., das Augenmerk auf Weiterbildung, Schulsystem und Universitäten zu richten und dort zu investieren."

Kamal Ahamada, *Frankreich*
„Wir brauchen einen europäischen Rahmen, der wieder gemeinsame Regeln aufstellt, der Europa voranbringt, so wie es sich die Arbeitnehmer Europas wünschen."

Henrik Johansson, *Schweden*

„Wir müssen versuchen, diese Hindernisse zu überwinden. Mit besserer gewerkschaftlicher Organisation und im engen Verbund mit der Politik. Bei uns in Schweden versuchen die Gewerkschaften eng mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, für bessere Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, sichere Arbeitsplätze und bessere Löhne."

EUROPA AM SCHEIDEWEG – Für eine solidarische Staatengemeinschaft

Die EU befindet sich in der schwersten Identitätskrise seit ihrer Gründung. Die „Europäische Idee“ wird mehr und mehr diskreditiert, Euroskepsis und Nationalismus sind auf dem Vormarsch. Wie könnte ein Gegenmodell aussehen? Und worin könnte der Beitrag der Gewerkschaften bestehen?

Die europäische Staatengemeinschaft ist primär eine Wirtschafts- und Rechtsgemeinschaft und als solche von der Verwirklichung einer Europäischen Sozialunion noch weit entfernt. Im Zuge der Krisenbewältigung werden vielerorts soziale Errungenschaften demontiert; die Sparpolitik verschärft die Krise in den am stärksten betroffenen Ländern und hat zu unzumutbaren Belastungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geführt. Nicht zuletzt deshalb verliert die Gemeinschaft bei den Menschen an Rückhalt.

Massive Angriffe auf die Sozialsysteme

In Spanien vollzieht die konservative Regierung massive Angriffe auf soziale Errungenschaften und weigert sich, mit den Gewerkschaften über die meist weitreichenden „Reformen“ zumindest zu sprechen. Hinter den „Reformen“ verbergen sich: Angriffe auf die Tarifvertragssysteme, Lohnkürzungen sowie der Abbau der Arbeitnehmerrechte und der Mitbestimmung. Die Folge ist zum Beispiel: In Spanien dürfen Unternehmen, deren Umsatz rückläufig ist, eigenmächtig Löhne kürzen und Arbeitszeiten verlängern. Trotzdem sind inzwischen sechs Millionen Spanier ohne Arbeit. Auch massive Einschnitte bei der Arbeitslosenunterstützung und im Gesundheitswesen konnten nicht verhindert werden. Die tschechische Regierung ist, so Josef Středula, gerade dabei, das Streikrecht massiv einzuschränken. In Italien wurde der Kündigungsschutz gelockert, anstatt die wirklichen Probleme – das Schrumpfen der Industrie und die Steuerhinterziehung – anzugehen. Kurzum: Die Politik der Haushaltskonsolidierung geht überall vor allem zulasten der niederen und mittleren Einkommen, weil an den falschen Stellschrauben gedreht wird. Wie sollen sich über Lohnkürzungen und Beschneidung der Arbeitnehmerrechte die Haushalte erholen und Schulden bezahlt werden?

EUROPA AM SCHEIDEWEG

Kein Thema wühlt zurzeit mehr auf als die internationale und europäische Finanzpolitik und deren Folgen für Europa. Im Rahmen des Podiums wurden Perspektiven für eine stabile und zukunftsfähige Europäische Gemeinschaft erörtert, die über die kurzatmige Tagespolitik hinausgehen.

MIT: *(Foto nächste Seite von links nach rechts)*
François Chérèque, *ehemaliger Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes CFDT*
Nicola Vendola, *Präsident der Region Apulien/Italien*
Manuel Fernández López, *Generalsekretär der spanischen Metall- und Bergbaugewerkschaft MCA-UGT*
Judith Kirton-Darling, *Politische Sekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes*
Philippe Lamberts, *Mitglied der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament*
Josef Středula, *Vorsitzender der tschechischen Metallgewerkschaft OS KOVO*

Austeritätspolitik verschärft die Krise

Inzwischen ist jedem klar, dass die Austeritätspolitik in Griechenland und anderen Krisenstaaten nicht die erwünschten Ergebnisse gebracht hat. Jeder vierte Europäer lebt unterhalb der Armutsgrenze, seit der Wirtschaftskrise sind allein in der Industrie drei Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen. Philippe Lamberts fragt angesichts dieser Entwicklung, warum diejenigen, die unverdrossen für eine solche Politik plädieren noch immer als kompetent angesehen werden. Judith Kirton-Darling folgert: „Wir brauchen Politiker, die mutig sind und Fehler zugeben. Wir brauchen Politiker, die einsehen, dass wir einen Kurswechsel brauchen."

Politische Verhältnisse ändern

Dass es auch anders geht, beweist die Region Apulien. Während andernorts gekürzt und zusammengestrichen wird, investiert man in Südost-Italien in die soziokulturelle Infrastruktur. Das Resultat: In Apulien wächst die Beschäftigung, neue, gute Arbeitsplätze wurden geschaffen. Könnte das eine Blaupause für ein anderes Europa, einen grundlegenden Politikwechsel in Brüssel sein? „Wir brauchen einen neuen Impuls für die Europäische Union. Dieser Impuls muss aus Deutschland kommen. Wir brauchen weniger Markt und mehr Politik. Eine gemeinsame europäische Politik in den verschiedensten Bereichen", so Manuel Fernández López. Auch Philippe Lamberts glaubt, dass ein Politikwechsel in Europa nötig ist und dass dieser Wechsel zunächst andere Mehrheitsverhältnisse in Deutschland erfordert. Diese seien allerdings unwahrscheinlich, da die SPD durch die Hartz-Gesetzgebung ihre Wurzeln verloren und bei der Bevölkerung Teile ihrer Glaubwürdigkeit eingebüßt habe. Ähnlich skeptisch äußert sich auch François Chérèque, der mit Blick auf die Präsidentschaft Hollandes feststellt, dass auch die politische Linke die gewerkschaftliche Agenda nur in Teilen mittrage. Die Rolle der Gewerkschaft als kritische Stimme bleibe daher unter jeder Regierung stets dieselbe.

Alternative Konzepte voranbringen

Soziale Gerechtigkeit ist aus Sicht von Nicola Vendola „der einzige Brennstoff im Motor für die Zukunft". Viele

Maßnahmen der Europäischen Union sind von sozialer Gerechtigkeit allerdings weit entfernt. So zum Beispiel die zunehmenden Angriffe der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds auf die Tarifautonomie der Arbeitsmarktparteien. Nötig ist vielmehr eine neue Ordnung auf den Arbeitsmärkten. Der Niedriglohnsektor darf sich nicht weiter ausbreiten und die Lohnspreizung muss eingedämmt werden. Der soziale Grundsatz ist: Gleiche Löhne und gleiche Rechte für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort. Das bedeutet auch: Weg mit dem Sozialdumping und mehr Beteiligungsrechte für die Arbeitnehmervertreter. Es gibt alternative Strategien für einen Kurswechsel. Aber dazu sind neben innovativen Wissenschafts- und Finanzkonzepten vor allem auch soziale Innovationen erforderlich, mehr Solidarität zwischen den europäischen Völkern, die Rückbesinnung auf europäische kulturelle Werte und neue Lebensstille einer nachhaltigen Lebensführung. Wenn die reichen Länder weiter exportieren wollen, müssen die anderen auch kaufen können. Um die Finanzierung der Defizitländer langfristig zu gewährleisten und das Insolvenzrisiko zu vermindern, bedarf es daher der Gemeinschaftshaftung. Denn: Ein gemeinsamer europäischer Währungsraum kann nur funktionieren, wenn die Länder gleichzeitig auch ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik untereinander abstimmen. Europa braucht eine demokratisch kontrollierte Wirtschaftspolitik und eine vom EU-Parlament demokratisch legitimierte Wirtschaftsregierung. Ebenso nötig – insbesondere mit Blick auf die systemrelevanten und international tätigen Banken – ist eine europäische Bankenaufsicht. Statt spekulativer Finanzgeschäfte sollen Investitionen in einen ökologischen Um- und Aufbau gelenkt werden. Hierbei sind auch gezielte Investitionen in Bildung, Qualifikation, Forschung und Entwicklung sowie die Infrastruktur erforderlich, die auch von staatlicher Seite aktiv getätigt werden müssen. Europa funktioniert nicht von alleine! ■

Zum Weiterlesen gibt es das Positionspapier der IG Metall „Kurswechsel für ein solidarisches Europa“. Unter www.igmetall.de, als Suchbegriff „IG Metall-Resolution zum europäischen Aktionstag“ eingeben.

„DIE KRISE DARF UNS NICHT INS BOCKSHORN JAGEN“

Rede von Lula da Silva, 2003 bis 2011 Präsident Brasiliens

Luiz Inácio Lula da Silva war acht Jahre der Präsident Brasiliens. Mit 12 Jahren fing er an zu arbeiten, unter anderem in der Metallindustrie. 1975 wurde er zum Vorsitzenden der Gewerkschaft der Metallarbeiter gewählt. 1980 gründete er schließlich den Partido dos Trabalhadores – die Partei der Arbeiter. Minutenlangen Applaus gab es nach seiner Rede auf dem Kongress. Hier einige Ausschnitte.

Ich war 16 Jahre alt, arbeitete in einer Schraubenfabrik und bekam meinen Lohn am Ende des Monats in einer Tüte ausgezahlt. Meine Mutter hat dann alle ihre sieben Kinder am Tisch versammelt, unsere Tüten geöffnet und gesagt: Damit bezahlen wir dies und damit bezahlen wir das. Und wenn etwas übrig geblieben ist, hat jeder davon ein Taschengeld bekommen. Aber erst einmal wurden mit dem Geld alle offenen Rechnungen bezahlt. Und mit dieser Einstellung habe ich mein erstes Präsidentschafts-Mandat begonnen. So habe ich versucht, die brasilianischen Rechnungen zu zahlen, die Inflation zu senken, die Staatsausgaben zu senken und eine Währungspolitik durchzuführen, die Brasilien zur Glaubwürdigkeit verhelfen würde. […] Und ich wollte den Nachweis führen, dass die These, dass man erst einmal das Wachstum abwarten muss und dann den Reichtum umverteilen kann, verfehlt ist. Ich ging davon aus, dass erst einmal verteilt werden muss, um damit die Wirtschaft anzukurbeln und das Wachstum in Gang zu setzen. Genau das ist in Brasilien eingetreten. Wir haben eine Einkommenstransferpolitik durchgeführt. Wahrscheinlich habt ihr schon von dem Programm „Null Hunger“ (Fome Zero) gehört und von der „Familienzulage“ (Bolsa Familia). Als wir mit dieser Politik anfingen, haben wir gesehen, dass die brasilianische Wirtschaft in Bewegung geriet. Die Armen sind in die Supermärkte gestürmt und haben Dinge gekauft, die sie bis dahin nie kaufen konnten. Es passierte also das, was ich das „Wunder der Brotvermehrung“ nenne. Die brasilianische Wirtschaft wuchs. […] Ich hatte große Angst vor meinem zweiten Mandat. Ob ich es das zweite Mal schaffen würde? Ich habe ein Programm für die nächsten vier Jahre aufgelegt. Ein Programm zur Verbesserung der Infrastruktur und ein Programm zur Konsolidierung des sozialen Bereichs. Wir haben ein Investitionsprogramm von 300 Milliarden US-Dollar in Gang gebracht zur Erweiterung von Häfen, Flughäfen, den Bau von Eisenbahnlinien und wir haben uns vorgenommen, eine Million Sozialwohnungen zu bauen. Zum Glück haben wir auch Erdöl entdeckt, und das ist auch eine Fahrkarte für Brasilien in die Zukunft. Als dann die Krise kam, hatte Brasilien schon ein staatliches Investitionsprogramm. Das erlaubte mir schon damals zu sagen, dass die Krise in Brasilien nur geringfügig sein würde. Und genau das ist eingetreten. Wichtig war auch, dass wir mehr Arbeitsplätze erschaffen haben, als wir uns hätten vorstellen können. […] Ich bin sehr stolz darauf sagen zu können, dass es uns gelungen ist, in acht Jahren 28 Millionen Menschen aus der extremen Armut herauszuholen und 40 Millionen Arbeitnehmer in den Mittelstand zu führen.

Nichts davon hätte allerdings funktioniert, wenn wir nicht eine andere wichtige Sache auf den Weg gebracht hätten: Die Partizipation, die Teilhabe der Gesellschaft an den Regierungsentscheidungen. […] Wenn es ein wichtiges Thema gab, haben wir eine nationale Anhörung veranstaltet, um der Regierung Hinweise zu geben. Wir haben also den Nachweis erbracht, dass die Demokratie, wenn sie voll gelebt wird, besser als eine halbe Demokratie ist. Demokratie ist, wenn die Gesellschaft in Bewegung gerät, wenn die Gesellschaft versucht, neue Errungenschaften zu machen. Die Politiker müssen die Angst vor der Demokratie verlieren. […] Ich weiß, wie oft Ihr Euch um Lateinamerika Sorgen gemacht habt, aber heute seid ihr in Europa unruhig. Es gibt so viele Ungereimtheiten, gerade für die Jugend in Europa. Die Jugendlichen sind bestens ausgebildet, beruflich qualifiziert und wissen dennoch nicht, ob sie eine Zukunft auf dem Arbeitsmarkt haben werden oder nicht. Und da frage ich mich natürlich, warum so etwas in Europa überhaupt passieren konnte.

Zunächst muss man sich bewusst machen, dass viele Politiker das Politik machen outgesourct haben – aber Politik lässt sich nicht outsourcen. Politiker müssen Verantwortung tragen und zu ihr stehen. Wie kann man es zulassen, dass ein Finanzsystem nur noch Spekulationen und nicht mehr der Realwirtschaft dient? Da werden große jährliche Bonuszahlungen mit den Managern vereinbart, die alles daran setzen, diese Gewinne zu maximieren, um ihre Boni zu steigern, selbst wenn der Gewinn nur in den Büchern steht und in der Realwirtschaft nicht existiert. Das konnte nicht gut gehen und es ist auch nicht gut gegangen. […] Niemand von uns, kein Arbeitnehmer und keine Arbeitnehmerin aus Afrika, aus Brasilien, aus Deutschland ist Schuld an dieser Krise. Heute sind die großen Finanzmagnaten an den Pranger zu stellen. Als sie damals Geld in Hülle und Fülle verdient haben, da haben sie das Geld nicht mit uns geteilt.

Heute wollen sie ihre Verluste sozialisieren. Alle sollen die Krise bezahlen. [...] Bankenrettung verträgt keinen Aufschub – das ist die perverse Logik. Das lässt nicht zu, dass Menschen von der Regierung dazu eingeladen werden über die Lösungswege aus der Krise nachzudenken. Die Bevölkerung wird nicht gefragt. [...] Selbst die G20 haben eigentlich richtige Beschlüsse gefasst. Aber wo liegt nun das Problem? Uns fehlt eine wie auch immer geartete Weltregierung, eine Struktur, ein Instrument, eine multilaterale Institution, die diese Dinge auch umsetzt oder zumindest sanktioniert, wenn jemand diese Beschlüsse nicht einhält. Man muss sich das einfach offen und ehrlich eingestehen. Die vereinten Nationen, das ist die globalste Organisation weltweit. Die stärkste und von den meisten anerkannte ist 2012 nicht mehr das, was sie mal 1948 war. Die Welt hat sich gewandelt. Russland hat sich vollkommen verändert und es gibt viel mehr Akteure. Deutschland hat den Wiederaufbau und die Wiedervereinigung geschafft. China muss heute ganz anders berücksichtigt werden als früher. Indien verdient mehr Gehör. Afrika ist überhaupt noch nicht vertreten genauso wie Lateinamerika.

Die Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, das ist eine Art Klüngel. Ein Club von Freunden, der die Interessen der Menschheit als solche nicht vertreten kann. Dafür gibt es keine Rechtfertigung. Es ist nicht hinzunehmen, dass Lateinamerika, Afrika oder Länder wie Indien und Deutschland nicht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als ständige Mitglieder vertreten sind. Das ist das einzige Organ mit einer begrenzten Sanktionsgewalt. Nach den Sitzungen der nicht-ständigen Mitglieder geht jeder wieder in sein Heimatland zurück und jeder von ihnen wird dann seine Probleme zu Hause wieder angehen und kann weltweit nichts bewirken, da wir über keine globalen Instrumente verfügen, die Beschlüsse international durchzusetzen. [...] Ich bin jetzt hier in einem Land, das natürlich viel besser da steht als Brasilien es je getan hat, aber auch Eure starke Volkwirtschaft kann nicht sofort sparen. Sparpolitik ist kein Produkt der Stunde. Denn wenn jetzt weitere sparpolitische Maßnahmen durchgeführt werden und man den Sparkurs verstärkt, dann wird man die Wirtschaft in Eurem Land abwürgen.

Was soll aus Italien, was soll aus Spanien werden? Es ist doch nicht das Problem der Krise, sondern auch der Medizin, die verabreicht wird. Der Verbrauch muss gesteigert werden und die Leute müssen kaufen und produzieren, um zu kaufen. Aber was macht man? Es werden Investitionen gekürzt, es werden Sozialleistungen gekürzt. Das ist genau das Gegenteil dessen was man braucht. Ihr habt doch Zeit und Ihr seid stark genug, um aus der Krise zu kommen. Meine große Befürchtung ist, dass die Europäer letztlich auch das europäische Haus und die europäische Union aufs Spiel setzen. Die EU ist ein Gut, das der Allgemeinheit gehört. Das kann man doch nicht einfach so zum Fenster hinauswerfen. Wenn so ein reiches Land wie Deutschland auf dem Binnenmarkt Probleme hat, dann könnt Ihr den Verbrauch in anderen Ländern mit ankurbeln und Eure finanziellen Mittel stärken. Deutschland hat doch Geld. Unterstützt auch afrikanische Länder finanziell, die dann ihre Güter bei Euch einkaufen. Deutschland – das starke Land – muss großzügig sein. [...]

Ich reise viel durch die Welt und kenne nur wenige Regierungschefs, die mit Arbeitnehmern sprechen. Wenn ich in den verschiedensten Ländern ankomme, bitten mich Gewerkschaftsführer: Mach doch mal einen Empfang beim Präsident möglich. Die Grundlage unserer Gesellschaft ist die arbeitende Bevölkerung und die sozialen Bewegungen, wenn die nicht mit den Präsidenten und Regierungschefs sprechen können, dann wird alles nur noch schwerer als es heute schon ist. Es ist einfach, für die Armen zu regieren – es ist ganz einfach. Schwierig ist es, den Reichen beim Regieren gerecht zu werden, denn die sind nie zufrieden mit dem, was sie bekommen. [...] Die Metaller in Deutschland können es nicht zulassen, dass uns diese Krise schlaflose Nächte bereitet, dass sie uns beunruhigt, dass sie uns demotiviert und dass sie uns die Hoffnung raubt. Diese Krise darf uns nicht ins Bockshorn jagen. Sie muss uns dazu anregen und uns herausfordern, wieder erhobenen Hauptes in die Debatten zu gehen. Wenn es den Regierungen nicht gelingt, die Krise zu lösen, dann fragt uns, was wir vorzuschlagen haben. Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, seid jene, die eigentlich daran interessiert sind, dass Deutschland weiterhin so stark dasteht, wie es sich heute darstellt. Mit technischer Innovation, mit sozialem Wohlfahrtsstaat, mit Wohlstand, mit dem Lebensstandard den ihr über die Jahrzehnte errungen habt. Ihr habt das Recht gehört zu werden. Ihr habt nicht das Recht zu schweigen, wenn diese Errungenschaften heute bedroht sind! ■

„DER KURSWECHSEL IST ZU SCHAFFEN“

Abschlussrede von Berthold Huber

Drei Tage lang wurde auf dem Kongress über Alternativen zum gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell diskutiert. Berthold Huber beendete den Kongress mit einer programmatischen Rede. Er zeigte mögliche Entwicklungspfade auf und betonte, dass jeder einen Teil dazu beitragen muss.

[…] Grundsätzlich sind wir uns einig: Wir brauchen eine Alternative. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Das ist die Konsequenz aus den neoliberalen Verwüstungen der vergangenen Jahrzehnte. Es muss **Schluss** sein mit der wachsenden gesellschaftlichen Spaltung und Ungerechtigkeit – in Deutschland, in Europa und in der Welt. Es ist ungerecht, dass in der Krise die Beschäftigten, die Rentner und Arbeitslosen die Zeche zahlen. Wir werden uns nicht mit gesellschaftlichen Verhältnissen abfinden, in der die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden. Wir wollen die Umverteilung von unten nach oben stoppen. Es muss **Schluss** sein mit der Ausgrenzung der jungen Menschen. Es darf nicht sein, dass ihnen ihre Zukunftschancen geraubt werden. Eine Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent in manchen Ländern Europas ist ein Skandal. Das ist eine nicht hinnehmbare Zumutung für die Jugend unseres Kontinents. Es muss **Schluss** sein mit der ungleichen Verteilung von Lebenschancen. Wir wollen gute Bildung für Alle. Denn Bildung ist die Basis für ein gutes, ein freies und selbstbestimmtes Leben. Gute Bildung darf – nirgendwo auf der Welt – nur ein Privileg für eine kleine Oberschicht sein. Die Ungerechtigkeiten im Bildungssystem müssen beseitigt werden. Und es muss **Schluss** sein mit einem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Sein einziges Ziel ist der kurzfristige Profit, dem immer mehr Lebensbereiche untergeordnet werden. Wenn selbst erfolgreiche Unternehmen zerschlagen werden, weil das mehr Gewinn verspricht, dann untergräbt das selbst die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft.

Ein Wirtschaftssystem ohne soziale Verantwortung ist ein Irrweg. Die Realwirtschaft hat den Bedürfnissen der Menschen zu dienen, und die Finanzwirtschaft der Realwirtschaft. Das ist die richtige Reihenfolge. Die ist heute auf den Kopf gestellt. Und wir müssen sie wieder auf die Füße stellen. Es muss **Schluss** sein mit dem Irrglauben, dass alles was Arbeit schafft auch sozial ist. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes hat Arbeit entwertet. Die atypischen Beschäftigungsverhältnisse trennen Arbeit unternehmerisch und rechtlich von den Produktionsmitteln. Arbeitskräfte werden so zu einem Logistikgut – wie Schrauben oder Eisenschrott –, das man ohne jede soziale Verantwortung kaufen und bei Bedarf entsorgen kann. Arbeit ist aber keine Ramschware! Wir brauchen deshalb gute Arbeit, nur so können die Menschen ein gutes Leben führen. […]

Eine Gesellschaft wird von Werten zusammengehalten. Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit, Würde und Anerkennung sind Basis für das gute Leben. In allen sozialen Auseinandersetzungen, in allen Fortschritts- und Freiheitsbewegungen der Menschheit haben Werte – materielle wie immaterielle – eine entscheidende Rolle gespielt. Ein Beispiel heute: Unser Kampf gegen die Prekarisierung der Arbeit ist auch ein Kampf um Anerkennung der Leistung der arbeitenden Menschen. Der Widerstand gegen Sozialabbau in Europa, das ist auch ein Kampf um Respekt und Anerkennung ihrer Menschenwürde. […]

Wir wollen einen Kurswechsel hin zu einer Ökonomie für die Menschen. Zu den Voraussetzungen gehört ein geregeltes Finanzsystem, eine aktive Rolle des Staates und ein gerechteres Steuersystem. Bei der Regulierung des Finanzsystems müssen nach vielen Worten endlich Taten folgen. Eine Finanztransaktionssteuer, eine strengere Bankenregulierung, ein globales Verbot von Leerverkäufen; das sind Maßnahmen, die unverzüglich umgesetzt werden müssen. Gerade in Zeiten hoher öffentlicher Verschuldung brauchen wir ein gerechtes und ergiebiges Steuersystem. Nur so können Staatshaushalte ohne sozialen Kahlschlag konsolidiert werden. Auf Deutschland bezogen heißt das: Die IG Metall fordert für 20 Jahre eine Vermögensabgabe von jährlich zwei Prozent auf alle Vermögen von mehr als einer Million Euro. Das würde zusätzliche Einnahmen von mehr als 20 Milliarden Euro im Jahr bringen. […]

Wir brauchen auch europäische Regelungen für die Besteuerung von Unternehmen und Kapital. Doch statt einer qualifizierten europäischen Krisenpolitik wird vielen Ländern Deregulierung – bis hin zur Aushebelung der Tarifautonomie – aufgezwungen. Das ist nicht nur ungerecht, das ist stupide: Einseitige Haushaltskürzungen, Sozialabbau und Lohnsenkungen lösen die Krise nicht. Das sind Brandbeschleuniger, die die Krise vertiefen. Dagegen wehren sich die Gewerkschaften. Wir sind solidarisch mit den Kolleginnen und Kollegen in Südeuropa, die sich den Zumutungen der Politik widersetzen. […]

Wir brauchen einen Kurswechsel, damit Arbeit wieder ihren Wert bekommt. Gute Arbeit öffnet Chancen für die Gestaltung der eigenen Zukunft. Gute Arbeit ist Voraussetzung für die Integration in die Gesell-

schaft. Gute Arbeit ist Grundlage dafür, dass Menschen sich engagieren und die Gesellschaft mitgestalten. Für eine fortschrittliche und aufgeklärte Gesellschaft gilt: Wohlstand, Innovationen und Wachstum gibt es nur mit „Guter Arbeit". Gute Arbeit für alle! Das ist und bleibt unser Ziel. Dafür ist eine Neuordnung des Arbeitsmarktes notwendig. Wir fordern deshalb einen gesetzlichen Mindestlohn, den Abbau prekärer Beschäftigung, eine Neuregelung der Leiharbeit (Equal Pay) sowie eine Qualifizierungsoffensive angesichts des zu erwartenden Fachkräftemangels. Nur so können wir eine gerechtere Arbeitswelt gestalten und den Menschen eine Perspektive geben. […]

Wir betonieren Landschaften, vergiften Luft, Flüsse und Meere, beuten Rohstoffe rigoros aus. Das ist kein nachhaltiges Wirtschaften. Auch hier wollen wir einen Kurswechsel. Ein ökologischer Umbau ist überfällig und unverzichtbar. […] Wir haben Vorschläge. Dazu gehört ein Zukunftsinvestitionsprogramm, mit dem erneuerbare Energien zur Leittechnologie gemacht werden. Dazu gehören steuerliche Anreize für die Modernisierung der Energieeffizienz und der Energiesysteme. […] Die IG Metall will ein wirksames und faires internationales Abkommen zur CO_2-Minderung. Wir dürfen da nicht aufgeben. Ich will aber auch sagen: Ökologischer Umbau ist nicht der Abschied von industrieller Wertschöpfung. Ökologischer Umbau ist Voraussetzung dafür, dass unsere Lebens- und Produktionsgrundlagen erhalten bleiben. Das regelt aber nicht der Markt. Dafür brauchen wir eine Industriepolitik, bei der Unternehmen, Gewerkschaften, Politik und Umweltverbände gemeinsam Konzepte erarbeiten. […]

Wir wollen einen Kurswechsel hin zu einem vereinten Europa ohne trennende Grenzen, mit einer friedlichen Zukunft, mit sozialer Sicherheit und wirtschaftlichem Fortschritt. Wir brauchen eine politische und soziale Union. Ein europäischer Sozialpakt muss eine neue Ordnung auf den Arbeitsmärkten schaffen, Sozialdumping bekämpfen und Beteiligung, Demokratie und Mitbestimmung möglich machen. Das kann nur gelingen mit einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU-Länder. Eine vom EU-Parlament demokratisch legitimierte Wirtschaftsregierung sollte die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedsländer koordinieren. […]

Wir wollen einen Kurswechsel in Richtung mehr Demokratie. […] Demokratie in der Gesellschaft ist erst dann vollständig und lebendig, wenn auch Demokratie im Betrieb herrscht. […] Beschäftigte wollen mitbestimmen, nicht nur wenn es um die Farbe der Tapete in der Kantine geht; sie wollen vor allem über ihre wirtschaftliche Zukunft und die Gestaltung ihrer Arbeit mitbestimmen. Wer behauptet, Mitbestimmung bei Investitionsentscheidungen und Standortplanungen verhindere ökonomische Effizienz und wirtschaftlichen Erfolg, den fordere ich auf, sich das Modell bei VW anzusehen. Hier haben die Beschäftigten ein erweitertes Mitbestimmungsrecht in den Aufsichtsräten – es hat dem Konzern nur genützt. Ich plädiere deshalb für eine neue Mitbestimmungsinitiative, die Arbeitnehmerrechte ausweitet; und zwar nicht nur in Großkonzernen, sondern auch in Betrieben kleiner und mittlerer Größe. Und ich plädiere dafür, das zu einer europäischen Initiative zu machen. Demokratie in der Arbeitswelt darf sich nicht an der Beschäftigtenzahl orientieren. Demokratie gibt es ja auch nicht nur in Staaten mit mindestens 100 Millionen Einwohnern. Demokratie in der Arbeitswelt und Mitbestimmung sind Grundrechte. Niemandem darf das verweigert werden. […]

Die Nachricht ist kaum zwei Wochen alt. Wieder stand in Bangladesch eine Textilfabrik in Flammen. Über 100 Menschen wurden bei dem Brand getötet. Die Nachricht hat schockiert. Sie ruft die schlimmen Arbeitsbedingungen in vielen Ländern in Erinnerung. […] Eine Globalisierung, in der der Wohlstand des Nordens auf Armut und Ausbeutung des Südens beruht, eine solche „Globalisierung" wollen wir nicht. Das ist Neokolonialismus und Rückfall in frühkapitalistische Zustände. Wir wollen eine Globalisierung, in der nicht ein Erdteil auf Kosten des anderen lebt, sondern in der Wohlstand und Reichtum der Natur allen Menschen zu Gute kommt. Es ist unsere Aufgabe in den reichen Ländern, all jene anzuprangern, die von der Ausbeutung profitieren. Sie haben Namen und Adressen, und die müssen wir nennen. […] Wir brauchen verbindliche Sozialstandards auf internationaler Ebene. Sie gehören in jedes Handelsabkommen. […]

Es bleibt die Frage: Wie erreichen wir einen Kurswechsel? Es ist zu wenig, die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft zu thematisieren, oder ihre schreienden Ungerechtigkeiten anzuklagen. Wir müssen – und ich bin fest davon überzeugt: wir können – ganz konkret mehr soziale Gerechtigkeit erreichen. Grundlegende Reformen, die unsere Gesellschaften auf den richtigen Pfad bringen, sind möglich. Dafür brauchen wir Selbstbewusstsein, Optimismus und einen langen Atem. Wir wollen eine Welt mit einer gerechteren Verteilung des Wohlstands. Eine Welt, in der die natürlichen Lebensgrundlagen geschützt sind und eine Welt, in der alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und Geschlecht in Anstand, in Würde und in Frieden leben können. ■

Berliner Erklärung „Kurswechsel – für ein gutes Leben“

**Die Zerstörung des Sozialen verhindern,
die Ausplünderung der Natur beenden!**

Im Dezember 2012 haben sich Menschen aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik in Berlin getroffen, um über Alternativen zur heutigen gesellschaftlichen Entwicklung zu beraten. Sie haben Erfahrungen und Wissen zusammengetragen, um voneinander lernen und den notwendigen Richtungswechsel gestalten zu können.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Weltwirtschaft seit vier Jahren im Griff hat, zeigt uns: Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus ist ein Irrweg. Die ökonomische Instabilität ist nur eine Folge. Betroffen sind alle gesellschaftlichen Bereiche. Unsichere Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Öffentliche Daseinsfürsorge wird abgebaut. Politische Resignation bedroht die Demokratie von innen. Durch scheinbare ökonomische Sachzwänge werden demokratische Willensbildungsprozesse unter Druck gesetzt oder verhindert. Während sich bei einer kleinen Gruppe ein unverschämter Reichtum sammelt, wächst die Zahl der Menschen, die nicht mehr von ihrer Arbeit leben können. Arbeitslose werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Die Beschäftigten dürfen nicht zur Manövriermasse der Wirtschaft werden. Ökonomie ist kein Selbstzweck. Sie hat den Bedürfnissen der Menschen zu dienen und soll sich an den Werten wie Solidarität, Gerechtigkeit, Würde und Respekt orientieren. Demokratische Entscheidungen müssen Richtung und Regeln der Ökonomie bestimmen. Sie haben die Bedingungen für ein freies, solidarisches und selbstbestimmtes Leben aller Menschen zu schaffen. Schritt für Schritt muss auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise umgestellt werden. Es ist Zeit für einen Kurswechsel!

Die IG Metall setzt sich für diesen Kurswechsel ein. Die internationale Konferenz „Kurswechsel – für ein gutes Leben“ gab hierfür wichtige Impulse. Die IG Metall hat von Gewerkschaftern, Wissenschaftlern und Politikern aus aller Welt Unterstützung erfahren.

- Die Dominanz der Finanzmärkte muss durch eine konsequente Regulierung gebrochen werden. Der Finanzsektor hat der wirtschaftlichen Entwicklung zu dienen, statt sie zu beherrschen. Eine Finanztransaktionssteuer muss eingeführt werden, selbst wenn sie zunächst nur in Teilen Europas zu realisieren ist. Kapital soll in Investitionen für qualitatives Wachstum gelenkt werden.

- Der ökologische Wirtschaftsumbau muss beschäftigungsfördernd und mit dem notwendigen Tempo vorangetrieben werden. Durch die Mitbestimmung der Beschäftigten kann der Umbau auf eine breite Basis gestellt und solidarisch ausgestaltet werden. Industrielle Produktion bleibt die Grundlage der ökonomischen Entwicklung. Wir brauchen eine nachhaltige Industriepolitik, bei der ökologische, soziale, wirtschaftliche und demokratische Dimensionen Hand in Hand gehen.

Berliner Erklärung „Kurswechsel – für ein gutes Leben“

- Eine gerechte Verteilungs- und Steuerpolitik ist ein entscheidendes Mittel, die soziale Spaltung abzubauen. Diese gesellschaftlichen Verwerfungen zu überwinden muss auch zentrale Aufgabe der Bildungs- und Sozialpolitik sein. Die wachsende gesellschaftliche Ungleichheit ist zum größten Hindernis von sozialem Fortschritt geworden.

- Ein Leben in Sicherheit und Würde ist ohne den Schutz des Sozialstaates nicht möglich. Abbau von Leistungen oder Privatisierung sozialer Risiken müssen beendet werden. Die Absicherung von Lebensrisiken soll solidarisch ausgestaltet und finanziert werden.

- Die Verwilderung des Arbeitsmarktes muss beendet und die prekäre Beschäftigung beseitigt werden. Jeder muss von seiner Arbeit leben können. Leitbild ist gute Arbeit, die die Gesundheit schützt, sicher ist und die fachlichen und kreativen Fähigkeiten der Menschen fördert.

- Wir wollen ein solidarisches Europa, das gerade auch in Krisen füreinander einsteht. Wir fordern einen Marshallplan für die Länder, die von Krisen betroffen sind. Wir wollen eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, die allen faire Möglichkeiten gibt, ihre Potenziale zu entwickeln und gleiche Lebenschancen zu erreichen.

- Wir fordern Arbeit und Zukunftsperspektiven für die junge Generation.

Der Kurswechsel ist kein Projekt für eine ferne Zukunft. Die Gewerkschaften stehen mitten in der Auseinandersetzung um die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung.

Gelingt es uns, Arbeit sicher und fair zu gestalten, überall existenzsichernde Einkommen durchzusetzen, Bildungsgerechtigkeit zu verbessern und die Spaltung der Gesellschaft einzudämmen, dann werden wir das Gesicht der Gesellschaft entscheidend verändern.

Wir stehen nicht alleine. Überall auf der Welt gibt es Gewerkschaften, politische Parteien und soziale Bewegungen, die einen Kurswechsel wollen. Die Kontrolle der Finanzmärkte, die Steuerung der Weltwirtschaft und die Begrenzung des Klimawandels und von Armut können nur global geleistet werden. Die Zusammenarbeit über die Grenzen hinaus zu stärken, ist eine wesentliche Voraussetzung für den Kurswechsel.

An diesem Kongress nahmen Teilnehmer/innen aus 60 Ländern teil, um gemeinsam Antworten zu finden für einen Kurswechsel, der Demokratie und soziale Verantwortung stärkt und eine ökologisch nachhaltige Entwicklung möglich macht.

Einen Kurswechsel für ein gutes Leben!

ZITATE, EINDRÜCKE UND PRESSESTIMMEN

Was mich wirklich beeindruckt ist, dass sich die IG Metall immer wieder offen zeigt für den Dialog mit der Wissenschaft. Der Kongress war ein perfektes Beispiel dafür. Ihr habt es geschafft, die Sichtweise der IG Metall und der Wissenschaft nicht nur nebeneinander, sondern integriert zu präsentieren und genau das halte ich für wertvoll. Ich würde mir wünschen, dass dieser Dialog auch in Zukunft weiterhin gelebt wird. Aber in dieser Hinsicht bin ich guten Mutes.

Nadja Dörflinger, *Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Katholischen Universität Leuven, Belgien*

Am Vorabend der politischen Wahlen, relevant für Deutschland, Europa und der Welt (in 2013 wird die Bundesregierung gewählt), hat sich die IG Metall entschieden, ihre Ziele wie die Bekämpfung der Prekarität, Schutz des Welfare und die Unterstützung einer „grünen" Industriepolitik, ins Spiel zu bringen. Die Umsetzung dieses Kurswechsels verlangt für die IG Metall die Koordinierung der Aktivitäten auf internationaler Ebene. Daher ist der Dialog und die Zusammenarbeit mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaft und der Politik auf der ganzen Welt gesucht worden. Auch wenn die Situation in Brasilien, Indien, Nigeria, Pakistan und Deutschland anders ist, das Problem muss gemeinsam in Angriff genommen und verwaltet werden.

Gianni Alioti, *Sekretär für Internationales bei Fim Cisl (italienische Metall-Gewerkschaft), in der Gewerkschaftszeitung „conquiste del lavoro"*

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, die ganzen Experten aus Deutschland und von außerhalb gehört haben zu dürfen. Nach dem Kongress waren wir inspiriert, motiviert und werden die Fragen mit nach Hause in unsere Gewerkschaften und soziale Bewegungen tragen.

Studenten *der Global Labour University*

Die beste Art die Zukunft zu verändern, ist, sie zu gestalten – sagte Willy Brandt. Mit dem Kurswechsel für ein gutes Leben und dem Kongress wird der Gestaltungswille der IG Metall eindrucksvoll sichtbar. Eine bessere Zukunft ist machbar, und es gibt Menschen die dafür kämpfen. Durch diese gemeinsame Grundeinstellung wirkt die Veranstaltung auch im praktischen Alltag weiter.

Jürgen Keith, *Betriebsratsmitglied bei Mahle Industriemotoren-Komponenten GmbH, Ludwigsburg*

Es gibt eine Menge Ideen und sehr viele Menschen wollen, dass sich etwas ändert. Wir brauchen ein besseres Gesellschaftssystem, sonst bleiben wir ein Spielball der Banken, also des neoliberalen Systems. Geld verschwindet ja nicht, es muss anders verteilt werden. Den Kongress hab ich als fruchtbaren Austausch erlebt, was eine Voraussetzung dafür ist, dass wir etwas erreichen.

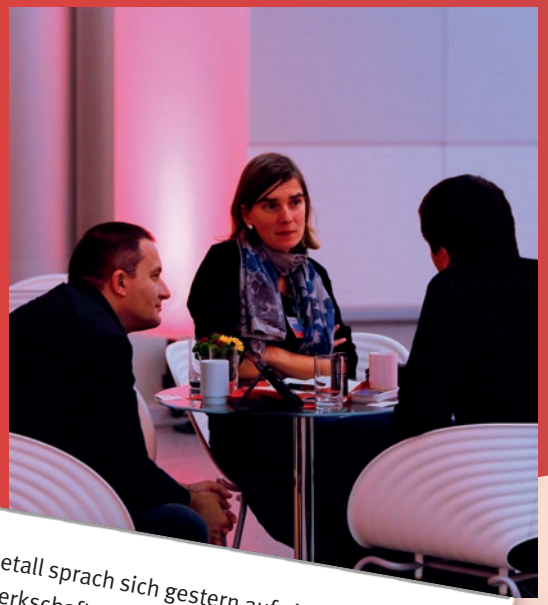
Thilo Hecht, *VK-Leiter, Volkswagen, Zwickau*

Für die IG Metall stehe der Kongress in einer langen Tradition, in der sie immer wieder Debatten über grundlegende Weichenstellungen angestoßen habe, meinte Gewerkschaftschef Berthold Huber zum Abschluss. Er beklagte einen globalen Trend zu prekärer Beschäftigung, der das ganze Jahrhundert zu prägen drohe und auch vor den reichen Nationen nicht haltmache.

Frankfurter Rundschau, 8.12.12

Die IG Metall hat eine Konferenz organisiert namens „Kurswechsel für ein gutes Leben“: Sie hat drei Tage lang Debatten über ein politisches Konzept vorangetrieben, das auf einen „sozialen, ökologischen und demokratischen Entwicklungspfad“ führen soll.

DIE WELT, 8.12.12



Ich habe auf dem Kongress interessante Debatten verfolgt und mit vielen Kolleginnen und Kollegen die ökonomischen, sozialen und ökologischen Alternativen zur vorherrschenden Politik der Krisenbewältigung diskutieren können. Besonders beeindruckte mich diesmal die Internationalität der Debatten. Einmal mehr wurde deutlich, dass die Bewältigung der Krisen globale Konzepte notwendig macht. Der IG Metall-Spitze ist es gelungen, für die politischen Positionen der IG Metall eindrucksvoll zu werben. Bis zur Bundestagswahl bleibt Zeit, in den Betrieben und auf Veranstaltungen für die gewerkschaftlichen Ziele zu mobilisieren.
Als IG Metall-Mitglied bin ich mit dabei.

Heinrich Tiemann, *Staatssekretär des Auswärtigen Amts a. D.*

Die IG Metall sprach sich gestern auf einem internationalen Gewerkschaftskongress in Berlin dafür aus, dass Ökonomie kein Selbstzweck sein darf, sondern den Bedürfnissen der Menschen zu dienen habe. »Die Beschäftigten dürfen nicht zur Manövriermasse der Wirtschaft werden«, sagte Berthold Huber, erster Vorsitzender der IG Metall. Für die Gewerkschaften seien gute Arbeitsplätze und der ökologische Umbau der Industrie dabei ebenso zentrale Elemente des Kurswechsels wie die Regulierung der Finanzmärkte und eine demokratische Wirtschaft, hieß es.

Neues Deutschland, *6.12.12*

Unter das Motto „Kurswechsel für ein gutes Leben“ stellte die Industriegewerkschaft Metall diese Woche ihren Kongress in Berlin. Thema: Welche Politik dient national und international der Mehrheit der Bevölkerung und nicht nur wenigen Kapitalbesitzern? Mit dieser – mit Politikern wie Brasiliens Expräsident Lula und Ökonomen wie Nouriel Roubini prominent besetzten – Veranstaltung bereitete sich die IG Metall auch auf die Bundestagswahl vor.

die tageszeitung, *8.12.12*

Der Kongress war wichtig und augenöffnend. Gewerkschaften sind heute nötiger denn je. Genauso wie Parteien sind sie wichtig in einer Demokratie und wichtig für die abhängig Beschäftigten, die von ihrer Arbeit leben können müssen.

Ridvan Budak, *Präsident der DISK Textile Workers Union, Türkei*

Eine Welt, die **Platz für die Öffentlichkeit** haben soll, kann nicht nur für eine **Generation** errichtet oder nur für die Lebenden geplant sein; sie muss die Lebensspanne sterblicher Menschen **übersteigen**.

HANNAH ARENDT

Es ist nicht wichtig, ob **ein paar Menschen** ganz oben **profitieren** – wenn es der Mehrheit nicht besser geht, hat die **Wirtschaft versagt**.

JOSEPH STIGLITZ

Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die **erste Bürgerpflicht**, sondern **Kritik** und ständige **demokratische Wachsamkeit**.

OTTO BRENNER